

# Freie und Hansestadt Hamburg



## Haushaltsplan-Entwurf **2004**

## Vorwort zum Einzelplan 2

### 1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts, des Landgerichts, des Amtsgerichts Hamburg einschließlich der Stadtteilgerichte, des Hamburgischen Obergerichtspräsidenten, des Verwaltungsgerichts, des Finanzgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Arbeitsgerichts, des Landessozialgerichts, des Sozialgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, der Staatsanwaltschaft Hamburg und der Justizvollzugsanstalten sowie die Aufsicht über die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter
- Gerichts- und Bewährungshilfe sowie soziale Dienstleistungen in Strafrechtsangelegenheiten
- Entwicklung und Begleitung von justizpolitischen Konzepten und Projekten
- Stiftungsaufsicht
- Juristenausbildung
- Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbesondere durch den verstärkten Einsatz moderner Kommunikationsmittel
- Effizienzsteigerung im Intendantzbereich der Justizbehörde, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Vollzugsanstalten
- Fortführung der Modernisierung im Justizvollzug
- Verbesserung der Chancen zur Wiedereingliederung von Gefangenen in die Gesellschaft
- Laufende Überprüfung aller Sicherheitseinrichtungen in den Vollzugsanstalten
- Gewährleistung differenzierter Belegungsmöglichkeiten in den unterschiedlich ausgerichteten Vollzugsanstalten
- Fortführung des Programms zur Sanierung und Modernisierung der Vollzugsanstalten
- Ausbau und Weiterentwicklung des Konzeptes gegen Drogen im Strafvollzug
- Bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene
- Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Billwerder
- Organisatorische Integration der Fuhlsbütteler Anstalten (Justizvollzugsanstalten Suhrenkamp, Am Hasenberge und Nesselstraße) zu einer Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel

## 2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			
				in %
<b>Einnahmen</b>	132.770	129.134	3.636	2,8
Davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	131.219	127.512	3.707	2,9
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	1.551	1.622	-71	-4,4
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	-	-	-	-
<b>Ausgaben</b>	457.712	443.387	14.325	3,2
Davon:				
Personalausgaben	305.159	301.382	3.777	1,3
Sach- und Fachausgaben	123.516	120.686	2.830	2,3
Investitionen	29.037	21.319	7.718	36,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 2
Personalausgaben	36,1	66,7
Sach- und Fachausgaben	42,0	27,0
Investitionen	10,2	6,3

### Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2002				2001			
Gesamtsoll <sup>1</sup>	Ist	auf 2003 übertragene Reste		Gesamtsoll <sup>1</sup>	Ist	auf 2002 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
57.289	50.311	6.979	12,2	53.468	32.414	21.061	39,4

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2004 sind

- a) Mittel aus anderen Einzelplänen auf den Einzelplan 2 übergeleitet worden:
- Epl. 1.1: Stiftungsaufsicht (rd. 0,2 Mio. EUR)
  - Epl. 4: Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe sowie Intendanz der Arbeits- und Sozialgerichte (rd. 5 Mio. EUR)
  - Epl. 4: Auflösung des Ermächtigungsrahmens Z 61 „Zuwanderung“ (rd. 1,4 Mio. EUR)
  - Epl. 9.1: Dezentralisierung des Senatsfahrdienstes (rd. 0,2 Mio. EUR)
- b) innerhalb des Einzelplanes 2 die Einnahmen und Ausgaben der Staatsanwaltschaften aus dem Kapitel 2110 herausgelöst und in dem neuen Kapitel 2060 separat veranschlagt worden. Ferner wurden die bisher bei den Kapiteln 2120 bis 2170 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsgerichte, des Finanzgerichtes sowie der Arbeits- und Sozialgerichte im neuen Kapitel 2190 „Fachgerichte“ zusammengefasst.

In dem als **Anlage 5** beigefügten Überleitungsplan werden die entsprechend aktualisierten Vergleichszahlen und deren Herleitung aus dem Haushaltsplan 2003 dargestellt.

<sup>1</sup> Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

### 3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Justizbehörde ist wie folgt organisiert:



- |  |  |   |   |  |   |
|--|--|---|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>– Produktgruppe 01<br/>Allgemeine Steuerung und Verwaltungsservice, Justizaufsicht</li> <li>– Produktgruppe 02<br/>Fachaufsicht Staatsanwaltschaften, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Soziale Dienste</li> <li>– Produktgruppe 03<br/>Justizkassenwesen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Produktgruppe 04<br/>Hamburgischer Datenschutzbeauftragter</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Produktgruppe 05<br/>Staatsanwaltschaften Hamburg</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>Produktgruppe 06<br/>Hanseatisches Oberlandesgericht</li> <li>– Produktgruppe 07<br/>Landgericht</li> <li>– Produktgruppe 08<br/>Amtsgerichte</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Produktgruppe 09<br/>Hamburgisches Obergericht</li> <li>– Produktgruppe 10<br/>Verwaltungsgericht</li> <li>– Produktgruppe 11<br/>Finanzgericht</li> <li>– Produktgruppe 12<br/>Arbeitsgerichte</li> <li>– Produktgruppe 13<br/>Sozialgerichte</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Produktgruppe 14<br/>Strafvollzugsamt</li> <li>– Produktgruppe 15<br/>Justizvollzugsanstalten</li> </ul> |
|--|--|---|---|--|---|

### 4. Kontenrahmen für Dienstbezüge und Stellenplan

#### KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 422.91, 425.91, 426.91 und 427.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002.
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht.
- Volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
  - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
  - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
  - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003.
- luK-bedingte Einsparungen.
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (z.B. hier: Einsparungsrate 2004 für Intendanzbereiche, Arbeitszeitverlängerung).

## **Vorwort Einzelplan 2**

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
  - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
  - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
  - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
  - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004.

### **KRV**

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRK bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titellendnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRK hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitelebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

### **Stellenplan**

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Der Stellenplan des Landesbetriebes nach § 26 Abs. 1 LHO (Landwirtschaft Hahnöfersand) ist im Wirtschaftsplan (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe (05.05.2003) ohne Nachwuchskräfte.

### Einzelplan Justizbehörde

Kapitel	Stellenzahl 2004	Neue Stellen 2004 <sup>2</sup>		Stellenhebungen 2004 <sup>2</sup>			Umwandlungen <sup>2</sup>
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	In Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
2000 Amt für Allgemeine Verwaltung	229,20	0	0	0	0		0
2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	16,83	0	0	0	0		0
2100 Justizamt	136,91	0	0	0	0		0
2110 Ordentliche Gerichte	2.243,81	10,5	493,2	0	0		0
2120 Verwaltungsgerichte	149,15	0	0	0	0		0
2150 Finanzgericht	42,30	0	0	0	0		0
2160 Arbeitsgerichte	106,30	0	0	0	0		0
2170 Sozialgerichte	130,58	0	0	0	0		0
2180 Staatsanwaltschaften	540,48	0	0	0	0		6,0
2300 Strafvollzug	1.741,95	9,0	324,8	0	0		0
2304 Landwirtschaft Hahnöfersand	3,00	0	0	0	0		0

### 5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Entfällt

### 6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 2 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht der zu den Deckungskreisen 11, 12 und 14 gehörenden Titel findet sich in Anlage 3 (weißer Teil).

### 7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Justizbehörde gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO, der wie folgt veranschlagt ist:

Einrichtung	Gesamtaufwand	Zuführung (-) aus dem Ablieferung (+) an den )Haushalt
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand	411	-

Wirtschaftsplan, Lagebericht und Erläuterungen finden sich in der Anlage 2 (rosa Seiten).

### 8. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen für den Einzelplan 2 sind in 6 Produktbereiche mit insgesamt 15 Produktgruppen gegliedert.

Weitere Informationen über die ausgewählten Aufgabenfelder „Ordentliche Gerichte“ und „Staatsanwaltschaften“ sowie „Justizvollzug“ sind im Finanzbericht 2004 dargestellt.

Der Produktbereich „Staatsanwaltschaften“ wird ab 2004 als Produktbereich 03 aus dem bisherigen Produktbereich „Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften“ herausgelöst. Die Produktgruppen für die ordentlichen Gerichte werden ab 2004 im Produktbereich 04 abgebildet.

<sup>2</sup> wie vom Senat beantragt

**Vorwort  
Einzelplan 2**

Die bisher im Produktbereich 04 „Verwaltungsgerichte und Finanzgericht“ und Produktbereich 05 „Arbeits- und Sozialgerichte“ abgebildeten Produktgruppen werden ab 2004 im Produktbereich 05 „Fachgerichte“ zusammengefasst.

Hinsichtlich der Vergleichszahlanpassung für die beiden vorgenannten Maßnahmen wird auf den als Anlage 5 beigefügten Überleitungsplan verwiesen.

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Produktbereiche ergibt folgendes Bild:

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	132.770	305.159	123.516	29.037	457.712
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	712	20.246	8.792	200	29.238
Produktbereich 02	64	926	247	0	1.173
Produktbereich 03	2.132	29.920	5.509	0	35.429
Produktbereich 04	123.531	135.306	79.527	1.085	215.918
Produktbereich 05	2.237	25.515	8.240	0	33.755
Produktbereich 06	4.094	93.246	21.201	27.752	142.199

Haushaltsplan 2003<sup>3</sup>

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	129.134	301.382	120.686	21.319	443.387
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	753	16.738	8.391	97	25.226
Produktbereich 02	64	902	250	0	1.152
Produktbereich 03	1.530	29.448	8.103	0	37.551
Produktbereich 04	120.432	136.483	76.217	1.271	213.971
Produktbereich 05	2.237	25.172	8.303	175	33.650
Produktbereich 06	4.118	92.639	19.422	19.776	131.837

<sup>3</sup> Die Aufteilung der Produktbereiche für den Haushaltsplan 2003 wurde zur besseren Vergleichbarkeit der ab 2004 geltenden Struktur angepasst.

## 9. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

### Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004			
	in Tsd. EUR			
	Personalaus- gaben	Sach- und Fachausga- ben	Sonstige / Einnahmen	Summe
- Leistungseinschränkung / -verzicht: Reduzierung der Ausbildungsstellen für Referendare/ -innen	855			855
Verschlanung der Verwaltung:				
- Arbeitzeitverlängerung	505			505
- Reduzierung der Intendanten	357			357
- Umstellung des Anstellungsverhältnisses für Rechtsreferendare/-innen	800			800
Epl. 2.0 gesamt	2.517			2.517

## Produktinformationen

### Produktbereich: 01 Justizverwaltung

<i>Produktbereichskennzahlen<sup>1</sup></i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	712	753	453	876	1.473
Personalausgaben in Tsd. EUR	20.246	16.738	15.587	18.604	15.104
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	8.792	8.391	8.743	9.827	9.200
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	200	97	1.343	5.112	4.228
Stellen <sup>2</sup>	608,11	620,62	508,1	606,48	546,60

#### *Ziele des Produktbereiches*

- Z 1 Unterstützung der Behördenleitung bei der politischen und fachlichen Steuerung.
- Z 2 Effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, Finanzmanagement.
- Z 3 Mitgestaltung, Koordinierung und Umsetzung länderübergreifender Justizangelegenheiten.
- Z 4 Sicherstellung von Justizaufsicht, Justizgesetzgebung und Rechtsprüfung.
- Z 5 Sicherung eines Rahmens für die Aufgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch entsprechende Service-, Führungs- und Lenkungsdienste.

#### *Produktgruppen – Überblick*

- PG 01 Allgemeine Steuerung, Justizaufsicht und Verwaltungsservice
- PG 02 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung und Soziale Dienste
- PG 03 Justizkassenwesen

### Produktgruppe 01 Allgemeine Steuerung, Justizaufsicht und Verwaltungsservice

### Kapitel 2000

#### *Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

- Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung
  - Steigerung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vor allem durch mehr Kostentransparenz und -bewusstsein
  - Stärkung der Kunden- und Bedarfsorientierung
  - Sicherstellung des erforderlichen Personalnachwuchses mit entsprechender Qualifizierung einschließlich Prüfungswesen
  - Qualifizierung des Personals und Personalentwicklung, Verbesserung der Mitarbeiterorientierung/ Mitarbeiterzufriedenheit
- Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2004 schwerpunktmäßig verfolgt werden:
- Effizienzsteigerung in den Intendanzbereichen der Justizbehörde, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Justizvollzugsanstalten
  - Intensivierung des Einsatzes moderner Kommunikationsmittel und –wege
  - Optimierung des Gebäudebestandes

#### *Produkte*

- P 1 Personalmanagement
- P 2 Ressourcensteuerung
- P 3 Organisation
- P 4 IuK-technische Lösungen
- P 5 Recht
- P 6 Infrastrukturleistungen
- P 7 Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR <sup>3</sup>	712	753	453	876	1.473
• Betriebseinnahmen	712	753	453	876	1.473

<sup>1</sup> Planzahlen 2004 und Ergebnis 2002 inklusive der von der Behörde für Soziales und Familie (Einzelplan 4) übertragenen Mittel für die Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe.

<sup>2</sup> Einschließlich Stellen für Nachwuchskräfte.

<sup>3</sup> Hier sind die Einnahmen für den Produktbereich insgesamt ausgewiesen.

**Produktbereich 01  
Justizverwaltung**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	16.013	16.323	15.843	16.226	15.856
• Personalausgaben	10.210	10.515	9.792	9.708	9.489
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5.803	5.807	6.051	6.518	6.367
– davon Zuwendungen	69	69	69	66	3
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	100	49	685	2.556	3.307

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.429	1.472	1.371	1.359	1.328
• Innerbehördlich	1.276	1.314	1.224	1.213	1.186
• Überbehördlich (1,5%)	153	158	147	146	142

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:*

Der Einnahmebereich wird geprägt durch vermischte Einnahmen (rd. 76 %) sowie durch Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (rd. 12 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 60 %), den Kosten für die Inanspruchnahme des LIT (rd. 15 %) und den Gebäudekosten (rd. 20 %)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen <sup>4</sup>	400,70	406,72	374,21	397,03	412,21
Anzahl der Stellen höherer Dienst bei Gerichten und Staatsanwaltschaften	895,32	891,89	828,78	894,89	890,89
Gesamtstellenzahl EPL 2, ohne Nachwuchskräfte und LHO-Betriebe	5.337,51	5.389,92	5.100,35	5.375,42	5.297,96
Anzahl der Beschäftigten EPL 2	6.670	6.000	5.756	6.800	5.665
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in % <sup>5</sup>	6,34	5,99	6,6	6,70	6,85
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	95,8	95,8	90,7
Durchschnittliche Fortbildungstage je Beschäftigter/Beschäftigtem	1,3	1,3	1,3	1,3	0,8
Personalbetreuungskosten pro Beschäftigter/Beschäftigtem in EUR	457,58	742,12	578	448,84	753,52
Davon Personalverwaltungskosten pro Beschäftigter/Beschäftigtem in EUR	386,93	569,35	443	379,54	578,10
Davon Personalentwicklungskosten pro Beschäftigter/Beschäftigtem in EUR	70,65	172,76	135	69,30	175,42

<sup>4</sup> Stellenzahl inklusive Stellen für Nachwuchskräfte.

<sup>5</sup> Ohne dezentral erstellte Verwaltungsleistungen.

**Produktgruppe 02: Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Soziale Dienste der Justiz** **Kapitel 2000**

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung der justiziellen Qualität durch             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Umsetzung der Gesetze</li> <li>- Verbesserung der Interaktion der an der Justiz Beteiligten</li> </ul> </li> <li>- Sicherstellung der fachlichen Qualität der Staatsanwaltschaften (Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, Staatsanwaltschaft Hamburg)</li> <li>- Sicherstellung der rechtlichen Qualität der Entscheidungen des Senats, Verbesserung der rechtlichen Qualität von Entscheidungen der Behörden, Wahrnehmung der Interessen des Senats in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht</li> <li>- Verbesserung der Grundlagen für justizielle Entscheidungen durch soziale Dienstleistungen in Strafrechtsangelegenheiten</li> <li>- Hilfen für Bewährungspflichtige und Haftentlassene zum eigenverantwortlichen und straffreien Leben</li> <li>- Vermeidung von Jugendarrest und Jugendstrafe durch Jugendbewährungshilfe</li> <li>- Stärkung der Vertretung von Opferinteressen in Strafverfahren</li> <li>- Reduzierung des Vollzugs von Ersatzfreiheitsstrafen durch Vermittlung gemeinnütziger Arbeit</li> <li>- Sicherstellung von Justizdienstleistungen; Aufsichten</li> <li>- Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Förderung hamburgischer Stiftungen sowie rechtsfähiger Vereine durch Beratung und Aufsicht</li> </ul>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Justizgesetzgebung</p> <p>P 2 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften</p> <p>P 3 Rechtsprüfung</p> <p>P 4 Justizveröffentlichungen</p> <p>P 5 Soziale Dienste (Gerichtshilfe, Bewährungshilfe für Erwachsene, Haftentlassenenhilfe, Schuldnerberatung, Jugendbewährungshilfe, Täter-Opfer-Ausgleich, Zeuginnen- und Zeugenbetreuung, Beratungsstelle „Gemeinnützige Arbeit“); Führungsaufsicht</p> <p>P 6 Justizariat</p> <p>P 7 Justizverwaltungsangelegenheiten (Entschädigungsanträge nach dem Strafrechtsänderungsgesetz, Anträge auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen), Aufsichten</p> <p>P 8 Stiftungsangelegenheiten (Anerkennung von und Rechtsaufsicht über die rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts und rechtsfähiger Vereine)</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.216	4.642	4.462	8.221	4.443
• Personalausgaben <sup>6</sup>	7.633	3.385	3.152	6.422	3.055
• Sach- und Fachausgaben	1.583	1.257	1.310	1.799	1.378
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	40	19	658	1.022	1.323

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.069	474	441	899	428
• Innerbehördlich	954	423	394	803	382
• Überbehördlich (1,5%)	114	51	47	96	46

<p><i>Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (rd. 83 %).</p>
--

<sup>6</sup> Inklusive der aus dem Einzelplan 4 übertragenen Mittel für die Erwachsenen- und Jugendbewährungshilfe.

**Produktbereich 01  
Justizverwaltung**

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	136,91	140,40	59,19	135,95	60,69
P 1: Justizgesetzgebung					
Anzahl der betreuten Verfahren im Bundesrat und seinem Rechtsausschuss	140	140	140	130	198
P 3: Rechtsprüfung					
Anzahl der Rechtsprüfungen (ohne Anfragen nach Art. 18 HV)	750	750	750	882	914
Anzahl der betreuten Verfahren beim Bundesverfassungsgericht	50	50	50	61	84
P 5: Soziale Dienste <sup>7</sup>					
Straffälligenhilfe für Erwachsene					
Anzahl der am 31.12. gerichtlich übertragenen Bewährungs- und Führungsaufsichten (Dauer der Bewährungshilfe: 2-5 Jahre)	4.160	4.300	4.400	4.100	
Anzahl der am 31.12. gerichtlich zugewiesenen Probanden	3.200	3.100	3.250	3.154	
Durchschnittliche Fallzahl je Bewährungshelferin bzw. -helfer	75	75	80	91	
Anteil der mit Straf(rest)erlass beendeten Bewährungsaufsichten in %	60	60	60	55	
Anzahl der auf Haftentlassung vorbereitend beratenen Inhaftierten	600	450	450	627	
Anzahl der beratenen Haftentlassenen aus Hamburger Vollzugsanstalten	700	700	170	871	
Anzahl der Beratenen nach Entlassung aus Untersuchungshaft	120	120	90	150	
Anzahl der Beratenen nach Entlassung aus auswärtigen Vollzugsanstalten	65	65	65	84	
Eingänge in der allgemeinen Gerichtshilfe	800	1.200	1.400	723	959
Eingänge in der Beratungsstelle für gemeinnützige Arbeit	1.800	1.800	2.000	1.877	1.588
Anzahl der ersparten Hafttage (durch gemeinnützige Arbeit)	22.000	22.000	25.000	22.358	20.548
Jugendbewährungshilfe					
Anzahl betreuter Klienten (ohne Nachbetreuungen)	1.040	1.010	875	1.043	
Durchschnittliche Fallzahl je Bewährungshelferin bzw. -helfer	42	42	42	54	
Opferhilfe					
Anzahl eingegangener Verfahren beim Täter-Opfer-Ausgleich (Erwachsene)	550	400	400	594	593
Anteil erfolgreich abgeschlossener Verfahren (hergestellte Befriedung beim Täter-Opfer-Ausgleich) in %	70	70	60	65	66
Anzahl der zu betreuenden Zeuginnen und Zeugen	1.200	1.500	1.600	1.156	1.264
Führungsaufsicht					
Eingänge der Verfahren der Führungsaufsicht	175	180	150	174	167

<sup>7</sup> P 5: Die Planzahlen 2002 wurden im Wesentlichen aus dem Einzelplan 4 übernommen, Ergebnisse für 2001 liegen nicht vor.

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
P 7: Justizverwaltungsangelegenheiten					
Anzahl von Entschädigungsanträgen nach dem Strafrechtsentschädigungsg	150	150	151	150	143
Anzahl von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen	320	225	225	225	233
Anzahl von Anträgen auf Rechtshilfe in Strafsachen <sup>8</sup>	350			332	
P 8: Stiftungsangelegenheiten <sup>9</sup>					
Neuerrichtete Stiftungen <sup>10</sup>	45			46	
Beaufsichtigte Stiftungen <sup>11</sup>	980			863	
Betreute rechtsfähige Vereine	75			77	
Zahl der Beratungen	2000			2000	

### Produktgruppe 03 Justizkassenwesen

### Kapitel 2000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterung der Entwicklung</i>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abwicklung des gesamten Zahlungsverkehrs der Justizbehörde</li> <li>- Sollstellung, Überwachung der Einnahmen, Buchung</li> <li>- Überweisung der Ausgaben, Buchung</li> <li>- Beitreibung von Gebühren und Auslagen, Vollstreckung</li> <li>- Durchführung, Sicherung und Fortentwicklung des DV-technischen Kassenbetriebs</li> <li>- Gestaltung, Steuerung und Qualitätssicherung im Kassenwesen der Justiz</li> </ul> <p>Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2004 schwerpunktmäßig verfolgt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Optimierung der in der Justizkasse eingesetzten luK-Verfahren einschließlich SAP / R3</li> <li>- Reorganisation des Vollstreckungswesens</li> </ul>	
<i>Produkte</i>	
P 1	Zahlungsverkehr
P 2	Buchhaltung
P 3	Vollstreckung
P 4	Information und Kommunikation (luK)
P 5	Leitung

Haushaltsdaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.809	4.164	4.025	3.984	4.015
• Personalausgaben	2.403	2.838	2.643	2.474	2.561
• Sach- und Fachausgaben	1.406	1.327	1.382	1.510	1.455
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	60	29	-	1.534	1.984

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	336	397	370	346	358
• Innerbehördlich	300	355	330	309	320
• Überbehördlich (1,5%)	36	43	40	37	38

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (rd. 63%).

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	70,50	73,50	74,70	73,50	73,70
Anzahl Sollstellungen	195.000	195.000	195.000	173.200	192.365

<sup>8</sup> Planzahlen sind in den Vorjahren nicht erstellt und Ergebnisse nicht ermittelt worden.

<sup>9</sup> Planzahlen sind in den Vorjahren nicht erstellt worden.

<sup>10</sup> Städte/Ländervergleich 2002: Berlin: 34, München: 25, Frankfurt: 16, Bremen: 16, Köln: keine Zahlen

<sup>11</sup> Städte/Ländervergleich 2002: Berlin 452, München 515 (Die Zahlen der Vorjahre betrafen den gesamten Regierungsbezirk), Frankfurt: 363, Bremen: 226, Köln: keine Zahlen

**Produktbereich: 02 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	64	64	64	21	4
Personalausgaben in Tsd. EUR	926	902	1.074	1.161	1.073
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	247	250	245	240	245
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	15	-

*Ziele des Produktbereiches und Erläuterung zur Entwicklung*

Z 1 Gewährleistung des Grundrechtes der Bürger auf Datenschutz (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs 1 GG)

Z 2 Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzes bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen im Zuständigkeitsbereich

Die Entwicklung wird aktuell geprägt durch die zunehmende personenbezogene Überwachung einschließlich der Folgen des Terrorismusbekämpfungsgesetzes. Außerdem führt die Daueraufsicht für die Wirtschaft zu einer intensiveren Unternehmensberatung und einer Verdopplung der Prüfungen. Der Schwerpunkt der Überwachung wird im technischen Bereich liegen, insbesondere bei der Datensicherheit der eingesetzten IuK-Technik. Neue Medien (z. B. Internet, E-Maildienste) nehmen verstärkt die Beratungsdienste des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten in Anspruch.

**Produktgruppe 04 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter**

**Kapitel 2050**

*Produkte (unterteilt nach Leistungen)*

- P 1 Überwachung der datenverarbeitenden Stellen
- P 2 Beratung in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen
- P 3 Rechtsetzungsverfahren
- P 4 Öffentlichkeitsarbeit
- P 5 Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	130	126	150	162	150
• Innerbehördlich	116	113	134	145	134
• Überbehördlich (1,5%)	14	13	16	17	16

*Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:*

Der Einnahmen resultieren aus Verwaltungsgebühren.

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 81 %).

<i>Kennzahlen</i> <sup>12</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	16,83	16,63	15,63	16,63	16,63
Anzahl der Beschäftigten	20	20	-	20	-
Broschüren und Faltblätter (Auflage)	10.000	10.000	-	10.740	-
Internetpräsenz (Umfang, Anzahl der Abrufe)	310.000	310.000	-	288.000	-
Vorträge und Beiträge für Veröffentlichungen	70	70	-	63	-
Stellungnahmen zu Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Richtlinien	100	100	-	105	-
Anzahl der Beratungen	3.700	2.300	2.300	3.558	1.900
Anzahl der Eingaben	650	650	590	621	657
Gemeldete Firmen nach § 4d BDSG	19	30	50	19	19
Prüfungen nach den Prüfplänen	125	125	-	115	-
Bußgeldverfahren	3	3	-	5	-

<sup>12</sup> Bei fehlenden Kennzahlen werden Planzahlen erst ab 2003 ermittelt bzw. wurden bis 2001 keine Ergebnisse festgehalten.

## Produktbereich: 03 Staatsanwaltschaften

### Produktgruppe 05 Staatsanwaltschaften Hamburg

### Kapitel 2060

<p><i>Ziel der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewährleistung der Sicherheit der Bürger mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs</li> </ul> <p>Die Höhe der einzelnen Fallzahlen der einzelnen Produkte ist von der Staatsanwaltschaft nicht beeinflussbar, sondern abhängig von der Entwicklung der Kriminalität und der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit.</p> <p>Die Neuordnung des Verfahrens- und Verwaltungsbereichs hat sich bewährt. Eine Steigerung der Effizienz wird durch Erweiterung und Nutzung der Verfahrensdatenbank, der Vernetzung mit anderen Behörden und Ausbau der Informationsdienste im Intranet erwartet.</p> <p>Zur Verbesserung der Datenqualität werden regelmäßige Workshops veranstaltet. Die Einrichtung von Qualitätszirkeln und die Umsetzung von Personalentwicklungsmaßnahmen werden weiter ausgebaut.</p> <p>Der Ausbau der bundesweiten DNA-Datenbank prioritär unterstützt.</p> <p>Die Staatsanwaltschaft verspricht sich von diesen Maßnahmen eine nachhaltige Steigerung der Effizienz.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Ermittlungsverfahren in Bekannt- und Unbekanntssachen</p> <p>P 2 Ordnungswidrigkeitenverfahren</p> <p>P 3 Sonstige Verfahren</p> <p>P 4 Strafvollstreckung (mit Ausnahme der Jugendsachen)</p> <p>P 5 Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Registratur)</p> <p>P 6 Verwaltung, Justizverwaltungssachen, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Dienstaufsicht, Pressestelle der Staatsanwaltschaften</p> <p>P 7 Gnadenangelegenheiten</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR <sup>13</sup>	2.132	1.530	881	2.765	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	35.429	37.551	35.504	34.413	35.625
– Personalausgaben	29.920	29.448	27.656	28.927	28.423
– Sach- und Fachausgaben gesamt	5.509	8.103	7.848	5.486	7.203
Davon gesetzliche Leistungen	1.900	864	892	1.902	862
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	373	390	643

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	4.189	4.123	3.862	4.050	3.979
• Innerbehördlich	3.740	3.681	3.449	3.616	3.553
• Überbehördlich (1,5%)	449	442	414	434	426

<p><i>Einnahme- und Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Die Einnahmen resultieren zu rd. 94 % aus den Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl.</p> <p>Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 84 %) und den Gebäudekosten (rd. 8 %).</p>
--

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	540,48	544,36	525,20	516,63	529,70
Staatsanwälte/übriges Personal	178/ 362,48	178/ 366,36	176/ 349,20	170,38/ 346,25	181/ 348,70

<sup>13</sup> Das Ergebnis 2001 konnte nicht abgebildet werden, da die Einnahmen der Staatsanwaltschaften für 2001 im Ergebnis für die Ordentlichen Gerichte enthalten sind und nicht gesondert ausgewertet werden konnten.

**Produktbereich 02  
Staatsanwaltschaften**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
P 1: Ermittlungsverfahren					
1. Bekanntsachen					
Eingänge	160.000	195.000	160.000	157.514	152.744
Erledigungen	175.000	210.000	175.000	174.780	158.262
2. Unbekanntsachen					
Eingänge	175.000	180.000	170.000	170.691	169.527
P 2: Ordnungswidrigkeitenverfahren					
Eingänge	13.000	13.000	13.000	12.944	6.940
P 3: Sonstige Verfahren (Entschädigungs- Zivil- und Rechtssachen)					
Eingänge	2.500	1.700	1.600	2.461	1.271
P 4: Strafvollstreckung					
Zahl der Personen, gegen die Strafvollstreckung eingeleitet wurde	26.000	31.000	27.200	25.352	28.692
Revisionen und Rechtsbeschwerden					
Eingänge	450	500	560	410	544
Haftprüfungsverfahren					
Eingänge	100	80	90	116	87
Sonstige Verfahren (Auslieferungs- und Durchlieferungssachen, Rechtshilfeange- legenheiten mit Ausland, Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen sowie Staats- und Amtsanwälte etc.)					
Eingänge	2.600	2.900	3.500	2.554	1.926
P 7: Gnadenangelegenheiten					
Anzahl zu bearbeitender Gnadensachen	1.600	- <sup>14</sup>	3.500	2.322	3.607

<sup>14</sup> Eine Prognose für die Planzahl 2003 wurde seitens des Staatsanwaltschaft nicht abgegeben, da der Umfang der Veränderungen durch die Verlagerung der Gnadensachen nicht abschätzbar war.

## Produktbereich: 04 Ordentliche Gerichte

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR <sup>15</sup>	123.531	120.432	120.401	120.958	116.762
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>16</sup>	135.306	136.483	122.651	127.976	126.048
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	79.527	76.217	76.195	72.312	63.873
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.085	1.271	2.658	4.800	1.872
Stellen <sup>17</sup>	2.243,81	2.269,47	2.262,57	2.265,46	2.270,16

### *Ziele des Produktbereiches*

- Z 1 Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Z 2 Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Z 3 Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Sicherstellung der Strafverfolgung
- Z 4 Gewährleistung der Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
- Z 5 Gewährleistung von Serviceleistungen und Verbesserung der Abläufe durch organisatorische und IuK-technische Maßnahmen

### *Produktgruppen – Überblick*

- PG 06 Hanseatisches Oberlandesgericht (einschl. der Prüfungsämter für die 1. und 2. Juristische Staatsprüfung und der Personalstelle für Referendare)
- PG 07 Landgericht
- PG 08 Amtsgerichte

## Produktgruppe 06 Hanseatisches Oberlandesgericht

Kapitel 2110

### *Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung*

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung auf dem Sektor des Zivil- und Familienrechts, des Strafrechts sowie in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Sicherstellung der Ausbildung des Juristennachwuchses

Die Fallzahlen in den einzelnen Produkten sind von dem Hanseatischen Oberlandesgericht nicht beeinflussbar, sondern abhängig von

- der Entwicklung der Kriminalität, der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und
- dem Geschäftsanfall in den Vorinstanzen sowie der damit im Zusammenhang stehenden Anzahl der eingelegten Rechtsmittel.

Um diese Ziele zu erreichen und zusätzlich die Kundenfreundlichkeit der Justiz sowie die Mitarbeiterzufriedenheit zu erhöhen,

- sind unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlicher Funktionsbereiche diverse Themenarbeitsgruppen gegründet worden, die das Ziel verfolgen, die Arbeitsabläufe innerhalb des Gerichts systematisch zu optimieren,
- sind im Bereich des nichtrichterlichen Dienstes Zeitaufschreibungen vorgenommen worden, die eine Optimierung der Personaleinsatzplanung gewährleisten sollen,
- ist das IuK-Fachverfahren MEGA, das bisher lediglich das Zivilverfahren unterstützt, um das Modul MEGA-Familie erweitert worden,
- ist ein Modernisierungsplan für das Hanseatische Oberlandesgericht erstellt worden, der bis Ende 2004 umgesetzt werden soll.

<sup>15</sup> Eine Zuordnung der Einnahmen auf die Produktgruppen ist nicht möglich. Die Einnahmen sind geprägt durch Gerichtskosten (rd. 73 %), Einnahmen aus Mahnverfahren (rd. 14 %) und Geldstrafen, Geldbußen (rd. 13 %).

<sup>16</sup> Aufteilung auf die Produktgruppen entsprechend der Aufteilung des Ist-Ergebnisses.

<sup>17</sup> Stellenangabe ohne Ausbildungsstellen für Referendarinnen und Referendare.

**Produktbereich 04**  
**Ordentliche Gerichte**

<i>Produkte</i>	
P 1	Rechtsschutz in Zivilsachen und Familiensachen (einschl. Bauland- und Notarsachen). Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arreste, einstweilige Verfügungen und einstweilige Anordnungen). Entscheidungen über Rechtsmittel in Verfahren wegen der Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden
P 2	Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren (einschl. Strafvollstreckungs- und Strafvollzugssachen sowie Auslieferungssachen) sowie Steuerbevollmächtigten- und Steuerberatersachen
P 3	Rechtsschutz in Rechtsmittelverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
P 4	Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
P 5	Justizverwaltungsangelegenheiten (insbes. Verfahren nach § 10 Abs. 2 EheG und § 23 EGGVG)
P 6	Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (Bibliothek, Annahmestelle, Registratur, IuK-Technik und Schreibdienste)
P 7	Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leistungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	25.903	29.117	26.743	26.234	27.201
• Personalausgaben	23.699	26.478	24.169	23.989	24.839
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.204	2.639	2.565	2.245	2.363
- davon gesetzliche Leistungen	404	402	415	388	403
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	165	1.167	388	196

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	3.318	3.707	3.375	3.358	3.477
• Innerbehördlich	2.962	3.310	3.014	2.998	3.105
• Überbehördlich (1,5%)	356	397	362	360	373

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 91 %).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen gesamt (ohne Referendare)	172,47	172,07	163,57	174,57	164,57
Richter-/nichtrichterliches Personal, davon	71/101,47	73/99,07	73/90,57	73/101,57	74/90,57
Richter-/nichtrichterliches Personal (Ausbildung)	15/23	17/22	18/22	17/23	17/22
Richter-/nichtrichterliches Personal (Verfahren)	56/78,47	56/77,07	55/68,57	56/78,57	57/68,57
Stellen für Nachwuchskräfte (Referendare)	733	775	775	775	775
Anzahl der beschäftigten Referendarinnen/Referendare	800	900	900	900	900
P 1: Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen					
1. Rechtsschutz in Zivilsachen					
Berufungen					
Eingänge Berufungen	2.100	2.300	2.300	2.005	2.169
Erledigungen Berufungen	2.500	2.500	2.400	2.424	2.222
Eingänge je Richterin/Richter					89
Erledigungen je Richterin/Richter					91,3
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg	9				10,4
im Bundesdurchschnitt					8,8

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Beschwerden					
Eingänge Beschwerden	1.300	1.700	1.700	1.282	1.558
2. Rechtsschutz in Familiensachen					
Berufungen und Beschwerden (UF-Sachen <sup>18</sup> )					
Eingänge	500	500	505	464	447
Erledigungen	500	480	465	464	461
Eingänge je Richterin/Richter					44,4
Erledigungen je Richterin/Richter					45,8
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg	8,0	8,0	8,0	13,1	8,9
im Bundesdurchschnitt					5,3
Beschwerden (WF-Sachen <sup>19</sup> )					
Eingänge	630	630	630	616	562
Erledigungen	650	650	650	628	553
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg	2,0	2,0	2,0	3,9	1,8
Im Bundesdurchschnitt					1,7
P 2: Rechtsschutz in Strafsachen					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	3	3	3	1	2
Erledigungen	3	3	4	1	1
2. Revisionen					
Eingänge	200	240	250	199	212
Erledigungen	200	240	250	191	232
Eingänge je Richterin/Richter					67,5
Erledigungen je Richterin/Richter					73,9
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg				1,2	1,2
im Bundesdurchschnitt					1,3
3. Bußgeldverfahren (Beschwerden)					
Eingänge	100	130	135	95	109
Erledigungen	100	130	135	91	112
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg				0,9	1,0
im Bundesdurchschnitt					
4. sonstige Beschwerden					
Eingänge	1.000	950	1.025	1.008	907
Anzahl erfolgreicher Abschlüsse (Große Jur. Staatsprüfung) im Verhältnis zu den abgelegten Prüfungen insgesamt in %	90	90	90	90	90

<sup>18</sup> **UF-Sachen** = Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen

<sup>19</sup> **WF-Sachen** = Sonstige Beschwerden in Familiensachen

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung*

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Strafverfahren sowie Teilaspekte der Strafvollstreckung

Die Höhe der Fallzahlen der jeweiligen Produkte ist vom Landgericht nicht beeinflussbar, sondern abhängig von der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit und dem Verhalten der Allgemeinheit, insbesondere der Prozessfreudigkeit der Bürger.

Fast jeder Büroarbeitsplatz ist mit IuK-Technik ausgestattet. Von allen Richterarbeitsplätzen aus besteht die Möglichkeit der Kommunikation über das Intranet und des Zugangs zum Internet, insbesondere zu den dort abrufbaren juristischen Datenbanken.

Eine Leistungssteigerung/ Zeitersparnis wurde durch interne Datenbanken und Programme erzielt. Die Gliederung des Zivilverfahrens in „Tandem“-Gruppen hat sich bewährt und ist abgeschlossen. Im Bereich der Strafverfahren wird eine neue Geschäftsstellensoftware erprobt sowie die weitere Entwicklung im Länderverbund beobachtet und unterstützt.

*Produkte*

- P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen erst- und zweitinstanzlicher Verfahren einschließlich Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren, Familiensachen, Baulandsachen, Entschädigungssachen, Wiedergutmachungssachen, schiedsgerichtlichen Sachen, Vollstreckbarkeitsklärungen von außgerichtlichen Titeln, Bestimmung des zuständigen Gerichts
- P 2 Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren einschließlich Bewährungsaufsicht, Sicherungs-, Nach- und Objektive Verfahren, Steuerberatungs- und Steuerbevollmächtigtensachen
- P 3 Rechtsschutz in Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuung-, Pflegschafts- und Beistandschaftssachen, Personenstands-, Adoptions-, Todeserklärungs- und Nachlasssachen, Wohnungseigentums-, Register- sowie Notarsachen)
- P 4 Strafvollstreckungsverfahren und Strafvollzugsstreitigkeiten
- P 5 Justizverwaltungsangelegenheiten (Notaraufsicht, Vereidigungen, Akteneinsicht für Dritte, Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland, Apostillen und Legalisationen)
- P 6 Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Post- und Telefaxannahme, Vorschalt- und Verteilerstelle, Generalregister, Archiv, Hausrecht, Ausbildung, Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen)
- P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	45.907	41.311	38.128	40.141	39.489
– Personalausgaben	32.129	31.486	28.137	29.336	28.917
– Sach- und Fachausgaben gesamt	13.778 <sup>20</sup>	9.825	9.991	10.805	9.572
Davon gesetzliche Leistungen	7.725	7.699	7.947	6.899	7.709
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	245	375	4.412	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	4.498	4.408	3.980	4.107	4.048
• Innerbehördlich	4.016	3.936	3.509	3.667	3.615
• Überbehördlich (1,5%)	482	472	421	440	434

*Ausgabenschwerpunkte*

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 70 %) und den Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (rd. 17 %).

<sup>20</sup> Die Erhöhung der Sach- und Fachausgaben im Plan 2004 für das Landgericht beruhen auf einer geänderten Zuordnung innerhalb des Produktbereiches.

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen gesamt	515,38	518,24	520,07	517,24	520,07
Richter/ nichtrichterliches Personal	210,82/ 304,56	209,89/ 308,35	210,89/ 309,18	209,89/ 307,35	210,89/ 309,18
P 1: Rechtsschutz in Zivilsachen					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	15.500	15.000	15.000	15.437	14.605
Erledigungen	15.500	15.000	15.000	14.472	14.349
Eingänge je Richterin/Richter <sup>21</sup>					184,6
Erledigungen je Richterin/Richter <sup>21</sup>					181,4
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in					
Monaten in Hamburg <sup>22</sup>				6,3	6,1
im Bundesdurchschnitt <sup>22</sup>					7,1
2. Berufungen					
Eingänge	2.400	2.800	3.000	2.325	2.530
Erledigungen	2.400	2.800	3.000	2.429	2.628
Eingänge je Richterin/Richter					189,2
Erledigungen je Richterin/Richter					196,6
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in					
Monaten in Hamburg				5,3	5,2
im Bundesdurchschnitt					5,6
3. Beschwerden					
Eingänge	3.000	3.600	4.000	2.997	3.317
P 2: Rechtsschutz in Strafsachen					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	450	450	450	448	422
Erledigungen	450	450	480	389	345
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in					
Monaten in Hamburg				5,1	5,2
im Bundesdurchschnitt					
2. Berufungen					
Eingänge	2.100	2.000	2.300	2.097	1.903
Erledigungen	2.100	2.000	2.300	2.008	1.758
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in					
Monaten in Hamburg				4,0	3,4
im Bundesdurchschnitt					
Eingänge je Richterin/Richter (1. u. 2. Instanz)				30,6	27,2
Erledigungen je Richterin/Richter (1. u. 2. Instanz)				28,5	28,2
3. Beschwerden					
Eingänge	2.200	2.300	4.000	2.157	1.974

<sup>21</sup> Daten ohne Handels-, Bauland-, Entschädigungs- und Wiedergutmachungssachen.

<sup>22</sup> Ohne Kammern für Handelssachen.

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewährung von individuellem Rechtsschutz</li> <li>- Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtssprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit</li> <li>- Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs</li> <li>- Wahrnehmung der Strafverfolgung</li> </ul> <p>Die Fallzahlen in den einzelnen Produkten sind von den Amtsgerichten nicht beeinflussbar, sondern abhängig von der Entwicklung der Kriminalität und der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit sowie der wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialpolitischen Verhältnissen.</p> <p>Um die Ziele zu erreichen und grundsätzlich die Kundenfreundlichkeit der Justiz zu erhöhen, ist das Projekt „Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg-Mitte“ eingerichtet worden mit dem Ziel, die vier Segmente Zivilverfahren/ Vollstreckung, Strafverfahren, Familien- und Vormundschaftsgericht sowie Freiwillige Gerichtsbarkeit als weitgehend selbständige Teilbereiche zu organisieren. Gleichzeitig wurden durch die Gründung der zwei neuen Stadtteilgerichte Hamburg-Barmbek und Hamburg-St. Georg die Bürgernähe der Justiz erhöht sowie Organisation und Gebäudenutzung optimiert. Bei den einzelnen Teilprojekten zeichnet sich folgender Realisierungsstand ab:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Teilprojekte Gründung eines Stadtteilgerichts Barmbek und St.Georg sind abgeschlossen.</li> <li>- Das Teilprojekt Strafsegment, welches die Zusammenführung einzelner Strafdezernate zu einer organisatorisch selbständigen Einheit zum Ziel hat, stattet die Strafbereiche IuK-technisch und baulich aus, damit das Strafsegment zusammengeführt werden kann. Das Teilprojekt ist weitgehend abgeschlossen. Es fehlt zum Teil noch die räumliche Zusammenführung, die im Laufe des Haushaltsjahres abgeschlossen werden soll.</li> <li>- Das Teilprojekt Modernisierung des Ziviljustizgebäudes begleitet die Gebäudesanierung und unterstützt die weitere IuK-technische Ausstattung, die Mobilienbeschaffung sowie baulich-technische Maßnahmen.</li> </ul> <p>Die Amtsgerichte versprechen sich von diesen Maßnahmen eine nachhaltige Steigerung der Effizienz.</p>	
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen (inkl. Kindschaftsrechts- und Aufgebotsverfahren), Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügungen), Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden</p> <p>P 2 Rechtsschutz in Familiensachen</p> <p>P 3 Rechtsschutz in Straf-, Haft- und Bußgeldverfahren, Sicherungsverfahren, Nachverfahren, Objektive Verfahren</p> <p>P 4 Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, namentlich Verfahren nach dem Freiheitsentziehungsgesetz (Psych KG, Asylverfahren), Angelegenheiten von Vormundschaften, Betreuungen, Pflegschaften, Beistandschaften, Angelegenheiten betreffend den Status einer Person (z.B. Adoptionsverfahren, Verfahren nach dem Transsexuellengesetz, Personenstandssachen) und Nachlasssachen</p> <p>P 5 Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs, Wohnungseigentumssachen (ebenfalls Freiwillige Gerichtsbarkeit)</p> <p>P 6 Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche (Allgemeine Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren einschließlich Verteilungs- und seerechtliches Verteilungsverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen der Gerichtsvollzieher)</p> <p>P 7 Justizverwaltungsangelegenheiten (Hinterlegungssachen, Zulassung und Aufsicht über Rechtsbeistände, Entscheidungen über Anträge auf Erteilung einer Feststellungserklärung, Gewährung von Akteneinsicht für Dritte, Erteilung weiterer Ausfertigungen von notariellen Urkunden, Apostillen und Legalisationen)</p> <p>P 8 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Ausbildung des einfachen, mittleren und gehobenen Justizdienstes, Telefonzentrale für die Behörden Neustadt, Gemeinsame Annahmestelle, Bibliotheken)</p> <p>P 9 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung</p>	

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	143.023	142.271	133.984	133.906	124.230
• Personalausgaben	79.478	78.519	70.345	74.651	72.292
• Sach- und Fachausgaben gesamt	63.545	63.752	63.639	59.262	51.938
- Davon gesetzliche Leistungen	36.368	37.932	38.642	42.573	33.496
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.085	861	1.116	-	1.676

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	11.127	10.993	9.824	10.451	10.121
• Innerbehördlich	9.935	9.815	8.771	9.331	9.037
• Überbehördlich (1,5%)	1.192	1.178	1.053	1.120	1.084

**Ausgabenschwerpunkte**

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 55 %), den Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (rd. 26 %), den Gebäudekosten (rd. 11%) sowie den Vollstreckungskosten (rd. 5 %).

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen gesamt	1.555,96	1.579,16	1.578,93	1.573,65	1.585,52
Richter/ nichtrichterliches Personal	250,5 1.305,46	248/ 1.327,16	249/ 1.329,93	251/ 1.322,65	252/ 1.333,52
P1: Rechtsschutz in Zivilsachen					
1. Mahnsachen					
Eingänge	602.000	530.000	520.000	602.137	534.767
2. Zivilsachen					
Eingänge	47.600	44.800	46.500	47.646	46.347
Erledigungen	47.600	44.800	46.500	44.384	43.612
Eingänge je Richter/Richter					662,1
Erledigungen je Richter/Richter					645,0
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg				4,5	4,3
im Bundesdurchschnitt					4,3
Beschäftigungsvolumen (1 u. 2) <sup>23</sup>	222,75	215,03	223,47	222,75	215,03
P 2: Rechtsschutz in Familiensachen					
Eingänge	13.500	13.700	13.000	13.826	13.637
Erledigungen	13.500	13.700	13.000	13.464	12.597
Eingänge je Richter/Richter					407,7
Erledigungen je Richter/Richter					376,6
Durchschnittliche Dauer der Eheverfahren in Monaten in Hamburg					10,7
im Bundesdurchschnitt					9,9
Beschäftigungsvolumen <sup>23</sup>	103,14	105,80	101,60	103,14	105,80
P 3: Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren					
1. Strafsachen					
Eingänge	25.000	31.000	23.500	24.896	27.076
Erledigungen	25.000	31.000	23.000	26.059	24.921
Eingänge je Richter/Richter					422,0
Erledigungen je Richter/Richter					388,4
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					

<sup>23</sup> Bei dem Beschäftigungsvolumen handelt es sich um die auf Vollkräfte umgerechnete Anzahl der in den einzelnen Verfahrensbereichen über das Jahr tatsächlich eingesetzten Arbeitskräfte. Die angegebenen Werte entsprechen dem durchschnittlichen Personalkostenanteil des jeweiligen Produktes im Sinne einer Kosten- und Leistungsrechnung.

**Produktbereich 04**  
**Ordentliche Gerichte**

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
in Hamburg				4,6	4,1
im Bundesdurchschnitt					3,9
2. Bußgeldsachen					
Eingänge	7.800	7.000	7.100	7.859	6.416
Erledigungen	7.800	7.000	7.300	7.076	6.409
Eingänge je Richterin/Richter					846,4
Erledigungen je Richterin/Richter					846,5
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg				2,1	2,2
im Bundesdurchschnitt					2,7
Beschäftigungsvolumen (1. u. 2.) <sup>23</sup>	214,18		219,86	214,18	207,79
P 4: Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit					
1. Vormundschaft					
am Jahresende anhängige Betreuungen	20.000	21.200	18.800	18.059	16.938
am Jahresende anhängige Vormundschaften	2.100	3.000	3.000	2.029	2.315
am Jahresende anhängige Pflegschaften und Beistandschaften	2.100	3.200	3.300	2.057	2.742
Unterbringungsverfahren	3.700	3.500	3.000	3.725	3.774
Sonst. FGG-Angelegenheiten, Beurkundungen pp.	17.000	18.000	18.000	16.820	17.815
Beschäftigungsvolumen <sup>23</sup>	74,75	76,20	78,39	74,75	76,20
2. Nachlass					
Nachlass- und Teilungssachen	13.000	14.000	15.000	13.092	15.045
Beschäftigungsvolumen <sup>23</sup>	42,76	41,39	42,39	42,76	41,39
P 5: Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs					
1. Grundbuch					
Eintragungen von Eigentumsveränderungen	19.000	19.000	22.000	19.671	19.139
Eintragungen und Löschungen Abt. II und III	122.000	125.000	142.000	122.144	125.219
Beschäftigungsvolumen <sup>23</sup>	62,32	67,90	73,21	62,32	67,90
2. Registersachen					
am Jahresende eingetragene Firmen	57.000	54.000	56.000	59.878	57.961
am Jahresende eingetragene Vereine	9.800	9.700	9.800	9.947	9.787
am Jahresende eingetragene Schiffe u. Schiffsbauwerke	6.000	6.000	6.000	6.051	6.037
Beschäftigungsvolumen <sup>23</sup>	62,90	55,24	60,43	62,90	56,30
P 6: Zivilvollstreckungssachen					
Anträge auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	2.300	2.000	1.500	2.266	1.460
Anträge auf Eröffnung des Verbraucher-/ Kleininsolvenzverfahrens	1.400	900	900	1.136	464
Anträge auf Zwangsversteigerungs- und -verwaltungssachen	1.200	1.200	1.300	1.174	1.325

**Produktbereich 04  
Ordentliche Gerichte**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Sonst. Vollstreckungssachen	71.000	75.000	70.000	70.676	73.918
Gerichtsvollzieheraufträge	220.000	227.000	227.000	215.610	225.725
Beschäftigungsvolumen <sup>23</sup>	182,94	194,18	182,94	182,94	194,18
Rechtshilfesachen	10.000	10.000	10.000	-	7.648
Diese Aufgaben werden in allen Verfahrensbereichen mit unterschiedlichen Anteilen wahrgenommen, so dass eine differenzierte Darstellung nicht möglich ist.					

**Produktbereich: 05 Fachgerichte**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	2.237	2.237	2.040	2.268	2.153
Personalausgaben in Tsd. EUR	25.515	25.172	22.675	24.114	23.201
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	8.240	8.303	7.755	7.993	7.326
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	175	-	52	-
Stellen	428,33	441,98	439,28	437,63	436,12

<i>Ziele des Produktbereiches</i>
Z 1 Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2 Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
<i>Produktgruppen – Überblick</i>
PG 09 Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht
PG 10 Verwaltungsgericht
PG 11 Finanzgericht
PG 12 Arbeitsgerichte
PG 13 Sozialgerichte

**Produktgruppe 09 Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht**

**Kapitel 2190**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung</i>
– Gewährung von individuellem Rechtsschutz
– Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
Das Hamburgische Obergerverwaltungsgericht (HOVG) ist die Rechtsmittelinstanz für die verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie in Heilberufs- und Disziplinarangelegenheiten. Ferner ist das HOVG erstinstanzliches Gericht für Verfahren nach § 48 VwGO (z.B. Großverfahren, Vereinsverbote) sowie für Normenkontrollverfahren. Die Anzahl der Verfahrenseingänge ist nicht beeinflussbar; sie hängt u.a. von der Intensität des Verwaltungshandelns der Behörden, der Tätigkeit des Verwaltungsgerichts (I. Instanz) sowie in Asylsachen u.a. auch von den politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern ab.
Mit Beginn des Jahres 2002 hat sich das Verfahrensrecht der VwGO geändert. Die Zulassung der Beschwerde in Antragsverfahren wurde durch die direkte Beschwerde ersetzt. Die Auswirkungen können noch nicht näher präzisiert werden.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen
P 2 Rechtsschutz in Asylsachen
P 3 Serviceleistungen (z.B. Information der Öffentlichkeit, Bibliothek, Asyldokumentation, Beratungen, Ausbildung von Referendaren, Juristische Datenbank VERIS, Tätigkeiten in anderen Gerichten, z.B. Senat für Baulandsachen beim Hanseatischen Oberlandesgericht)
P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i> <sup>24</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.022	3.163	2.870	2.892	2.869
• Personalausgaben	2.653	2.800	2.548	2.572	2.554
• Sach- und Fachausgaben gesamt	369	363	322	320	315
– Davon gesetzliche Leistungen	17	11	11	1	1
Investitionsausgaben in Tsd. EUR		-	-	10	10

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	371	392	357	360	358
• Innerbehördlich	331	350	319	322	319
• Überbehördlich (1,5%)	40	42	38	38	38

<sup>24</sup> Die Einnahmen der Verwaltungsgerichte werden insgesamt bei der Produktgruppe 10 ausgewiesen.

*Ausgabenschwerpunkte*  
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 88 %)

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	34,04	37,19	37,39	37,19	37,23
Richter/ nichtrichterliches Personal	19/ 15,04	19/ 18,19	19/ 18,39	19/ 18,19	19/ 18,23
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen <sup>25</sup>					
1. Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren					
Eingänge	20	30	30	5	9
Erledigungen	20	30	30	4	13
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg <sup>26</sup>				25,9	31,4
im Bundesdurchschnitt					18,2
2. Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren					
Allgemeine Verfahren					
Eingänge	420 <sup>27</sup>	300	300	406	367
Erledigungen	380 <sup>27</sup>	250	250	407	295
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg				11,4	11,2
im Bundesdurchschnitt					10,1
3. Beschwerden und Anträge auf Zulassung der Beschwerden in Verfahren des vorläufigen Rechts- schutzes					
Allgemeine Verfahren					
Eingänge	500	500	500	473	479
Erledigungen	450	450	450	455	457
4. Numerus-clausus-Verfahren					
Eingänge	200	250	250	143	171
Erledigungen	200	250	250	140	198
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen					
Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren					
Eingänge	150	200	200	182	212
Erledigungen	150	220	220	241	273
Eingänge je Richterin/Richter					73
Erledigungen je Richterin/Richter					93

<sup>25</sup> Fortgeschrieben auf Basis des bisherigen Trends.

<sup>26</sup> Die durchschnittliche Verfahrensdauer ist abhängig von der Art der jeweiligen Verfahren.

<sup>27</sup> Fortgeschrieben auf Basis des bisherigen Trends. Besondere Berücksichtigung finden bei der Ermittlung der Ergebnisdaten die zur Verfügung stehenden richterlichen Arbeitskapazitäten.

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewährung von individuellem Rechtsschutz</li> <li>- Herstellung von Rechtssicherheit auch durch Leitentscheidungen für die Verwaltung</li> <li>- Vielfältige Serviceleistungen</li> </ul> <p>Das Verwaltungsgericht gewährleistet Rechtsschutz in sog. allgemeinen Sachen und in Asylsachen. Im Bereich der allgemeinen Sachen ist eine signifikante Änderung nicht absehbar, hier wirkt sich auch eingangserhöhend aus, dass am 1.2.2002 die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplargesetz und dem Zivildienstgesetz auf die Verwaltungsgerichte übergegangen ist. Die Eingangszahlen im Bereich Asyl können nur fortgeschrieben werden, da sie in erheblichem Maße von politischen Entwicklungen, von Schwerpunktbildungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und der Abschiebep Praxis der Ausländerbehörde abhängen, von Entwicklungen also, die kaum vorhersehbar sind.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen (einschl. Baulandsachen und Prozesskostenhilfe)</p> <p>P 2 Rechtsschutz in Asylsachen</p> <p>P 3 Serviceleistungen (Beratungen, Auskünfte, Öffentlichkeitsarbeit, Juristische Datenbank VERIS, Asyldokumentation,</p> <p>P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	599	599	579	663	596
• Betriebseinnahmen	599	599	579	663	596
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.365	8.871	8.021	8.666	8.003
• Personalausgaben	7.742	7.220	6.552	7.197	6.566
• Sach- und Fachausgaben gesamt	1.623	1.651	1.469	1.469	1.437
- Davon gesetzliche Leistungen	249	255	255	284	238
Investitionsausgaben in Tsd. EUR		125	-	32	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.084	1.011	885	1.008	886
• Innerbehördlich	968	903	819	900	821
• Überbehördlich (1,5%)	116	108	66	108	65

<p><i>Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten, Geldstrafen (rd. 92 %).</p> <p>Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 83 %) und den Gebäudekosten (rd. 13%).</p>
--

<i>Kennzahlen</i> <sup>28</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	115,11	120,44	120,49	120,44	120,49
Richterliches/nichtrichterliches Personal	64/51,11	64/56,44	64/56,49	64/56,44	64/56,49
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen					
1. Klagverfahren					
Eingänge	3.100	2.700	2.700	3.083	2.782
Erledigungen	3.100	2.700	2.700	3.010	2.941
Eingänge je Richterin/Richter					125
Erledigungen je Richterin/Richter					129
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten					
in Hamburg				15,0	13,9
im Bundesdurchschnitt					17,5

<sup>28</sup> Die Erschließung weiterer Kennzahlen ist noch nicht abgeschlossen.

Kennzahlen <sup>28</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
2. Eilverfahren					
Eingänge	2.600	2.900	2.900	2.572	2.172
Erledigungen	2.600	2.900	2.900	2.472	2.220
Eingänge je Richter/Richterin					121
Erledigungen je Richter/Richterin					124
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg <sup>29</sup>				1,6	1,9
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen					
1. Klagverfahren					
Eingänge	800	1.500	2.000	812	1.388
Erledigungen	1.500	1.500	2.000	1.472	2.483
Eingänge je Richter/Richterin					125
Erledigungen je Richter/Richterin					233
2. Eilverfahren					
Eingänge	800	800	800	398	680
Erledigungen	800	800	800	437	807
Eingänge je Richter/Richterin					121
Erledigungen je Richter/Richterin					139

<sup>29</sup> Die Daten werden auf Bundesebene nicht erfasst.

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung*

- Gewährung von individuellem Rechtsschutz
- Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Das Finanzgericht Hamburg gewährleistet den Rechtsschutz auf den Gebieten des Steuerrechts, des Steuerberatungsgesetzes und in Kindergeldsachen. Im Zoll- und Verbrauchssteuerrecht sowie in Sachen des Marktordnungsrechts ist das Finanzgericht Hamburg über den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg hinaus auch für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein zuständig.

Die Rechtsgebiete sind durch häufige und einschneidende Gesetzesänderungen gekennzeichnet, so z.B. die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-Reform, die Erhöhung der Spielgerätesteuern, Änderungen des europäischen Marktordnungsrechts. Dies hat unter anderem in den vergangenen Jahren ein deutliches Ansteigen der Klageeingänge ausgelöst. Für die Zukunft ist zumindest eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu erwarten.

Um die gesetzlichen Vorgaben für eine zügige Rechtsfindung noch besser zu erfüllen, wird die vorhandene IuK-Technik laufend dem technischen Fortschritt angepasst. Modernisierungsmaßnahmen auf dem IuK-Sektor wie z.B. elektronischer Rechtsverkehr, Protokollführung am PC, zur Verfügungstellung umfangreicher Datenbanken einschließlich der gerichtseigenen Entscheidungssammlung und Erprobung von Spracherkennungssystemen ermöglichen darüber hinaus ein noch effektiveres Arbeiten. Des Weiteren ist eine Organisationsreform durchgeführt worden. Die Einführung von Einheitssachbearbeitung in den Teamgeschäftsstellen und die Einführung von Qualitätszirkeln im nicht-richterlichen und richterlichen Dienst haben eine Steigerung von Effektivität und Effizienz zur Folge.

*Produkte*

- P 1 Rechtsschutz in Steuersachen sämtlicher Hamburger Finanzämter
- P 2 Rechtsschutz in Zoll- und Verbrauchssteuerrechtssachen sowie in Sachen des Marktordnungsrechts für den Bereich der Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
- P 3 Rechtsschutz auf dem Gebiet der Verfahren nach dem Steuerberatungsgesetz
- P 4 Rechtsschutz in Kindergeldsachen
- P 5 Serviceleistungen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Bibliothek)
- P 6 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personal, Sachmittel, Organisation)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	481	481	481	450	582
• Betriebseinnahmen	481	481	481	450	582
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.674	3.705	3.155	2.999	3.141
• Personalausgaben	3.104	3.095	2.753	2.626	2.764
• Sach- und Fachausgaben gesamt	570	610	402	373	377
- Davon gesetzliche Leistungen	20	20	20	20	20
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	50	-	10	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	435	433	385	368	387
• Innerbehördlich	388	387	344	328	346
• Überbehördlich (1,5%)	47	46	41	40	41

*Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte*

Die Einnahmen sind geprägt durch die Gerichtskosten und die Kostenerstattung durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für den gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchssteuern (rd. 37 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 84 %) und den Gebäudekosten (rd. 13 %).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	42,3	41,80	41,80	41,80	41,8
Richterliches/nicht-richterliches Personal	21/21,3	21/20,8	21/20,8	21/20,8	21/20,8

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Vorläufiges Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
1. Klagen					
Eingänge	2.150	2.150	2.150	2.134	1.987
Erledigungen <sup>30</sup>	2.000	2.000	2.000	2.566	1.889
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg	19	17	17,0	25,3	17,0
im Bundesdurchschnitt					17,8
2. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz					
Eingänge	350	450	350	323	458
Erledigungen	450	450	350	428	349
Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in Hamburg <sup>31</sup>	4,5	4,3	4,8		3,7
Eingänge je Richterin/Richter (1. u. 2.)	118	118	119		116
Erledigungen je Richterin/Richter (1. u. 2.)	111	107	112		107
3. Sonstige Verfahren					
Kostensachen	50	20	20	48	12
Sonstige selbständige Verfahren	40	40	40	43	30

**Produktgruppe 12 Arbeitsgerichte**

**Kapitel 2190**

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Gewährung von individuellem Rechtsschutz</li> <li>– Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen</li> </ul> <p>Die Arbeitsgerichte gewährleisten den Rechtsschutz auf dem Gebiet des Arbeitsrechts.</p> <p>Der Geschäftsanfall des Arbeitsgerichts ist sehr stark von der Arbeitsmarktlage abhängig. In 2002 hatte das Arbeitsgericht gegenüber den prognostizierten rd. 14.000 Eingängen über 16.000 Verfahren zu bewältigen (Geschäftsentwicklung siehe Tabelle unten). Beim Landesarbeitsgericht waren die Eingänge gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (Geschäftsentwicklung s. Abb. unten).</p> <p>Das Arbeitsgericht lag im Jahr 2001 im (Länder-)Vergleich der Arbeitsgerichte bundesweit bei der Verfahrensdauer auf Platz 14, bei den Erledigungen auf Platz 9 und beim Geschäftsanfall pro Richter/in auf Platz 10.</p> <p>Das Landesarbeitsgericht lag im Jahr 2001 im (Länder-)Vergleich der Landesarbeitsgerichte bundesweit bei der Verfahrensdauer auf Platz 9, bei den Erledigungen auf Platz 11 und beim Geschäftsanfall pro Richter/in auf Platz 12.</p> <p>Beide Gerichte verfügen über eine gemeinsame Verwaltung. Die Intendanten werden im Rahmen der Modernisierung optimiert.</p> <p>Während die Anzahl der Mitarbeiter/innen beim Landesarbeitsgericht 2001 mit 1,5 Mitarbeiter/innen pro Richter gegenüber 2,15 im Bundesdurchschnitt deutlich darunter lag, war die Personalausstattung beim Arbeitsgericht mit 2,41 gegenüber 2,30 im Bundesdurchschnitt nur geringfügig höher. Insgesamt ist die Personalausstattung im nichtrichterlichen Bereich bundesdurchschnittlich.</p> <p>Die Personalkosten der Dienststelle unterschreiten die des Jahres 1996. Das Budgetierungsziel des ehemaligen NSM-Bereichs wurde erreicht.</p> <p>Bildschirmarbeitsplätze und Einheitssachbearbeitung in den Verfahrensgeschäftsstellen sind in beiden Gerichten Standard.</p> <p>Die durchgeführte Kundenbefragung weist im Übrigen einen hohen Zufriedenheitsgrad mit der Dienstleistung der Arbeitsgerichte aus.</p> <p>Bei den <i>Auslagen in Rechtssachen</i> werden die Titelansätze der letzten Haushaltsjahre deutlich überschritten. 91 % der gesetzlichen Leistungen entfallen auf die Prozesskostenhilfe</p>
--

<sup>30</sup> 2002 wurden rd. 450 Verfahren aus dem Sonderkomplex Kindergeld erledigt.

<sup>31</sup> Die Daten werden auf Bundesebene nicht erfasst.

**Produktbereich 05**  
**Fachgerichte**

<i>Produkte</i>	
P 1	Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen
P 2	Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen
P 3	Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leistungsunterstützung
P 4	Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik; Bibliothek und Dokumentationsstelle)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	827	827	827	720	821
• Betriebseinnahmen	827	827	827	720	821
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.863	8.831	8.109	8.496	7.886
• Personalausgaben	6.514	6.481	5.814	5.769	5.593
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.349	2.350	2.295	2.727	2.293
- Davon gesetzliche Leistungen	1.519	1.150	1.150	1.548	1.086

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	912	907	814	808	783
• Innerbehördlich	814	810	727	721	699
• Überbehördlich (1,5%)	98	97	87	87	84

<i>Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte</i>	
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten, Geldstrafen (rd. 99 %).	
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 74 %), den Auslagen in Rechtssachen (rd. 14 %) und den Gebäudekosten (rd. 10 %).	

<i>Kennzahlen Arbeitsgericht</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	85,3	90,55	88,6	86,3	88,6
Richter-/nichtrichterliches Personal	26/59,3	26/64,55	26/62,6	26/60,3	26/62,6
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen					
Klageingänge	15.500	13.500	13.500	15.499	14.238
Erledigte Klagen	14.700	13.500	13.500	14.748	14.040
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, Arreste	370	450	370	352	470
Erledigte Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, Arreste	370	450	370	351	464
Anträge im Beschlussverfahren	420	450	450	450	460
Ergangene Beschlüsse	420	450	450	406	441
Verfahrensdauer in Klagsachen (in Monaten)	4,9	4,6	4,5	4,9	4,75
Verfahrensdauer bei Anträgen im Beschlussverfahren (in Monaten)	5,0	4,7	4,5	5,3	4,8
Kennzahl für streitbeendende Erledigungen in erster Instanz (in Prozent)	94,2	94,0	93,6	95,0	94,4
Erledigte Verfahren pro Richter/in	650	-	551	624	643

<i>Kennzahlen Landesarbeitsgericht</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	21	21	21	21	21
Richter-/nichtrichterliches Personal	8/13	8/13	8/13	8/13	8/13
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen.					
Berufungseingänge	710	810	810	708	782
Erledigte Berufungen	750	840	840	747	808
Beschwerden in Beschlussachen	71	85	85	62	61

Kennzahlen Landesarbeitsgericht	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Erledigte Beschwerden in Beschluss-sachen	72	80	80	63	77
Eingänge von sonstigen Beschwerden	200	200	200	199	198
Erledigte sonstige Beschwerden	200	200	200	199	205
Verfahrensdauer bei Berufungen (in Monaten)	6,3	6,3	6,5	6,26	6,27
Verfahrensdauer bei Beschwerden in Beschluss-sachen (in Monaten)	5,8	5,8	6,0	5,4	5,77
Verfahrensdauer bei sonstigen Be-schwerden (in Monaten)	2,2	2,1	2,5	1,9	2,08
Erledigte Verfahren pro Richter/in	130	135	140	141	130,25

### Produktgruppe 13 Sozialgerichtsbarkeit

### Kapitel 2190

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewährung von individuellem Rechtsschutz</li> <li>- Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen</li> </ul> <p>Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung (einschließlich Pflegeversicherung und Kassenarztrecht), der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit sowie des sozialen Entschädigungsrechts.</p> <p>Beim Sozialgericht lagen die Verfahrenseingänge in den Jahren 2001 und 2002 auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Eine deutliche Steigerung der Eingänge im Bereich der Krankenversicherung stand einem Rückgang der Eingänge in anderen Bereichen gegenüber.</p> <p>Im Jahr 2001 lag das Sozialgericht bei den Verfahrenseingängen pro Richter im Ländervergleich unter dem Bundesdurchschnitt auf Platz 15. Bei den Erledigungen pro Richter/in stand es auf Platz 13 im unteren Drittel. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 22,51 Monate. Sie lag um ca. 6 Monate über dem Bundesdurchschnitt (16,04); damit ergab sich in der Reihenfolge Platz 16. Die Bestände pro Richter/in (571) lagen um mehr als ein Drittel über dem Durchschnitt.</p> <p>Das Sozialgericht hat in den Jahren 2001 und 2002 die hohen Bestände deutlich abgebaut.</p> <p>Die Gesamtzahl der Erledigungen und auch die Erledigungen pro Richter/in (310) konnten im Jahr 2002 weiter gesteigert werden. Die Verfahrensdauer ist von 30 Monaten im Jahr 2000 auf 19,46 Monate im Jahr 2002 gesunken. Die Bestände pro Richter/in sind auf 483 zurückgegangen.</p> <p>Beim Landessozialgericht lagen die Berufungseingänge in 2001 über dem Niveau der Vorjahre. Im Jahr 2002 sind die Berufungseingänge weiter deutlich gestiegen.</p> <p>Im Ländervergleich lag das Landessozialgericht im Jahre 2001 bei den Berufungseingängen pro Richter unter dem Bundesdurchschnitt und nahm Platz 15 ein. Bezüglich der erledigten Berufungen pro Richter lag es auf Platz 15 und damit im unteren Drittel. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 23,09 Monate und hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. ein Viertel verringert. Sie lag um 7 Monate über dem Bundesdurchschnitt (15,71); damit ergab sich in der Rangfolge Platz 15. Die Bestände (nur Berufungen) beim Landessozialgericht lagen 2002 mit 168 Sachen pro Richter über dem Bundesdurchschnitt (2001: 124).</p> <p>Die durchschnittliche Verfahrensdauer konnte zunächst von 30 Monaten im Jahr 2000 auf 23,09 Monate im Jahr 2001 verringert werden. Sie stieg jedoch im Jahr 2002 aufgrund einer Fallzahlsteigerung bei den Berufungseingängen wieder auf 28,3 Monate an.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>P 1 Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen</li> <li>P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen</li> <li>P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung</li> <li>P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik; Bibliothek)</li> </ul>

**Produktbereich 05**  
**Fachgerichte**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	330	330	153	435	154
• Betriebseinnahmen	330	330	153	435	154
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.831	8.905	8.275	9.054	8.628
• Personalausgaben	5.502	5.576	5.008	5.950	5.724
• Sach- und Fachausgaben gesamt <sup>32</sup>	3.329	3.329	3.267	3.104	2.904
- Davon gesetzliche Leistungen	2.199	2.199	2.199	2.100	1.859

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	770	781	701	833	801
• Innerbehördlich	688	697	626	744	716
• überbehördlich (1,5%)	83	84	75	89	86

*Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte*

Die Einnahmen resultieren aus Gerichtskosten, Geldstrafen.

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 62 %), den Auslagen in Rechtssachen (rd. 26 %) und den Gebäudekosten (rd. 10 %).

<i>Kennzahlen Sozialgericht</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	95,58	96	96	95,90	92
Richter/nichtrichterliches Personal	31/64,58	31/65	31/65	31/64,90	31/61
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen					
Klageeingänge <sup>33</sup>	7.126	7.150	7.150	7.126	6.848
Erledigte Klagen <sup>34</sup>	8.850	9.150	8.850	8.628	7.419
Verfahrensdauer in Klagsachen (in Monaten) <sup>35</sup>	15,23	15,8	18,8	19,46	24,3
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz <sup>36</sup>	410	450	450	406	443
Erledigungen	410	450	450	416	468
Verfahrensdauer bei Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes (in Monaten) <sup>37</sup>	3,65	1,9	1,9	1,9	2,1
Kennzahl für streitbeendende Erledigungen in erster Instanz (in Prozent)	94,13	94,3	94,10	93,97	93,8
Erledigte Verfahren pro Richter/in (Klagen und einstweiliger Rechtsschutz)	319,31	320	310	310,47	298
Durchschnittlicher Geschäftsanfall pro Richter/in (Klagen und einstweiliger Rechtsschutz)	259,86	253	253	259,80	275,8

<i>Kennzahlen Landessozialgericht</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	35	35	34	35	35
Richter/nichtrichterliches Personal	9/26	9/26	9/25	8,25/26	9/26
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen					
Berufungseingänge	520	520	520	520	460

<sup>32</sup> Das niedrige Ergebnis 2002 beruht darauf, dass die Mietzahlungen für 2002 erst im Haushaltsjahr 2003 erfolgten

<sup>33</sup> Erwartete Klageeingänge 2004 wurden auf Basis der letzten 5 Jahre (1998-2002) ermittelt. Im Haushaltsplan 2003 wurde für 2003 daher von 7.150 Klageeingängen ausgegangen.

<sup>34</sup> Im Haushaltsplan 2003 wurde für 2003 von 9.150 erledigten Klagen ausgegangen. Die Fortschreibung für 2004 beruht darauf, dass die Zahl der 30-Ist-Richter voraussichtlich nicht realisiert werden kann.

<sup>35</sup> Die Berechnung der Verfahrensdauer erfolgt unter Berücksichtigung der Bestandszahlen.

<sup>36</sup> Erwartete Eingänge unter Berücksichtigung der Eingänge 2002.

<sup>37</sup> Siehe Fußnote 35. Die Differenz beträgt 64 Verfahren.

<i>Kennzahlen Landessozialgericht</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Erledigte Berufungen	480	510	480	402	462
Verfahrensdauer Berufungen (in Monaten) <sup>38</sup>	26,67	22	22,7	28,3	23,1
Erledigte Berufungsverfahren pro Berichterstatter/in <sup>39</sup>	96	85	80	61,09	74,9
Durchschnittlicher Geschäftsanfall pro Berichterstatter/in	104	87	97	79,03	74,6

<sup>38</sup> Für den Wert 2004 liegt die Annahme zugrunde, dass auch 2003 die Zahl der Eingänge die Zahl der Erledigungen übersteigen wird.

<sup>39</sup> Die Berichtigung der Planzahlen für 2003 und 2004 beruht darauf, dass die Zahl der 6,00 Ist-Berichterstatter voraussichtlich nicht realisiert werden kann. Für 2003 und 2004 wurde eine voraussichtliche Berichterstatter – Ist – Zahl von 5,00 zugrunde gelegt. Angestrebt ist der Bundesdurchschnitt.

**Produktbereich: 06 Justizvollzug**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	4.094	4.118	4.118	4.244	4.792
Personalausgaben in Tsd. EUR	93.246	92.639	80.106	77.149	77.657
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	21.201	19.422	19.809	22.316	20.337
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>40</sup>	27.752	19.776	27.967	40.330	21.644
Stellen	1.741,95	1.738,86	1.783,43	1.746,86	1.746,86

*Ziele des Produktbereiches*

Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten befähigen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten schützen (§ 2 StVollzG). Der Vollzug der anderen freiheitsentziehenden Maßnahmen wird entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben durchgeführt. Dabei ist den qualitativen und quantitativen Anforderungen der jeweiligen Insassenpopulation durch differenzierte Angebote und Vollzugsformen Rechnung zu tragen. Im Vollzug der Freiheitsstrafe sind die auf Wiedereingliederung abzielenden Maßnahmen vorrangig durchzuführen, soweit sie nicht den Erfordernissen der Sicherheit entgegenstehen.

*Produktgruppen – Überblick*

PG 14 Strafvollzugsamt  
PG 15 Justizvollzugsanstalten

**Produktgruppe 14 Strafvollzugsamt**

**Kapitel 2300**

*Ziel der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung*

Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Sicherung eines gesetzmäßigen Vollzuges

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2004 schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Effizienzsteigerung im Bereich des Justizvollzuges
- Fortsetzung der Modernisierung der Verwaltung des Justizvollzuges
- Entwicklung eines Konzepts gegen Drogen im Strafvollzug
- Stärkung des geschlossenen Vollzuges durch Betrieb der Anstalt XII (JVA Billwerder) als Anstalt des geschlossenen Vollzuges

*Produkte*

P 1 Weiterentwicklung der konzeptionellen Grundlagen  
P 2 Gesamtbetriebliche Steuerung/Controlling, Serviceleistungen  
P 3 Aufsicht – fachliche Kontrolle und Beratung – über die Justizvollzugsanstalten

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	737	741	741	764	863
• Betriebseinnahmen	737	741	741	764	863
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.291	7.112	6.391	6.414	6.286
• Personalausgaben	5.595	5.558	4.806	4.629	4.659
• Sach- und Fachausgaben	1.696	1.554	1.585	1.785	1.627
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	55

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	783	778	673	648	652
• Innerbehördlich	699	695	601	579	582
• Überbehördlich (1,5%)	84	83	72	69	70

*Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte*

Die Einnahmen resultieren aus der Vermietung von Dienstwohnungen.

Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (rd. 77 %).

<sup>40</sup> Die Planrate 2004 enthält die Kosten für den Grunderwerb JVA Billwerder.

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	89,03	75	75	85,53

**Produktgruppe 15 Justizvollzugsanstalten**

**Kapitel 2300**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterung zur Entwicklung*

- Eine die elementaren Bedürfnisse der Insassen befriedigende Lebensführung ermöglichen (soweit das unter den Bedingungen des Freiheitsentzuges möglich ist)
- Gesundheit erhalten bzw. soweit nötig und möglich (wieder-)herstellen
- Eigenverantwortung und soziale Kompetenz der Gefangenen stärken
- Erhebliche soziale und psychische Defizite aufarbeiten
- Schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegenwirken
- Tragfähige soziale Bindungen erhalten
- Schulische und berufliche Bildung vermitteln
- Arbeitsfähigkeit und Leistungsbereitschaft erhalten bzw. (wieder-)herstellen
- Entweichungen verhindern
- Unterbringungsbedingungen so gestalten, dass sie von Gefangenen möglichst nicht zur Begehung von Straftaten zum Nachteil Bediensteter sowie Außenstehender oder Mitgefangener genutzt werden können
- Schutz der Bediensteten vor physischen und psychischen Beschädigungen durch Gefangene
- Differenzierungsmöglichkeiten des Straf- und Untersuchungshaftvollzuges fortentwickeln
- Gefangene für Verfahren verfügbar sicher unterbringen
- Unterdrückung und Gewalt verhindern, insbesondere durch weitergehende Kontrolle der subkulturellen Strukturen

Folgende fachliche Entwicklungen sollen schwerpunktmäßig verfolgt werden:

- Verlagerung der Justizvollzugsanstalt Vierlande (Anstalt XII = JVA Billwerder)
- Betrieb der Anstalt XII (JVA Billwerder) als Anstalt des geschlossenen Vollzuges
- Ausweitung der Haftplatzkapazität, insbesondere durch die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Billwerder
- Weiterführung des Programms zur Renovierung der Vollzugsanstalten
- Laufende Überprüfung aller Sicherheitseinrichtungen in den Vollzugsanstalten
- Gewährleistung der differenzierten Belegungsmöglichkeiten in den Vollzugsanstalten
- Reduzierung der Saalunterbringung
- Verbesserung der medizinischen Versorgung der Gefangenen

*Produkte*

P 1 Grundversorgung insbesondere durch

- in der Regel Einzelunterbringung in wohnlichen und für eine gesunde Lebensführung ausreichend ausgestatteten Hafträumen (§ 18 i.V.m. § 201 Nr. 3, §§ 144-146 StVollzG);
- vollwertige Ernährung nach den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre unter Berücksichtigung ärztlicher Anordnungen und religiöser Speisegebräuche (§ 21 StVollzG);
- Gesundheitsfürsorge durch Aufnahmeuntersuchungen sowie durch Gesundheitsuntersuchungen und medizinische Vorsorgeleistungen, ambulante und stationäre Krankenbehandlungen und Versorgung mit Hilfsmitteln (§§ 5 Abs. 3, 56-62, 65, 158 StVollzG);
- Ausstattung mit Bekleidung und Gegenständen des täglichen Bedarfs.

P 2 Behandlung und Betreuung (einschließlich Soziale Sicherheit) insbesondere durch

- Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung (§ 7 i.V.m. §§ 9 und 10 StVollzG);
- Beschäftigung: Arbeit, schulische und berufliche Bildung (§ 7 i.V.m. §§ 37-46, 148 und 149 StVollzG);
- Besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen (§ 7 StVollzG);
- auf die individuellen Besonderheiten der Gefangenen abgestimmte Behandlungskonzepte.

P 3 Sicherheit insbesondere durch

- bauliche und technische Sicherheitsvorkehrungen (§ 141 StVollzG);
- Kontrollen;
- Sorgfältige Begutachtung von zu Gewalttaten neigenden Gefangenen vor Lockerungsentscheidungen.

**Produktbereich 06  
Justizvollzug**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.357	3.377	3.377	3.480	3.929
- Betriebseinnahmen	3.357	3.377	3.377	3.480	3.929
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	107.156	104.949	93.524	93.053	91.708
- Personalausgaben	87.651	87.081	75.300	72.520	72.998
- Sach- und Fachausgaben gesamt	19.505	17.868	18.224	20.531	18.710
- Davon gesetzliche Leistungen	5.741	5.741	6.200	5.581	4.479
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	27.752	19.776	27.967	40.330	21.589

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	12.271	12.191	10.542	10.153	10.220
• Innerbehördlich	10.956	10.885	9.412	9.065	9.125
• Überbehördlich (1,5%)	1.315	1.306	1.129	1.088	1.095

*Einnahme-/Ausgabenschwerpunkte:*

Der Einnahmebereich wird geprägt durch die Einnahmen der Arbeitsbetriebe (rd. 67 %) sowie durch Erstattung der Haft- und Unterbringungskosten durch andere Länder (rd. 16 %).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (rd. 82 %), den Kosten für die Entlohnung der Gefangenen (rd. 5 %) und den Gebäudekosten (rd. 6 %).

Die Investitionen sind im Wesentlichen vorgesehen für den Neubau und die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt XII (rd. 46 %) und Grunderwerb für den Neubau der Justizvollzugsanstalt XII (rd. 30 %) sowie die Modernisierung der Justizvollzugsanstalten (rd. 22 %).

<i>Kostenkennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Haftkostensatz in EUR/ Tag	93,00	92,82	83,57	89,53
Haftkostensatz in EUR/ Tag (ohne Versorgungs- und Beihilfezuschlag)	72,50	72,10	66,02	73,32

<i>Quantitätskennzahlen / Qualitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	1.652,92	1.663,86	1.708,43	1.661,33
Anzahl der Hafttage	1.241.000	1.124.200	1.095.000	1.093.064
Tatsächliche Belegungsfähigkeit (Stichtag = 31.12.)	3.400	3.241	3.095	3.134
Stellen/Insassen-Quotient		0,54	0,56	
Fluktuation – Verhältnis aufgenommene Gefangene zur Durchschnittsbelegung	6,50	6,16	6,14	6,14

<i>Vergleichskennzahlen (einschl. Versorgungs- und Beihilfezuschlag)<sup>41</sup></i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
<b><u>Differenzierte Haftkosten-Tagessatz-Berechnung für Hamburg und Berlin</u></b> in EUR			
Berlin	Der Berliner Hafttagesatz für das Jahr 2002 liegt noch nicht vor	87,43	84,13
Darin enthalten:			
- Sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionen (ohne Bauinvestitionen)		17,71	16,91
- Personalausgaben		74,62	71,44
- Einnahmen (einschl. Verwaltungseinnahmen)		4,90	4,22

<sup>41</sup> Die Haftkosten-Tagessätze sind schwer miteinander vergleichbar, weil sie sich auf ganz unterschiedliche Verhältnisse beziehen. Insofern beruht die jetzt gewählte Darstellung auf der Anregung des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft (Drucksache 16/5100, S. 19, Nr. 40 „Haftkosten“).

Am ehesten ist der Hamburger Haftkosten-Tagessatz mit dem aus Berlin vergleichbar, weil Berlin Stadtstaat ist und die Berliner Vollzugslandschaft der in Hamburg ähnelt.

Für Vergleiche zwischen Justizvollzugsanstalten, für die in Hamburg Daten vorliegen, sind aus vergleichbaren anderen Justizvollzugsanstalten keine Daten erreichbar.

Vergleichskennzahlen (einschl. Versorgungs- und Beihilfezuschlag) <sup>41</sup>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Hamburg	89,53	91,40	91,14
Darin enthalten:			
- Sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionen (ohne Bauinvestitionen)	21,06	20,80	19,64
- Personalausgaben	72,35	75,13	75,82
- Einnahmen (einschl. Verwaltungseinnahmen)	3,88	4,53	4,32

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<b>P 1: Grundversorgung/Unterbringung</b>				
<b>Haftplätze</b> insgesamt (Stichtag 2001 = 31.12.)	3.241	3.241	3.095	3.134
Davon				
• Einzelhaftplätze	2.410	2.410	2.108	2.199
• Gemeinschaftshaftplätze	831	831	987	935
- Gemeinschaftshaftplätze bis 3	420	217	490	409
- Gemeinschaftshaftplätze über 3	411	614	497	526
Durchschnittliche Jahresbelegung	3.100	3.080	3.000	3.085
Durchschnitt der monatlichen Belegungsspitzen <sup>42</sup>	-	-	-	3.118
Fluktuation (aufgenommene Gefangene geteilt durch durchschnittliche Jahresbelegung)	6,50	6,14	6,14	7,12
Durchschnittliche Jahresbelegung im Verhältnis zu Haftplätzen in Prozent	100,0	95,0	98,5	98,4
Durchschnittliche monatliche Spitzenbelegung im Verhältnis zu Haftplätzen in Prozent <sup>43</sup>	-	-	-	99,5
Durchschnittliche Zahl der doppelt belegten Einzelhaftplätze (ohne U-Haft)	150	135	130	121
<b>Ernährung</b>				
Teilnehmer an der Vollverpflegung (Essensportionen)	988.750	982.374	1.012.812	1.056.702
Richtsatz für Vollverpflegung in EUR / Tag	2,86	2,86	2,86	2,79
Vollverpflegung in EUR p.a.	1.044	1.044	1.044	1.018
<b>Gesundheitsfürsorge</b>				
Medizinkosten pro Insasse/Tag in EUR	2,33	2,31	2,03	2,37
Anzahl der Aufnahmeuntersuchungen pro Monat	1.500	1.441	1.527	1.405
<b>Bewirtschaftungsmaßnahmen</b> (Heizung, Strom und Wasser der Justizvollzugsanstalten)				
Kosten in Tsd. EUR p.a.	5.684	4.543	3.619	4.674
Kosten pro Insasse/Tag in EUR	4,57	3,84	3,31	4,15
pro Haftplatz/Tag in EUR	4,79	4,08	3,20	4,08
<b>P 2: Behandlung und Betreuung</b>				
<b>Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung</b>				
Belegung aller Justizvollzugsanstalten (einschließlich Urlauber und vorübergehend Abwesende)	3.100	3.080	3.000	3.085
Davon				
• Offener Vollzug	239	400 <sup>44</sup>	638	622
• Geschlossener Vollzug	3.026	2.570	2.219	2.328

<sup>42</sup> Der Durchschnitt der monatlichen Belegungsspitzen ist nicht planbar.

<sup>43</sup> Eine Belegung zu 99,5% bedeutet eine erhebliche Überbelegung, da eine Reihe von Haftplätzen nicht allgemein, sondern nur für besondere Haftformen zur Verfügung stehen (z.B. Haftplätze im Vollzugskrankenhaus oder im Jugendvollzug). Außerdem wird ständig eine gewisse Anzahl von Haftzellen renoviert. Diese stehen dann ebenfalls nicht zur Verfügung.

<sup>44</sup> Durch die Umplanung der JVA Billwerder in eine geschlossene Anstalt, die Mitte des Jahres 2003 in Betrieb genommen worden ist, geht die offene JVA Vierlande nur mit der Hälfte eines Jahres in die Berechnung ein.

**Produktbereich 06  
Justizvollzug**

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
• Sozialtherapeutischer Vollzug	135	110	143	135
<b>Beschäftigung</b>				
Durchschnittliche Zahl an Beschäftigten im Vollzug, davon in	1.900	1.900	1.472	1.548
• Arbeit	1.300	1.300	1.274	1.215
• Schule <sup>45</sup>	450	450	128	186
• Berufsbildung <sup>46</sup>	150	150	70	147
Durchschnittliche Zahl der Freigänger mit freiem Beschäftigungsverhältnis	90	130	170	172
Durchschnittliche Zahl an Beschäftigungslosen	1.220	1.180	1.040	1.365
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung pro Jahr in EUR	3.984	4.240	4.416	3.925
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung pro Arbeitstag in EUR	15,75	16,96	17,66	15,51
<b>Besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen</b>				
Anzahl der substituierten Gefangenen	250	300	296	315
Kosten für Sachmittel und externe psychosoziale Betreuung pro Substituierte(n) in EUR pro Jahr <sup>47</sup>	76	296,55	296,55	263,49
Anzahl der akupunktierten Gefangenen mit Rauschmittelproblematik	170	170	170	150
Kosten pro akupunktierten Gefangenen in EUR pro Jahr	5,10	5,11	5,11	5,05

<sup>45</sup> Die Steigerung der schulischen und beruflichen Bildungsmaßnahmen ggü. dem Planjahr 2002 ist bedingt durch die Gewinnung zusätzlicher externer Bildungsträger sowie der Tatsache, dass bisher im Planjahr 2002 nur reguläre Ausbildungsgänge aufgenommen wurden, nunmehr beinhalten die abgebildeten Daten aber alle beruflichen und schulischen Bildungsmaßnahmen (auch kurzzeitige).

<sup>46</sup> Neben den Ganztagesausbildungen gibt es noch eine Vielzahl von Kursen, die z.T. neben der Arbeit angeboten werden, oder die nur stundenweise laufen. Dazu gehören insbesondere Kurse wie „Deutsch als Fremdsprache“, EDV-Kurse, Alphabetisierung usw.

<sup>47</sup> Die Kosten der Substitution pro Gefangenen sinken im Jahr 2004, weil das Substitutionskonzept geändert wurde.

H A U S H A L T S P L A N  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG  
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2004

Einzelplan 02.0

Justizbehörde

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:  
Justizbehörde

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan 02.0

10 Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen

- ohne Strafvollzugsbereich -

11 Sachaufwand im Zusammenhang mit Informations-  
und Kommunikationstechnik

12 Bauunterhaltung

14 Hochbauinvestitionen

15 Sach- und Fachausgaben Staatsanwaltschaft und  
ordentliche Gerichte gemäß Art. 3 Nr. 8 HB

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09  Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111  übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4
2000	Justizverwaltung	-	-	30 G	- G
		- A	- A	682	682
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	-	-	63 G	63 G
		- A	- A	1	1
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	1 G	- G
		- A	- A	2.131	1.530
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	112.385 G	103.650 G
		- A	- A	17.304	16.255
2190	Fachgerichte	-	-	2.500 G	1.998 G
		- A	- A	59	59
2300	Justizvollzug	-	-	- G	- G
		- A	- A	3.250	3.274
	Gesamteinnahmen 2004 / 2003	-	-	114.979 G	105.711 G
		- A	- A	23.427	21.801
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		9.268+G	
		- A		1.626+	

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32  Zuschüsse für Investitionen (Z)		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
-	-	-	-	-	-	712	682	2000
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	64	64	2050
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	2.132	1.530	2060
		- Z	- Z					
527	527	-	-	-	-	130.216	120.432	2110
		- Z	- Z					
180	180	-	-	-	-	2.739	2.237	2190
		- Z	- Z					
844	844	-	-	-	-	4.094	4.118	2300
		- Z	- Z					
1.551	1.551	-	-	-	-	139.957	129.063	Ges. einn.
		- Z	- Z					
-		-		-		10.894+		+/-
		- Z						

**Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)**  
( 2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen )

KAPITEL		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	19.734	16.738	4.579	4.143	4.010	4.248
		-	-	-	-	-	-
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	926	902	211	214	34	36
		-	-	-	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	29.920	2.148	5.509	600	100	-
		-	-	-	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	135.263	163.783	85.030	82.606	1.014	1.114
		-	-	-	-	-	-
2190	Fachgerichte	25.515	25.172	8.805	8.298	5	5
		-	-	-	-	-	-
2300	Justizvollzug	93.056	92.639	15.394	13.615	5.807	5.807
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2004 / 2003	304.414	301.382	119.528	109.476	10.970	11.210
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	3.032 +		10.052 +		240-	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		-		-	

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62 , 66		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	28.323	25.129	200	97	28.523	25.226	2000
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	1.171	1.152	-	-	1.171	1.152	2050
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	35.529	2.748	-	-	35.529	2.748	2060
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	221.307	247.503	1.052	1.271	222.359	248.774	2110
-	-	-	-	-	-	2.067	1.685	2.067	1.685	
-	-	-	-	34.325	33.475	-	175	34.325	33.650	2190
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	114.257	112.061	27.752	19.776	142.009	131.837	2300
-	-	-	-	-	-	29.929	40.858	29.929	40.858	
-	-	-	-	434.912	422.068	18.902 B	18.131 B	463.916	443.387	Ges. Aus.
- H	- H					10.102	3.188			
-	-	-	-	12.844 +		771 +B 6.914 +		20.529 +		+/-
-	-	-	-	-	-	28.096 B	41.132 B	31.996	42.543	Ges. VE
- H	- H					3.900	1.411			
-	-	-	-	-	-	13.036-B		10.547-		+/-
- H						2.489 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
-----				
2000	Justizverwaltung			
(012)	-----			
	<b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren  0 GB	30	0	0
119.92	Schadenersatzleistungen	83	83	38
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen  0 GB	500	500	668
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
124.91 (052)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	98	98	101
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.518.69.			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	0
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.535.56 02.0.2000.546.69.			
232.02	Beteiligung anderer Bundesländer an den Entwick- lungskosten von IuK-Verfahren der Landesjustiz- verwaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.54.	-	0	0
342.01	Zuschüsse zur Beschaffung technischer Arbeits- hilfen für Behinderte	-	0	3 64 R
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.12.			
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>712</b>	<b>682</b>	<b>810</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	19.194	15.832	18.580
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	52-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	60

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2000</b> -----				
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	520	886	0
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw	20	20	16
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	0 GB			
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 2  Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM- Bereich des Einzelplans	-	0	0 2.950 R
519.01 (052)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	65	54	110 58 R
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	328	344	325 8 R
632.02	Erstattungen an gemeinsame Einrichtungen	55	55	29
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	1.042	1.032	1.129
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport  Übertragbar	2.819	3.092	3.226
	Titelgruppe(n) -----			
Z69 -----	Sach- und Fachausgaben der Allgemeinen Verwaltung -----			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  Übertragbar  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.124.01.	408	364	730 40 R
	0 GB			
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl  Übertragbar	40	4	4 6 R
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	381	245	379 35 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2000</b> -----				
518.69	Mieten und Pachten  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2000.124.91.	2.293	2.103	2.996 3 R
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung  Übertragbar 0 GB	755	741	545 293 R
531.69	Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger  Übertragbar	102	102	40 1 R
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen  Übertragbar	49	49	44 49 R
536.69	Loseblattausgabe "Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg"  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben  Übertragbar 0 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	158	137	207 142 R
547.69	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung des Internationalen Seegerichtshofs Übertragbar	-	0	14- 57 R
681.69	Zuschüsse im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe  Übertragbar	25	0	0
684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	69	69	77 75 R
	Summen für Z69	4.280	3.814	5.007 702 R
701.01	Kleine Investitionen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	138	0	0
701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken  Übertragbar	62	62	207 100 R
710.01	Instandsetzung und Modernisierung im Amt für Allgemeine Verwaltung und im Justizamt		0	370 909 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2000</b> -----				
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0 GB		
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau des Lager- und Versteigerungshauses		0	2.030 331 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.			
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR	-	35	89 43 R
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .			
812.12	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen für Behinderte	-	0	39
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.342.01.			
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	-	0	317 506 R
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2000.812.56. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.232.02.			
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Justizbehörde	-	0	1.922 608-R
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.812.54.			
881.01 (022)	Investitionskostenanteil für den Internationalen Seegerichtshof		0	139
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.			
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>28.523</b>	<b>25.226</b>	<b>33.542</b> 5.000 R
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter			
(011)	----- <b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren	63	63	17
119.98	Vermischte Einnahmen	1	1	3
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2050</b> -----				
124.01 (019)	Einnahmen aus Werbung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	2
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>64</b>	<b>64</b>	<b>21</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.082	1.079	1.099
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	62
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	156-	177-	0
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	3	6	1 26 R
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11.	4	4	4
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	8	8	8
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport  Übertragbar	26	28	28
	<b>Titelgruppe(n)</b> -----			
Z69	Sach- und Fachausgaben des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten -----			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  Übertragbar  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2050.119.98. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2050.124.01.	15	14	14 7 R
				0 GB
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	28	30	27 3 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2050</b> -----				
518.69	Mieten und Pachten  Übertragbar	138	132	136
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung  Übertragbar	4	4	3 1 R
531.69	Veröffentlichungen  Übertragbar	10	10	8 2 R
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben  Übertragbar	9	14	11 1 R
	Summen für Z69	204	204	200 14 R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung  Übertragbar	-	0	15
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Infor- mations- und Kommunikationstechnik bei dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten Übertragbar	-	0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>1.171</b>	<b>1.152</b>	<b>1.417</b> 40 R
2060	Staatsanwaltschaften			
(052)	-----  <b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	0	0
111.49	Benutzungsentgelte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.	1	0	0
111.51	Verfahrenskosten	-	0	0
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren	-	0	0
119.05	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Gegen- stände, Kautionen und dgl.	30	30	34
119.09	Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl	2.000	1.500	2.632

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2060</b> -----				
119.98	Vermischte Einnahmen	100	0	0
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	0	0
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.			
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2060.546.91.			
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2.132</b>	<b>1.530</b>	<b>2.666</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	28.076	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.844	2.148	0
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	63	0	0
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.			
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	900	0	0
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.			
526.02	Kosten für Unterbringungen	1.100	600	1.026
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik	279	0	0
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11.			
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	-	0	0
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.282.91.			
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außer- gerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	100	0	0
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2060</b> -----				
	Titelgruppe(n) -----			
Z69	Staatsanwaltschaften -----			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.111.49 02.0.2060.124.01.	396	0	0
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.	4	0	0
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.	630	0	0
518.69	Mieten und Pachten  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.	2.118	0	0
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.	19	0	0
	Summen für Z69	3.167	0	0
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	-	0	0
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	-	0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>35.529</b>	<b>2.748</b>	<b>1.026</b>
2110	Ordentliche Gerichte  -----			
(052)	<b>EINNAHMEN</b>			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2110</b> -----				
111.01	Verwaltungsgebühren	850	850	895
111.49	Benutzungsentgelte	-	0	24
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69.			
111.51	Gerichtskosten	86.000	80.765	88.197
111.52	Einnahmen aus Mahnverfahren	18.000	14.500	16.763
111.53	Einnahmen aus Betreutenvermögen	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.03.			
111.54	Gebühreneinnahmen der Vollstreckung	2.800	2.800	0
	50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.459.68 02.0.2110.526.68.			
111.55	Auslagenersatz der Vollstreckung	4.735	4.735	0
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.546.68.			
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtskosten aus diesen Verfahren	17.000	15.850	16.889
119.98	Vermischte Einnahmen	300	400	190
124.01	Einnahmen aus Werbung	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	4	5	0
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69 02.0.2110.535.56.			
231.01	Erstattung von Verfahrenskosten für Staatsschutz- strafsachen durch die Bundesanwaltschaft	-	0	144
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein für die Abhaltung der großen juristischen Staatsprüfung	527	527	576
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2110.546.91.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>130.216</b>	<b>120.432</b>	<b>123.678</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	117.244	146.337	147.333
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	957
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	7.918
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	16.984	16.411	0
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	665	665	695
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	6.500	5.800	6.243
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12. 0 GB	369	374	461 224 R
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. 0 GB	33.900	29.874	32.177
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.53.	14.900	13.000	12.878
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	600	409	226
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.132.91.	1.673	1.903	1.654 16 R
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.282.91.	-	0	0 1 R
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder	100	100	41

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2110</b> -----				
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.			
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außer- gerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte  Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	1.014	1.114	934
	Titelgruppe(n) -----			
Z68	Vollstreckungskosten -----			
459.68 (940)	Vergütungen für Gerichtsvollzieher gem. § 49 Abs. 1 u. 2 BBesG  Übertragbar 0 GB Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei bei 02.0.2110.111.54.	370	370	0
526.68	Schreibauslagen und Bürokosten der Gerichtsvollzie- her (§ 49 (3) BBesG)  Übertragbar 0 GB Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei bei 02.0.2110.111.54.	2.400	2.400	0
546.68	Auslagenerstattung  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.55.	4.665	4.665	0
547.68	Kostenbefreite Auslagen (§ 2 (1,2) GvKostG)  Übertragbar	100	100	0
	Summen für Z68	7.535	7.535	0
Z69	Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte -----			
427.69	Entgelte für Zustellungsaufträge  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.	-	0	0
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.49 02.0.2110.124.01.	4.172	4.568	4.324 67 R
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl  Übertragbar 0 GB	29	33	23 28 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2110</b> -----				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.			
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	2.843	3.822	3.768 1 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.			
518.69	Mieten und Pachten	12.698	15.358	13.914 272 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.			
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	81	200	131 84 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15.			
	Summen für Z69	19.823	23.981	22.160 453 R
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	552 967 VE	538 785 VE	719 686 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.			
702.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg		243	1.053 650 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .			
710.01	Instandsetzung und Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften		0	1.450 111 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	(Weggefallener Ansatz)			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.			
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR	500 1.100 VE	490 900 VE	658 2.078 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .			
812.02	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg		0	461 16 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .			
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Rahmen der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	-	0	0
	Übertragbar			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2110</b> -----				
892.56	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	460
971.09	Verwendung von Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten aus der Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl  (Weggefallener Ansatz)		0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>222.359</b> 2.067 VE	<b>248.774</b> 1.685 VE	<b>238.477</b> 4.234 R
2190	Fachgerichte			
(054)	<b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	0	0
111.49	Benutzungsentgelte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.511.69.	-	0	1
111.51	Gerichtskosten	2.500	1.998	2.073
119.98	Vermischte Einnahmen	52	52	41
124.01	Einnahmen aus Werbung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.546.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
124.10	Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2190.534.69.	-	0	5
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	5	5	5
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.535.56 02.0.2190.546.69.	2	2	8
232.01	Erstattung von Kostenanteilen durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Kosten des gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchssteuern	180	180	138

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2.739</b>	<b>2.237</b>	<b>2.270</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	22.854	22.391	23.905
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	1
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.451	2.571	0
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	210	210	198
517.60	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	15	0	15
518.60	Mieten und Pachten Übertragbar	50	0	51
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	73	128	4 170 R
519.56	Außerordentliche Bauunterhaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit IuK Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 8 R
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	4.200	3.630	3.951
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91.	365	345	285 55 R
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte in Disziplinar- und Berufsgerichtsverfahren Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	5	5	1
	Titelgruppe(n) -----			
Z69	Fachgerichte -----			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen	744	744	406 83 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2190</b> -----				
	bei 02.0.2190.111.49.			
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung  Übertragbar	4	4	1 3 R
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	787	790	461 97 R
518.69	Mieten und Pachten  Übertragbar	2.529	2.519	1.677 25 R
534.69	Verwendung der Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.10.	-	0	0 5 R
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.01.  Summen für Z69	38	138	1.113 52 R
		4.102	4.195	3.657 265 R
701.01	Kleine Investitionen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	-	0	0
701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit IuK-Technik  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs- gegenständen über 5.000 EUR  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	-	175	53 91 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>34.325</b>	<b>33.650</b>	<b>32.120</b> 589 R
2300	Justizvollzug			
(056)	-----  <b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren	-	0	1

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2300</b> -----				
111.49	Benutzungsentgelte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	-	0	32
119.01	Ersatzleistungen für Sturm- und Feuerschäden	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.	49	49	59
121.03	Ablieferungen des Wirtschaftsplans Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand an den Haushalt	-	0	0
124.01	Einnahmen aus Werbung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.	751	751	684
125.01	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten Fuhlsbüttel  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	1.261	1.261	1.116
125.02	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Glasmoor  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	441	441	191
125.03	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	42	42	20
125.04	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungs- haftanstalt Hamburg  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	188	188	168
125.05	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungs- haft- und Vollzugsanstalt Vierlande  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	104	104	253
125.06	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Vierlande  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	194	194	106
125.07	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Sozialtherapeutischen Anstalt Altengamme	6	6	2

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2300</b> -----				
	50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.			
125.08	Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen der Arbeitsbetriebe  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.514.08.	-	0	393 195 R
125.09	Einnahmen aus Verpflegung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 02.0.2300.533.69.	105	105	107
129.01	Beitragsanteile der Gefangenen zur Arbeitslosenversicherung  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.636.01.	108	132	82
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.535.56 02.0.2300.546.69.	1	1	0
232.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer  50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 02.0.2300.534.69.	542	542	699
232.02	Erstattung von Haftkosten in Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft  50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 02.0.2300.534.69.	72	72	98
235.01	Zuweisung des Landesarbeitsamtes für Ausgaben der Gefangenenausbildung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	-	0	91
281.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch die Gefangenen  50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.636.01.	230	230	140
282.02	Kostenbeiträge für Sozialtickets	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>4.094</b>	<b>4.118</b>	<b>4.244</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	80.221	79.685	76.885
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	263
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	1
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	12.835	12.954	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2300</b> -----				
514.08	Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitsbetriebe  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.08.	-	0	553
517.60 (053)	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	618	0	565
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.05 02.0.2300.125.06 02.0.2300.125.07.	1.894	1.894	2.362 201 R
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91.	265	264	156 4 R
636.01	Zuweisung an die Bundesanstalt für Arbeit -Arbeitslosenversicherung für Gefangene-  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.281.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.129.01.	2.441	2.441	2.457 170 R
681.01	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfen und Taschengeld für Gefangene  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 .	3.300	3.300	3.124
	Titelgruppe(n) -----			
Z69 -----	Sach- und Fachausgaben des Strafvollzugsamtes -----			
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  Übertragbar  Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.05 02.0.2300.125.06 02.0.2300.125.07. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.111.49 02.0.2300.124.01 02.0.2300.235.01.	1.325	1.284	1.392
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung  Übertragbar	412	398	472

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2300</b> -----				
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar  0 GB	4.534	3.624	4.674 152 R
518.69	Mieten und Pachten  Übertragbar	313	313	274
526.69	Kosten für Gutachten  Übertragbar	20	20	5
533.69	Nahrungs- und Verbrauchsmittel  Übertragbar  3.251 GB	3.356	3.251	3.327 2 R
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.09.			
534.69	Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel  Übertragbar  2.221 GB	2.528	2.445	2.667 9 R
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 02.0.2300.232.01 02.0.2300.232.02.			
536.69	Sonstige Ausgaben für Gefangene einschließlich Fortbildung und Freizeitgestaltung  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.119.98 02.0.2300.124.91.	98	95	206
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91.	31	27	75
632.69	Erstattungen für Strafvollzugseinrichtungen an andere Bundesländer  Übertragbar	66	66	8
	Summen für Z69	12.683	11.523	13.100 164 R
710.01	Modernisierung und Verbesserung der Unter- bringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	6.234 8.804 VE	3.708 7.547 VE	6.197 57 R
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt XII  Übertragbar  0 GB	11.916 18.325 VE	13.580 32.800 VE	33.425 103 R
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.			
735.01	Beschleunigte Senkung des Trinkwasserverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen  Übertragbar		0	0 86 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>2300</b> -----				
	(Weggefallener Ansatz)			
811.01	Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	375 VE	375	0 397 R
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	511 750 VE	375 511 VE	467
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	-	0	221 1 R
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII  Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	884 1.675 VE	1.738	5 1.018 R
812.20	Einrichtung für das Vollzugskrankenhaus  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	15 405 R
821.01	Grunderwerb für den Neubau der JVA XII (Billwerder)  Übertragbar	6.503	0	0
821.02	Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII (Billwerder)  Übertragbar	1.704	0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>142.009</b> 29.929 VE	<b>131.837</b> 40.858 VE	<b>139.796</b> 2.605 R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	19.194	---	8.763
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.082	---	662
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	28.076	---	15.553
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	117.244	---	65.191
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	22.854	---	12.430
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	80.221	---	53.534
	<b>Summe Gesamtansatz 2004</b>	<b>268.671</b>	<b>---</b>	<b>156.133</b>
	<b>Summe Vergleichszahl 2003</b>	<b>265.324</b>	<b>---</b>	<b>157.297</b>
	<b>Summe (Vergleichs-)Ist 2002</b>	<b>267.802</b>	<b>---</b>	<b>157.524</b>
	<b>Summe Rest 2002</b>	<b>---</b>	<b>---</b>	<b>---</b>



## Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

## 02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	520	---	289
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	156-	---	160-
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.844	---	1.183
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	16.984	---	12.535
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.451	---	1.727
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.835	---	10.177
	<b>Summe Gesamtansatz 2004</b>	34.478	---	25.751
	<b>Summe Vergleichszahl 2003</b>	34.793	---	24.612
	<b>Summe (Vergleichs-)Ist 2002</b>	---	---	---
	<b>Summe Rest 2002</b>	---	---	---

02.0 Justizbehörde

<b>Titel</b>	<b>435.93</b>	<b>436.93</b>	<b>446.93</b>
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
2000	100-	10	321
2050	---	---	4
2060	13	3	645
2110	891	20	3.538
2190	122	---	602
2300	235-	2-	2.895
	<b>691</b>	<b>31</b>	<b>8.005</b>
	<b>1.075</b>	<b>1.207</b>	<b>7.899</b>
	---	---	---
	---	---	---

## Erläuterungen zu den Kapiteln

### 2000 Justizverwaltung

#### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel entspricht dem Produktbereich Justizverwaltung. Für die Entwicklung der Aufgaben ist u.a. die Anzahl der Beschäftigten in der Justiz insgesamt – einschl. der Referendarinnen und Referendare und Auszubildenden –, der Grad der Dezentralisierung von Geschäfts- und Serviceaufgaben auf Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen maßgebend.

#### 2. Zuwendungen

Die Justizbehörde gewährt Zuwendungen aus dem Titel 2000.684.69 „Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke“ an den Kindergarten Sievekingplatz e.V. und die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten. Siehe auch Erläuterungen dort.

#### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

##### Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppe 01

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Gelder, die nicht zugeordnet werden können, werden auf einem Verwahrgeldkonto gebucht. Dieses gilt z.B. für im Vorschusswege gezahlte Beträge, die einem bestimmten Verfahren nicht zugeordnet werden können. Gelingt es über einen längeren Zeitraum hinweg nicht, diese Beträge einem bestimmten Verfahren zuzuordnen bzw. an einen Berechtigten auszukehren, werden sie an den Haushalt abgeführt.

##### Ausgaben

###### Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

###### Sach- und Fachausgaben

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppen 01 bis 03

531.69 – Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger –

Die mit dem Druck und Vertrieb des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes und des Amtlichen Anzeigers beauftragte Druckerei setzt den erzielten Verkaufserlös von den Druckkosten direkt ab und stellt der Justizbehörde den verbleibenden Rechnungsbetrag für die Druckkosten in Rechnung.

684.69 – Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke –

Zuwendungen sind vorgesehen an (Beträge in Tsd. EUR)

Zuwendungsempfänger	Beginn der Förderung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Bewilligung 2002
Kindergarten am Sievekingplatz e.V.	1995	68	68	68
Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten	1998	1	1	1
Summe		69	69	69

## 2000

### *Investitionen*

#### 701.01 – Kleine Investitionen –

Veranschlagt sind Mittel für Sicherungsmaßnahmen in und an diversen Gebäuden.

#### 701.56 – Baumaßnahmen für IuK-Technik –

Veranschlagt sind Mittel für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen im Rahmen der IuK-Globalplanung.

## 2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Für die Entwicklung der Aufgaben sind insbesondere die Innovationen der IuK-Technik, die Anzahl der betreuten Stellen sowie die gemeldeten Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen maßgebend.

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten nicht gewährt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### **Einnahmen**

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 04

#### **Ausgaben**

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

##### *Sach- und Fachausgaben*

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 04

##### *Investitionen*

Für den Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten sind keine Investitionen geplant.

## 2060 Staatsanwaltschaften

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Ermittlungsverfahren, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

Das Kapitel 2060 „Staatsanwaltschaften“ wird ab 2004 als Produktbereich 03 aus dem bisherigen Produktbereich „Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften“ herausgelöst, um eine deutlichere Abgrenzung und transparentere Darstellung der auf die Staatsanwaltschaften entfallenden Einnahmen und Ausgaben zu erreichen .

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der Staatsanwaltschaften nicht gewährt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03, Produktgruppe 05

119.09 – Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB und dgl. –

Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwertung zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögensgegenstände entstehen, werden von den Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus der Gewinnabschöpfung - § 73e StGB und dgl. - abgesetzt. Mehr in Anlehnung an das Ergebnis 2002.

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Bei diesem Titel werden insbesondere Einnahmen aus hinterlegten Geldern nachgewiesen. Es handelt sich dabei um vorübergehende Einnahmen, die zu gegebener Zeit auf Antrag eines Berechtigten wieder ausgekehrt werden müssen.

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

##### *Sach- und Fachausgaben*

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03, Produktgruppe 05

526.03 – Kosten für Unterbringungen –

Veranschlagt sind die Kosten für vorläufige Unterbringungen im Klinikum Nord. Mehr aufgrund eingetretener Fallzahlsteigerungen.

##### *Investitionen*

701.01 – Kleine Investitionen im Bereich der Justiz –

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Leertitel, um im Bedarfsfall durch Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit die benötigten Haushaltsmittel bereitstellen zu können.

## 2110 Ordentliche Gerichte

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren - einschließlich der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Register und des Grundbuchs etc.-, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

Ab 2004 werden die bisher hier veranschlagten Einnahmen und Ausgaben für die Staatsanwaltschaften im Kapitel 2060 nachgewiesen.

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der ordentlichen Gerichte nicht gewährt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 04

- 111.51 – Gerichtskosten –
- 111.54 – Gebühreneinnahmen der Vollstreckung –
- 111.55 – Auslagenersatz der Vollstreckung –

Die Titel 111.54 und 111.55 wurden ab 2003 zu Lasten des Titels 111.51 zur transparenteren Darstellung der Einnahmen durch den Gerichtsvollzieherdienst neu eingerichtet. Das Ergebnis 2002 wird für alle drei vorgenannten Einnahmetitel bei 111.51 nachgewiesen.

- 111.52 – Mahnverfahren –

Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2002.

- 112.47 – Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtskosten aus diesen Verfahren –

Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2002.

- 119.98 – Vermischte Einnahmen –

Bei diesem Titel werden insbesondere Einnahmen aus hinterlegten Geldern nachgewiesen. Es handelt sich dabei um vorübergehende Einnahmen, die zu gegebener Zeit auf Antrag eines Berechtigten wieder ausgekehrt werden müssen.

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

##### *Sach- und Fachausgaben*

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 04, Produktgruppen 06 bis 08

- 526.01 – Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) –

Die Mittel sind vorgesehen für Gebühren und Auslagen an Rechts- und Patentanwälte in Prozesskostenhilfesachen, Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, Bekanntmachungskosten, Reisekosten des Gerichts sowie andere Verfahrensauslagen. Mehr aufgrund gestiegener Eingangszahlen.

*Investitionen*

701.01 – Kleine Investitionen im Bereich der Justiz –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (häusliche Sicherung der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte; Sicherungseinrichtungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften).

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für:

- Beschaffungen im Rahmen der Modernisierung zur Verbesserung der Ausstattung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften (z. B. in Sitzungssälen der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit)
- Erweiterung der Fernsprechanlage der Polizei und Anpassung an die aktuelle Fernmeldetechnik
- Beschaffungen im Zusammenhang mit den Prüfungen des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten

## 2190 Fachgerichte

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren, von dem Umfang und der Struktur der Verfahren sowie dem Grad der Modernisierung, Optimierung und Automation von Geschäftsprozessen abhängig.

Unter dem Kapitel 2190 „Fachgerichte“ werden ab 2004 im Produktbereich 05 (Produktgruppen 09 bis 13) die bis 2003 in den Produktbereichen 04 (Hamburgisches Obergericht, Verwaltungsgericht und Finanzgericht) und 05 (Arbeitsgerichte und Sozialgerichte) enthaltenen Fachgerichte zusammen gefasst.

### 2. Zuwendungen

Im Bereich der Fachgerichte werden keine Zuwendungen gewährt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 05, Produktgruppen 9 bis 13

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

##### *Sach- und Fachausgaben*

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 05, Produktgruppen 9 bis 13

##### *Investitionen*

701.01 – Kleine Investitionen –

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Leertitel, um im Bedarfsfall durch Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit die benötigten Haushaltsmittel bereitstellen zu können.

## 2300 Justizvollzug

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die den Justizvollzugsanstalten vorgesetzte Verwaltungseinheit ist das Strafvollzugsamt. Es übt die Fach- und Rechtsaufsicht über die Anstalten aus und ist zuständig für die zentralen vollzuglichen Planungen einschließlich der Personalausbildung und -disposition sowie die Finanzplanung. Außerdem wird vom Strafvollzugsamt die Organisationsentwicklung des Vollzuges und die betriebswirtschaftliche Steuerung der Anstalten geleistet.

In Hamburg gibt es neun Justizvollzugsanstalten:

- JVA Billwerder (geschlossener Vollzug)
- JVA Fuhlsbüttel (geschlossener Vollzug)
- JVA Glasmoor (offener Vollzug mit geschlossener Abteilung für Abschiebungshaft)
- JVA Hahnöfersand (offener und geschlossener Jugendvollzug; offener und geschlossener Frauenvollzug) mit Jugendarrestanstalt und Übergangseinrichtung für Jugendstrafgefangene im Christian-Koch-Haus
- JVA Vierlande (geschlossener Vollzug, Untersuchungshaft)
- Moritz-Liepmann-Haus (offener Vollzug für Männer und Frauen)
- Sozialtherapeutische Anstalt Altengamme (offener Vollzug für Männer und Frauen)
- Sozialtherapeutische Anstalt Bergedorf (geschlossener Vollzug)
- Untersuchungshaftanstalt (mit Zentralkrankenhaus)

In ihnen werden Gefangene behandelt, betreut und versorgt. Die Behandlung bezieht sich insbesondere auf medizinische, sozial-, drogen- und arbeitstherapeutische, psychologische sowie allgemeine soziale Notwendigkeiten. Bei entsprechenden individuellen Voraussetzungen kann eine schulische oder berufliche Ausbildung eingeleitet und gegebenenfalls abgeschlossen werden. Darüber hinaus wird versucht, den Gefangenen - bei Bedarf und nach Möglichkeit - Arbeit und Wohnung für die Zeit nach der Entlassung zu beschaffen sowie eine Schuldenregulierung einzuleiten. Durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen wird die Allgemeinheit vor Straftaten der Inhaftierten geschützt.

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen für den Bereich des Strafvollzugs sind im Kapitel 2000 veranschlagt. Siehe Erläuterungen zum Titel 2000.684.69.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 14 und 15

125.01 bis – Einnahmen der Arbeitsbetriebe –  
125.07

Die Zweckbindung von 50% der Mehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben dient als Anreiz zur Einnahmeerhöhung in den Arbeitsbetrieben.

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

##### *Sach- und Fachausgaben*

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 14 und 15

## 517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –

Mehr aufgrund eingetretener Preissteigerungen auf dem Energiesektor und der Inbetriebnahme der JVA Billwerder.

*Investitionen*

## 710.01 – Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten –

Für das Haushaltsjahr 2004 sind keine Einzelmaßnahmen mit einem Finanzvolumen von über 2,5 Mio. EUR geplant bzw. vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt im Abschluss bzw. in der Fortsetzung bereits laufender Maßnahmen. Dazu gehören u.a.

- JVA Vierlande – Zellenrufanlage
- JVA Vierlande – Anschluss Kaltwasserleitung
- Sozialtherapeutische Anstalt Altengamme – Erneuerung der Heizanlage
- JVA Fuhlsbüttel – Erneuerung Grundsieleitung
- Untersuchungshaftanstalt – Sanierung der Türme und der Mauer

Folgewirkungen der neuen Investitionen:

Es entstehen keine Folgekosten aus den genannten Investitionsmaßnahmen, da es sich dabei ausschließlich um Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen handelt. Durch einige Maßnahmen werden voraussichtlich Einsparungen erzielt werden können, deren Umfang sich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht quantifizieren lässt.

## 710.02 – Neubau der Justizvollzugsanstalt XII –

Mit dem Neubau einer Vollzugsanstalt in Billwerder wird die Belegung des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme mit Einrichtungen des Justizvollzuges beendet und Raum für die Erweiterung der dortigen Gedenkstätte geschaffen. Vorgesehen ist eine Anstalt des geschlossenen Vollzuges für erwachsene Männer mit dem üblichen Nebenraum für Arbeit und Ausbildung, medizinische Versorgung, Freizeit und Verwaltung mit 803 Plätzen (davon 35 Freigängerplätze). Hinzu kommen 38 Arrest- und Sicherungshaft Räume. (vgl. Bürgerschaftsdrucksachen 17/802 und 17/1430).

Gesamtkosten:	110.185.000 EUR
Davon entfallen auf	
Kosten für Architektenwettbewerb und die Hochbauplanung bis 1993 (710.01)	1.690.000 EUR
Herrichtung des Baugrundstücks (6300.788.01)	4.290.000 EUR
Kosten für äußere Erschließung des Baugrundstücks (6300.788.01)	2.230.000 EUR
Baukosten (710.02)	86.615.000 EUR
Einrichtung (812.03)	5.320.000 EUR
Grunderwerb (821.01)	6.503.000 EUR
Kostenerstattungsbeiträge (821.02)	1.704.000 EUR
Freimachungs- und Herrichtungskosten (noch nicht veranschlagt)	1.833.000 EUR
Veranschlagt sind bei diesem Titel	
bis 2003	56.374.000 EUR
2004	11.916.000 EUR
Vorbehalten bleiben	18.325.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung    zulasten 2005	13.325.000 EUR
zulasten 2006	5.000.000 EUR

Für die erweiterte Justizvollzugsanstalt Billwerder mit 803 Haftplätzen ergibt sich ein Stellenbedarf von insgesamt 331 Stellen. Unter Anrechnung der für die Justizvollzugsanstalt Vierlande vorhandenen Stellen reduziert sich der Stellenmehrbedarf für die Justizvollzugsanstalt Billwerder auf 210 Stellen verschiedener Berufsgruppen. Dieser Bedarf soll durch eine strukturelle Neuordnung des Vollzuges aus dem Bestand gedeckt werden. Die geschätzten sächlichen Folgekosten von rd. 1,4 Mio. EUR werden zu den jährlichen Haushaltsplänen eingeworben.

## 2300

### 811.01 – Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen –

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die Ersatzbeschaffung eines Gefangenentransportwagens im Jahr 2005

### 812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für den Ersatz diverser Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wirtschafts-, Haus- und Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten.

### 812.03 – Beschaffung im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt XII –

Veranschlagt sind die Einrichtungskosten für die Justizvollzugsanstalt Billwerder.

Gesamtkosten	5.320.000 EUR
--------------	---------------

Veranschlagt sind	
-------------------	--

bis 2003	2.761.000 EUR
----------	---------------

2004	884.000 EUR
------	-------------

Vorbehalten bleiben	1.675.000 EUR
---------------------	---------------

Verpflichtungsermächtigung zulasten 2005	1.675.000 EUR
--	---------------

### 821.01 – Grunderwerb für den Neubau der JVA Billwerder –

Veranschlagt sind die Kosten für den Grunderwerb der für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder genutzten Flächen.

### 821.02 – Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder –

Veranschlagt ist die Grunderstattung für Ausgleichsflächen aus dem Allgemeinen Grundvermögen, des Bezirksamtes Bergedorf und der Umweltbehörde einschließlich der Herrichtungskosten.

**Haushaltsplan  
Freie und Hansestadt Hamburg**

**Haushaltsjahr 2004**

**Stellenplan und  
Stellenübersichten**

**Einzelplan 2**

**Justizbehörde**

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
---------------------	----------------------

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
0,25					61,50	Anzahl der kw-Stellen
					18,99	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					1,00	Bereich der Angestellten
					1,00	Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,25	0,00	0,00	0,00	81,49	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen		Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2000	Amt für Allg. Verwaltung	2004	133,50		242,00	90,70		5,00		229,20
		2003	140,52		242,00	91,70		6,00		238,22
2050	Hmb. DSB	2004	14,20			2,63				16,83
		2003	13,00			3,63				16,63
2100	Justizamt	2004	58,77	0,00		78,14		0,00		136,91
		2003	91,50	1,00		47,90		0,00		140,40
2110	Ordentliche Gerichte	2004	1.492,72	5,50	733,00	709,50		36,09		2.243,81
		2003	1.489,89	9,00	775,00	736,99		33,59		2.269,47
2120	Verwaltungsgerichte	2004	114,00			35,15				149,15
		2003	116,50			41,13				157,63
2150	Finanzgericht	2004	32,00			10,30				42,30
		2003	33,00			8,80				41,80
2160	Arbeitsgerichte	2004	67,00			39,30				106,30
		2003	67,00			44,55				111,55
2170	Sozialgerichte	2004	75,00			55,58				130,58
		2003	76,00			55,00				131,00
2180	Staatsanwaltschaften	2004	356,50	6,00		174,98		3,00		540,48
		2003	360,50	6,00		174,86		3,00		544,36
2300	Strafvollzugsamt	2004	1.560,17			181,78	0,00			1.741,95
		2003	1.619,17			119,69	1,00			1.738,86
	<b>gesamt:</b>	<b>2004</b>	<b>3.903,86</b>	<b>11,50</b>	<b>975,00</b>	<b>1.378,06</b>	<b>0,00</b>	<b>44,09</b>	<b>0,00</b>	<b>5.337,51</b>
		<b>2003</b>	<b>4.007,08</b>	<b>16,00</b>	<b>1.017,00</b>	<b>1.324,25</b>	<b>1,00</b>	<b>42,59</b>	<b>0,00</b>	<b>5.389,92</b>

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
---------------------	----------------------

**II. Erläuterungen**

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2003	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2003				Stellenplan 2004	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2004	2004/ 2003
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2	2000 Amt für Allg. Verwaltung	238,22		6,00	-10,50	9,00	-13,52	229,20	-9,02
	2050 Hmb. DSB	16,63				0,25	-0,05	16,83	0,20
	2100 Justizamt	140,40	-0,50	5,50	-1,50	2,19	-9,18	136,91	-3,49
	2110 Ordentliche Gerichte	2269,47	-7,00	3,00	-1,00	99,37	-120,03	2243,81	-25,66
	2120 Verwaltungsgerichte	157,63	-3,07			1,00	-5,41	149,15	-8,48
	2150 Finanzgericht	41,80		1,00		0,50	-1,00	42,30	0,50
	2160 Arbeitsgerichte	111,55					-5,25	106,30	-5,25
	2170 Sozialgerichte	131,00		1,00	-1,00		-0,42	130,58	-0,42
	2180 Staatsanwaltschaften	544,36				2,00	-4,88	540,48	-3,88
	2300 Strafvollzugsamt	1738,86	-5,00	12,50	-2,00	13,25	-15,66	1741,95	3,09
	Summe:	5389,92	-15,57	+29,00	-18,00	+127,56	-175,40	5337,51	-52,41

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2000</b>	<b>Amt für Allgemeine Verwaltung</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Angestellten 1,00 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Eine Stelle der Vergütungsgruppe V c BAT kann durch das Statistische Landesamt für die Erstellung von diversen Statistiken für die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Anspruch genommen werden.

Aus der hier ausgewiesenen Kapazität in den Vergütungsgruppen Richtl. Angestellte können auch teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte in den Kapiteln 2110 und 2300 bezahlt werden.

Den Beamtinnen und Beamten des mittleren sowie des einfachen Justizdienstes kann die Justizbehörde für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vollziehungsbeamtin bzw. Vollziehungsbeamter der Justiz kraft Auftrages einen

Anteil an den Gebühren und eine widerrufliche Entschädigung bewilligen.

In fünf Planstellen Justizamtfrau/Justizamtmann BesGr. A 11 können Beamtinnen und Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Amtsanwältinnen und Amtsanwälte geführt werden.

In dreizehn Planstellen Justizobersekretärin/Justizobersekretär BesGr. A 7 können Beamtinnen und Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher geführt werden.

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	
A 15	4,00	4,00	2)	4,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	
A 14	7,00	3,00	3)	7,00	<b>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</b>	
A 13	5,00	3,00	4)	4,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	
A 13	8,00			7,00		
A 12	10,00			10,00		
A 11	22,50			23,00		
A 10	7,00			8,00		
A 9	4,00			5,00		
A 9	23,00			25,00		
A 8	21,00			24,00		
A 7	13,00			13,52		
A 6	1,00			1,00		
A 6	2,00			2,00		
A 5	4,00			4,00		
A 4	1,00			2,00		
Summe:	133,50			140,52		

B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (2,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (10,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
A 11	Justizamtfrau/ Justizamtmann (5,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (17,50)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (7,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (0,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (23,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Betriebsdienst (0,00)
A 8	Justizvollstreckungshauptsekretärin/ Justizvollstreckungshauptsekretär (11,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (10,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (13,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)
A 6	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (2,00)
A 5	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (4,00)
A 4	Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (1,00)

Einzelplan 2  
Kapitel 2000

Justizbehörde  
Amt für Allgemeine Verwaltung

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
A 14		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 11							1,00		1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11			-1,00						-1,00	Organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11		1,00							1,00	Organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 10			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen
A 9			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahmen in den Abteilungen A 1 und A 2 des Amtes für Allgemeine Verwaltung
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 9			-1,00						-1,00	Neuorganisation des Managements öffentlicher Gebäude -Auflösung der Betriebstechnischen Einheit-
A 8						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 4			-1,00						-1,00	Kapazitätsreduzierung im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes im Amt für Allgemeine Verwaltung (Arbeitszeitverlängerung)

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 14	3) 3,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	3,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2000</b>	<b>Amt für Allgemeine Verwaltung</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 15	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	2,00			3,00	
Summe:	6,00			7,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)  
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)  
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)  
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)  
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)  
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</b>					
Nachwuchs gD	48,00			48,00	
Nachwuchs mD	194,00			194,00	
Summe:	242,00			242,00	

Nachwuchs gD Rechtspfleger-Anwärterin/ Rechtspfleger-Anwärter (40,00), Verwaltungsinspektor-Anwärterin/ Verwaltungsinspektor-Anwärter (8,00)  
 Nachwuchs mD Justizsekretärin-Anwärterin/ Justizsekretärin-Anwärter (74,00), Obersekretärin-Anwärterin/ Obersekretärin-Anwärter (Strafvz) (120,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2000</b>	<b>Amt für Allgemeine Verwaltung</b>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	1,00				1,00	Nr. 6	
A 11	1,00				1,00	Nr. 6	
A 10	1,00				0,00	Nr. 7	
A 9	1,00				1,00	Nr. 6	
A 9	0,00				1,00	Nr. 6	
A 8	2,00				2,00	Nr. 6	
A 8	0,00				1,00	Nr. 7	
gesamt:	6,00				7,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	5,00	-8,00	3,00	-8,00	2,00	0,00	0,00	-6,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,52	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-1,02	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	5,00	-8,52	3,00	-8,50	2,00	0,00	0,00	-7,02	

Einzelplan 2  
Kapitel 2000

Justizbehörde  
Amt für Allgemeine Verwaltung

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
II a hD	2,50			3,00	
Richtl. Ang.hD	6,69			6,69	
III	1,84			1,84	
IV a	1,50			1,50	
IV b	8,00			6,00	
V b gD	1,00			1,00	
Richtl. Ang.gD	17,17			17,17	
V c	12,50	1,00	5)	13,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
VI b	26,25	1,00	6)	28,25	kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
VII	2,50	1,00	7)	2,50	kw: 1,00 VergGr. VII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b/VII	2,75			2,75	
VIII	1,00			1,00	
IX b	7,00			7,00	
Summe:	90,70			91,70	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
5	2,00			3,00	
2	3,00	1,00	8)	3,00	kw: 1,00 Lohngr. 2 nach Freierwerden der Stelle
Summe:	5,00			6,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>229,20</b>			<b>238,22</b>	

Einzelplan 2  
Kapitel 2000

Justizbehörde  
Amt für Allgemeine Verwaltung

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Neuorganisation der Behörden, Verlagerung vom Kapitel 4600 an Kapitel 2000
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV b		1,00							1,00	Gestiegener Arbeitsanfall in der IuK-Abteilung aufgrund der Übernahme der Bewährungshilfen
V c		1,00							1,00	Kapazitätsanpassung aufgrund des gestiegenen Arbeitsanfalls im Personalreferat der Justizbehörde
V c						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
VI b			-3,00						-3,00	Ausweitung der Automation in der Justizkasse
VI b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	3,00	-4,00	2,00	-2,00	-1,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	4,00	-4,00	3,00	-2,00	-2,00	0,00	0,00	-1,00	
5			-1,00						-1,00	Neuorganisation des Managements öffentlicher Gebäude - Auflösung der Betriebstechnischen Einheit-
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	9,00	-13,52	6,00	-10,50	0,00	0,00	0,00	-9,02	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2050</b>	<b>Hamburgischer Datenschutzbeauftragter</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
	0,25					Anzahl der kw-Stellen Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
0,00	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
B 6	1,00			1,00		
A 16	1,00	1,00	1)	1,00		Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	5,25	4,00	2)	4,00		Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		0,25	3)			<i>kw: 0,25 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor zum 28.02.2005 nach Freierwerden der Stelle</i>
A 13	2,95			3,00		
A 12	3,00			3,00		
A 10	1,00			1,00		
Summe:	14,20			13,00		

- B 6 Hamburgische Datenschutzbeauftragte/ Hamburgischer Datenschutzbeauftragter (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,25)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,95)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 15	1,00			1,00		
A 14	1,00			1,00		
Summe:	2,00			2,00		

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I a	0,00			1,00		
IV b	0,63			0,63		
VI b	2,00			2,00		
Summe:	2,63			3,63		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>16,83</b>			<b>16,63</b>		

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2050</b>	<b>Hamburgischer Datenschutzbeauftragter</b>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 15	1,00			1,00	Nr. 6	
A 14	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	2,00			2,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15						1,00			1,00	StPI 2003; für die Leitung des Referats Grundsatzfragen der IuK-Technik und -Organisation
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,25	-0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,20	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>		0,00	0,25	-0,05	0,00	0,00	1,00	0,00	1,20	
I a						-1,00			-1,00	StPI 2003; für die Leitung des Referats Grundsatzfragen der IuK-Technik und -Organisation
<i>Summe Angestellte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>		0,00	0,25	-0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,20	

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 15	3) kw: 0,25 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor zum 28.02.2005 nach Freiwerden der Stelle	

**Einzelplan 2**                      **Justizbehörde**  
**Kapitel 2100**                      **Justizamt**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte 1,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 6	1,00				1,00	
B 3	2,00	2,00		1)	2,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	1,00	1,00		2)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	10,00	9,00		3)	10,00	<b>Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</b>
A 14	1,00				0,00	
A 13	3,00				2,00	
A 12	3,00	0,50		4)	4,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	32,77	1,00		5)	64,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00		6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	32,77	2,00		7)	64,00	<b>kw: 2,00 BesGr. A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</b>
		2,00				
A 10	1,00				1,00	
A 9	0,00				1,00	
A 9	1,00				1,00	
A 8	1,00				2,00	
A 7	2,00				2,00	
Summe:	58,77				91,50	

- B 6                      Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3                      Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 16                    Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15                    Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
- A 14                    Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13                    Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (1,00)
- A 12                    Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt (1,00)
- A 11                    Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtmann (4,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (28,77)
- A 10                    Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9                      Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (0,00)
- A 9                      Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 8                      Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 7                      Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15		2,00							2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 15			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Aufgaben- und Stellenverlagerungen 2003 (Neugliederung der Behörden)
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Neustrukturierung der Behörden
A 12							-1,00		-1,00	
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Aufgabenverlagerung- und Stellenverlagerungen 2003 (Neugliederung der Behörden)
A 11							1,00		1,00	
A 11							-3,00		-3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11							-30,00		-30,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Aufgaben- und Stellenverlagerungen 2003 (Neugliederung der Behörden)
A 10							-1,00		-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen
A 8			-1,00						-1,00	Organisatorische Maßnahme im Bereich der Gnadenabteilung des Justizamtes

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 15	3) 9,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	10,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 12	4) weggefallen	kw: 0,50 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 31.12.2002
A 12	5) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 12 Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt nach BesGr. A 11 SozA nach Freiwerden der Stelle
A 11	6) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 11 Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 11	7) kw: 2,00 BesGr. A 11 Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2100</b>	<b>Justizamt</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)  
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen</b>					
A 13	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I b	1,00			1,00	
II a hD	0,86			0,67	
III	0,00			0,50	
IV a	3,00			0,00	
IV b	58,19			25,69	
V b gD	0,00			1,00	
V c	2,00			5,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	6,50	1,00 1,00	8) 9)	5,50	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,00 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>
IX b/VII	5,59			6,54	
VIII	0,00	1,00	10)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	78,14			47,90	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>136,91</b>			<b>140,40</b>	

<b>Einzelplan 2</b> <b>Kapitel 2100</b>	<b>Justizbehörde</b> <b>Justizamt</b>
--	--

**II. Erläuterungen****Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	1,00				1,00	Nr. 2	
A 14	1,00				1,00	Nr. 7	
gesamt	2,00				2,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	2,00	-3,00	4,00	-1,00	-33,00	0,00	0,00	-31,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	-0,50	0,00	-0,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,73	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-0,50	2,00	-3,23	4,00	-1,00	-34,00	0,00	0,00	-32,73	
A 13			-1,00						-1,00	Beendigung einer vorübergehenden Stellenregelung gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
IV a						3,00			3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
Vc			-3,00						-3,00	Organisatorische Maßnahme im Bereich der Gnadenabteilung des Justizamtes
IX b/VII			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich des Schreibdienstes für die Sozialen Dienste
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,19	-0,95	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,24	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31,00	0,00	0,00	31,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,19	-4,95	1,00	0,00	34,00	0,00	0,00	30,24	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	-0,50	2,19	-9,18	5,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-3,49	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,50	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					4,43	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,93	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Für die Dauer ihres Amtes erhalten eine Zuwendung:

a) die / der Vorsitzende des Richterdienstsenats und ihre / seine Stellvertretungen sowie die / der Vorsitzende der Richterdienstkammer und ihre / seine Stellvertretungen in Höhe von 27,61 EUR monatlich,

b) die weiteren Mitglieder der Richterdienstgerichte in Höhe von 22,50 EUR monatlich.

Die Direktorinnen/Direktoren der Amtsgerichte Altona, Barmbek, Bergedorf, Harburg, St. Georg und Wandsbek erhalten eine Amtszulage.

### I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Richterinnen/ Richter</b>						
R 6	2,00			2,00		
R 4	1,00			1,00		
R 3	17,00			17,00		
R 2	162,00	4,00	1)	162,00	<b>Vermerk weggefallen</b> <b>Vermerk weggefallen</b> kw: 1,00 BesGr. R 2 Richterin/ Richter am Oberlandesgericht nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg	
		1,00	2)			
		1,00	3)			
R 1	348,82			348,89		
Summe:	530,82			530,89		

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Amtsgerichtes (1,00), Präsidentin/ Präsident des Landgerichtes (1,00)
- R 4 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des HansOLG (1,00)
- R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Amtsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landgerichtes (1,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (15,00)
- R 2 Direktorin/ Direktor des Amtsgerichtes (7,00), Richter/ Richter am Amtsgericht (30,00), Richter/ Richter am Oberlandesgericht (43,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Landgericht (82,00)
- R 1 Richter/ Richter am Amtsgericht (223,00), Richter/ Richter am Landgericht (125,82)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Leerstellen (kw) *</b>						
R 2	11,00			13,00		
R 1	47,00			52,00		
Summe:	58,00			65,00		

- R 2 Richter/ Richter am Oberlandesgericht (7,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Landgericht (4,00)
- R 1 Richter/ Richter (1,00), Richter/ Richter am Amtsgericht (21,00), Richter/ Richter am Landgericht (25,00)

**Einzelplan 2**                      **Justizbehörde**  
**Kapitel 2110**                      **Ordentliche Gerichte**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 2			-3,00						-3,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 2		3,00							3,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1			-9,65						-9,65	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1		9,65							9,65	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
<b>Summe Richterinnen/ Richter</b>										
	0,00	12,65	-12,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>										
	0,00	0,00	-0,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,07	
<b>Summe Richterinnen/ Richter insgesamt</b>										
	0,00	12,65	-12,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,07	

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a ( 1 )	
R 2	1,00				1,00	Nr. 1	
R 2	6,00				6,00		B.Beschl.
R 2	0,00				2,00		§ 115
R 2	1,00				1,00		§ 115
R 2	1,00				1,00		B.Beschl.
R 2	2,00				2,00	Nr. 6	
R 1	1,00				1,00		H.Beschl.
R 1	6,00				9,00	Nr. 7	
R 1	1,00				1,00		§ 115
R 1	9,00				11,00	Nr. 6	
R 1	2,00				1,00	Nr. 1	
R 1	1,00				1,00		H.Beschl.
R 1	2,00				1,00	Nr. 5	
R 1	6,00				9,00	Nr. 7	
R 1	3,00				3,00		§ 115
R 1	7,00				7,00	Nr. 6	
R 1	3,00				3,00	Nr. 1	
R 1	1,00				1,00		B.Beschl.
R 1	1,00				1,00	Nr. 2	
R 1	3,00				2,00	Nr. 5	
R 1	1,00				1,00		H.Beschl.
gesamt	58,00				65,00		

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004		alter Vermerk 2003
R 2	1)	weggefallen	4,00 Bei den Amtsgerichten Altona, Barmbek, Bergedorf, Harburg und Wandsbek mit einer Amtszulage.
R 2	2)	weggefallen	1,00 Bei den Amtsgerichten Altona, Barmbek, Bergedorf, Harburg und Wandsbek mit einer Amtszulage.

**Änderung der Amtsbezeichnung**

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
R 2	1,00	Direktorin/ Direktor des Amtsgerichtes	Richterin/ Richter am Amtsgericht	StPl 2003; für die besoldungsgerechte Ausstattung der Leitungsfunktion für das neu eingerichtete Amtsgericht Hamburg-St. Georg

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</b>					
R 1	1,50	0,50	4)	4,00	<i>kw: 0,50 BesGr. R 1 Richterin/ Richter nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.12.2003 Sabbatjahr</i>
		2,00	5)		
		1,00	6)		
		1,00	7)		
Summe:	1,50			4,00	

R 1 Richterin/ Richter (1,50)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
B 10	1,00	1,00	8)	1,00	<i>ku: 1,00 BesGr. B 10 Präsidentin/ Präsident des HmbVerfG und des HansOLG nach BesGr. R 8 Präsidentin/ Präsident des HansOLG nach Freiwerden der Stelle</i>
A 14	2,00			2,00	
A 13	20,00	1,00	9)	20,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 11 Justizamtsfrau/ Justizamtsmann nach Beendigung der Mitgliedschaft im Personalrat; Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 12	60,00	1,00	10)	59,00	
A 11	101,50	1,00	11)	102,00	<i>Vermerk weggefallen Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
		0,50	12)		

- B 10 Präsidentin/ Präsident des HmbVerfG und des HansOLG (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (20,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (5,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (55,00)
- A 11 Justizamtsfrau/ Justizamtsmann (97,50), Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtsmann (4,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1	-1,00								-1,00	Beendigung einer vollständigen Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1	-2,00								-2,00	Umsetzung des Handlungskonzeptes Hauptbahnhof / St. Georg
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</i>										
	-3,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter) insgesamt</i>										
	-3,00	1,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,50	
A 12							1,00		1,00	StPI 2003; für die Leitung der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten beim Landgericht
A 12			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 12		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 12		1,50							1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12			-1,50						-1,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11		9,50							9,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11			-9,50						-9,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11							-1,00		-1,00	StPI 2003; für die Leitung der Verwaltungsstelle für IuK-Angelegenheiten beim Landgericht
A 11							1,00		1,00	StPI 2003; für den Dienstposten Rechtspfleger in Strafsachen, Vertretung der Dezernatsgeschäftsleitung des Dezernats IV beim Landgericht
A 11			-1,00						-1,00	Anpassung der Ausgleichstellenregelung für den Personalrat beim Hanseatischen Oberlandesgericht

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
R 1	4) kw: 0,50 BesGr. R 1 Richter/ Richter nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg
R 1	5) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter zum 31.12.2002
R 1	6) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter zum 31.07.2002 Sabbatjahr
R 1	7) kw: 1,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter zum 31.12.2003 Sabbatjahr	
A 11	11) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<b>Planstellen</b>					
A 10	51,00			52,00	
A 9	33,50			33,00	
A 9	147,50	2,00	13)	141,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
		0,50	14)		<b>Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten</b>
A 8	184,00	2,00	15)	184,00	<b>Vermerk weggefallen</b>

- A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (47,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
- A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (31,50), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (76,50), Obergerichtsvollzieherin/ Obergerichtsvollzieher (67,00)
- A 8 Gerichtsvollzieherin/ Gerichtsvollzieher (37,00), Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (138,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (9,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		12,00	-13,00				1,00		0,00	
A 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10		3,75							3,75	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10			-3,75						-3,75	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 9		1,00							1,00	StPI 2003; Ausweitung der Kapazität der LuK-Sachbearbeitung in der Verwaltungsstelle für LuK-Angelegenheiten beim Landgericht
A 9		1,65							1,65	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9			-1,65						-1,65	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9		5,00							5,00	StPI 2003; Verstärkung des Gerichtsvollzieherdienstes beim Amtsgericht Hamburg
A 8		2,00							2,00	StPI 2003; Verstärkung des Gerichtsvollzieherdienstes beim Amtsgericht Hamburg
A 8			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 8		8,05							8,05	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8			-8,05						-8,05	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8			-1,00						-1,00	StPI 2003; Arbeitsverdichtende Maßnahme im Servicebereich des Landgerichts

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	12) 0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
A 7	221,00	1,00	16)	223,00	kw: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
A 6	16,00			17,00	
A 6	30,00			30,00	
A 5	55,00			55,00	
A 4	39,40			40,00	
Summe:	961,90			959,00	

- A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (218,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)  
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (14,00), Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (2,00)  
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (30,00)  
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (55,00)  
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (39,40)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			0,00	
A 11	8,00			9,00	
A 10	12,00			12,00	
A 9	5,00			6,00	
A 9	3,00			2,00	
A 8	14,00			15,50	
A 7	50,00			51,00	
A 6	3,00			4,00	
A 5	1,00			1,00	
A 4	2,00			2,00	
Summe:	101,00			103,50	

- A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00)  
A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (2,00)  
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (8,00)  
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (12,00)  
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (5,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (3,00)  
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (14,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (50,00)  
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (3,00)  
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		36,45	-31,45				1,00		6,00	
A 8	-2,00								-2,00	Umsetzung des Handlungskonzeptes Hauptbahnhof / St. Georg
A 7		16,20							16,20	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-16,20						-16,20	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-2,00						-2,00	Kapazitätsreduzierung im Servicebereich beim Landgericht (Arbeitszeitverlängerung)
A 6		1,00							1,00	StPI 2003; Anpassung der Stellenausstattung im Servicebereich im Strafverfahren beim Landgericht an den Geschäftsanfall
A 6			-1,00						-1,00	StPI 2003; Arbeitsverdichtende Maßnahme im Verwaltungsbereich des Landgerichts
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-2,00	54,65	-51,65	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	2,00	-1,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,90	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-2,00	56,65	-52,75	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	2,90	

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 13	1,00				1,00	Nr. 6	
A 12	1,00				0,00	Nr. 6	
A 12	1,00				0,00	Nr. 7	
A 11	3,00				2,00	Nr. 6	
A 11	5,00				7,00	Nr. 7	
A 10	6,00				6,00	Nr. 7	
A 10	6,00				6,00	Nr. 6	
A 9	4,00				5,00	Nr. 7	
A 9	1,00				1,00	Nr. 6	
A 9	3,00				2,00	Nr. 6	
A 8	6,00				5,50	Nr. 7	
A 8	8,00				10,00	Nr. 6	
A 7	19,00				21,00	Nr. 7	
A 7	31,00				30,00	Nr. 6	
A 6	2,00				1,00	Nr. 7	
A 6	1,00				3,00	Nr. 6	
A 5	1,00				1,00	Nr. 6	
A 4	2,00				2,00	Nr. 6	
gesamt	101,00				103,50		

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**I. Stellenbestand**

A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (2,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen</b>					
A 9	4,00	1,00	17)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	4,00			5,00	

A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (4,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</b>					
Nachwuchs hD	733,00	10,00	18)	775,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	733,00			775,00	

Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (733,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
SAV Ang.hD	2,00			2,00	
II a hD	1,00			1,00	
III	1,00			1,00	
IV a	15,00			14,00	
IV b	1,00			2,00	
V b gD	6,00			6,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	135,30	0,50	19)	127,30	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	20)		<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	218,40	2,00	21)	179,00	<i>kw: 2,00 VergGr. VI b Vorlesekraft für einen blinden Richter beim Landgericht</i>

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 9	-1,00								-1,00	Beendigung einer vollständigen Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>										
	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Nachwuchs hD			-42,00						-42,00	Einschränkung des Angebots an Referendarausbildungsplätzen
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	0,00	0,00	-42,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-42,00	
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
V b gD			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
V c	-1,00								-1,00	Umsetzung des Handlungskonzeptes Hauptbahnhof / St. Georg
V c		2,00							2,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
V c			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
VI b		6,50							6,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b			-6,50						-6,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b		1,00							1,00	Vorlesekraft für einen blinden Richter beim Landgericht
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
VI b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
Nachwuchs hD	18) weggefallen	10,00 Diese Stellen sind zum Gegenstand einer Prüfung hinsichtlich ihrer Erforderlichkeit zu machen.

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
VII	133,06	1,00	22)	159,28	kw: 1,00 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) <b>Vermerk weggefallen</b> <b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b> kw: 0,43 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	23)		
		1,00	24)		
		1,00	25)		
IX b/VII	155,74	0,43	26)	203,41	
VIII	19,00			20,00	

**II. Erläuterungen**
**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	11,50	-10,50	1,00	-1,00				0,00	
VI b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
VII		2,50							2,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VII			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
VII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
VII			-3,50						-3,50	Kapazitätsreduzierung im Servicebereich beim Amtsgericht Hamburg (Arbeitszeitverlängerung)
VII			-1,10						-1,10	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Servicebereich des Amtsgerichts Hamburg (Intendantzbereich)
VII			-1,38						-1,38	Interne organisatorische Maßnahme LG (Ausbringen von Stellenteilen)
VII		1,60							1,60	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII		7,22							7,22	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII			-7,22						-7,22	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII			-8,02						-8,02	StPI 2003; Arbeitsverdichtende Maßnahme im Schreibbereich des Amtsgerichts
IX b/VII			-7,99						-7,99	Kapazitätsreduzierung im Schreibbereich beim Amtsgericht Hamburg (Arbeitszeitverlängerung)
IX b/VII			-1,59						-1,59	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Schreibbereich des Amtsgerichts Hamburg
IX b/VII			-3,00						-3,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im zentralen Schreibbereich des Amtsgerichts Hamburg (Intendantzbereich)
IX b/VII			-1,22						-1,22	Interne organisatorische Maßnahme LG (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim HOLG (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b/VII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
VIII			-1,00						-1,00	aus organisatorischen Gründen

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
IX b	19,00			19,00	
X	2,00			2,00	
Summe:	709,50			736,99	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
5	1,00			0,00	
4	1,00			0,00	
3	0,50			0,00	
2	12,00			12,00	
1 (R)	21,59			21,59	
Summe:	36,09			33,59	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>2243,81</b>			<b>2269,47</b>	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	-1,00	25,82	-51,52	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-26,70	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,13	-1,42	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,21	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	-1,00	26,95	-52,94	1,50	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-27,49	
5		1,00							1,00	Verstärkung des Hausdienstes
4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Integration des Senatsfahrdienstes in die Fachbehörden
1 (R)		1,12							1,12	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
1 (R)			-1,12						-1,12	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	2,12	-1,12	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	2,12	-1,12	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	2,50	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	-7,00	99,37	-120,03	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-25,66	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 35,00 Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte 10,06 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	45,06	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Für die Dauer ihres Amtes erhalten eine Vergütung:

a) die / der Vorsitzende des Disziplinargerichts Hamburg und ihre / seine Stellvertretungen sowie die Präsidentin / der Präsident des Disziplinarhofs Hamburg und ihre / seine Stellvertretungen in Höhe von 50,11 EUR monatlich,

b) die rechtskundigen Beisitzerinnen und Beisitzer des Disziplinargerichts Hamburg sowie die richterlichen Beisitzerinnen und Beisitzer des Disziplinarhofs Hamburg in Höhe von 41,41 EUR monatlich.

Die weiteren Beisitzerinnen und Beisitzer des Disziplinargerichts Hamburg sowie des Disziplinarhofs Hamburg erhalten ein Sitzungstagegeld in Höhe von 6,65 EUR. Bei den Verwaltungsgerichten erhalten eine Amtszulage:

a) die Vizepräsidentin beim Oberverwaltungsgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Oberverwaltungsgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Oberverwaltungsgericht oder des Präsidenten beim Oberverwaltungsgericht

b) die Vizepräsidentin beim Verwaltungsgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Verwaltungsgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Verwaltungsgericht der des Präsidenten beim Verwaltungsgericht

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Richterinnen/ Richter</b>					
R 6	1,00			1,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	4,00	1,00	1)	4,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
R 2	31,00	2,00	2)	31,00	kw: 2,00 BesGr. R 2 Richter/ Richter am Oberverwaltungsgericht - Stellenstreichung 1991- nach Einführung der Zulassungsberufung
		1,00	3)		kw: 1,00 BesGr. R 2 Richter/ Richter am Oberverwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		2,00	4)		kw: 2,00 BesGr. R 2 Richter/ Richter am Oberverwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
		1,00	5)		<b>Vermerk weggefallen</b>
		3,00	6)		kw: 3,00 BesGr. R 2 Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen - Altbestand-
		1,00	7)		kw: 1,00 BesGr. R 2 Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
R 1	46,00	4,00	8)	46,00	kw: 4,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		5,00	9)		kw: 5,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		5,00	10)		kw: 5,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter am Verwaltungsgericht nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
Summe:	83,00			83,00	

R 6 Präsidentin/ Präsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00)

R 4 Präsidentin/ Präsident des Verwaltungsgerichtes (1,00)

R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht (3,00)

R 2 Richter/ Richter am Oberverwaltungsgericht (14,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Verwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (16,00)

R 1 Richter/ Richter am Verwaltungsgericht (46,00)

<b>Einzelplan 2</b> <b>Kapitel 2120</b>	<b>Justizbehörde</b> <b>Verwaltungsgerichte</b>
--	--

## II. Erläuterungen

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
R 3	1)	weggefallen	1,00 Amtszulage als Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts
R 2	5)	weggefallen	1,00 Amtszulage als Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Verwaltungsgerichts

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	2,00			2,00	
R 1	4,00			5,00	
Summe:	6,00			7,00	

R 2 RichterIn/ Richter am Oberverwaltungsgericht (1,00), Vorsitzende RichterIn/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (1,00)  
R 1 RichterIn/ Richter am Verwaltungsgericht (4,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 12	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	2,50			3,00	
A 9	2,00			2,00	
A 9	4,50	1,00	11)	4,50	kw: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 8	4,00	2,00	12)	4,00	kw: 2,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 7	9,00	6,00	13)	9,00	kw: 6,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		1,00	14)		kw: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-
A 6	0,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
A 5	3,00	1,00	15)	3,00	kw: 1,00 BesGr. A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 4	1,00	1,00	16)	2,00	<b>kw: 1,00 BesGr. A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</b>
Summe:	31,00			33,50	

A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00)  
A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)  
A 11 Justizamtsfrau/ Justizamtsmann (1,00), Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtsmann (1,00)  
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,50)  
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (4,50)  
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (9,00)  
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)  
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)  
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (3,00)  
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (1,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen) -1,00: Aufgabenstraffung im Verwaltungsbereich des Hamburgischen Obergerichtsbereichs im Zusammenhang mit der Bildung einer gemeinsamen Verwaltung im Haus der Gerichte (Intendantzbereich)
A 6			-1,00						-1,00	

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a ( 1 )	
R 2	1,00				1,00		B.Beschl. B.Beschl.
R 2	1,00				1,00		
R 1	1,00				2,00	Nr. 7	
R 1	2,00				3,00	Nr. 1	
R 1	1,00				0,00	Nr. 6	
gesamt	6,00				7,00		

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	2,00			3,00	

A 9                   Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)  
A 8                   Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)  
A 7                   Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (0,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
V b gD	3,00			3,00	
V c	4,00	1,00	17)	5,00	kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	18)		kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
VI b	18,50	2,50	19)	20,50	kw: 2,50 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		3,00	20)		kw: 3,00 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
		1,00	21)		kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen - nicht Z 61 finanziert-

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 9	1,00				1,00	Nr. 6	
A 8	1,00				1,00	Nr. 6	
A 7	0,00				1,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00				3,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-1,00						0,00	
A 4	-1,00								-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes der Verwaltungsgerichte im Zusammenhang mit der Bildung einer gemeinsamen Verwaltung im Haus der Gerichte (Intendanzbereich)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,50	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	1,00	-2,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,50	
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2150; Bildung einer gemeinsamen Personalverwaltung für die Verwaltungsgerichte und das Finanzgericht
VI b			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich der Registratur der Verwaltungsgerichte im Zusammenhang mit der Bildung einer gemeinsamen Verwaltung im Haus der Gerichte (Intendanzbereich)
VI b	-1,00								-1,00	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
VII	3,71	1,00 0,06	22) 23)	6,37	<i>Vermerk weggefallen</i> <i>kw: 0,06 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>
IX b/VII	5,44	0,07 1,00	24) 25)	5,76	<i>Vermerk weggefallen</i> <i>kw: 1,00 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
VIII	0,50	0,50	26)	0,50	<i>kw: 0,50 VergGr. VIII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
Summe:	35,15			41,13	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>149,15</b>			<b>157,63</b>	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2120</b>	<b>Verwaltungsgerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00		-1,00		-1,00				-3,00	
VII	-1,00								-1,00	Aufgabenstraffung im Bibliotheksbereich der Verwaltungsgerichte im Zusammenhang mit der Bildung einer gemeinsamen Verwaltung im Haus der Gerichte (Intendantzbereich)
<i>Summe Angestellte</i>	-2,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	-0,07	0,00	-1,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,98	
Summe Angestellte insgesamt	-2,07	0,00	-2,91	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-5,98	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	-3,07	1,00	-5,41	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-8,48	

**Einzelplan 2**  
**Kapitel 2150**

**Justizbehörde**  
**Finanzgericht**

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Richterinnen/ Richter</b>					
R 5	1,00			1,00	
R 3	5,00			5,00	
R 2	15,00			15,00	
Summe:	21,00			21,00	

R 5 Präsidentin/ Präsident des Finanzgerichtes (1,00)  
 R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Finanzgerichtes (1,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Finanzgericht (4,00)  
 R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (15,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 12	2,00			2,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	4,00			4,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
A 5	0,00			1,00	
Summe:	11,00			12,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)  
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)  
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)  
 A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00)  
 A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (1,00)  
 A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)  
 A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2150</b>	<b>Finanzgericht</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 5			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes des Finanzgerichts im Zusammenhang mit der Bildung einer gemeinsamen Verwaltung im Haus der Gerichte (Intendantzbereich)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
R 2	1,00				1,00	Nr. 1	
gesamt	1,00				1,00		

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2150</b>	<b>Finanzgericht</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (0,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
V c	4,50			3,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	2,00			2,00	
IX b/VII	2,80			2,80	
Summe:	10,30			8,80	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>42,30</b>			<b>41,80</b>	



<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2160</b>	<b>Arbeitsgerichte</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					0,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bei den Arbeitsgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Landesarbeitsgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Landesarbeitsgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Landesarbeitsgericht oder des Präsidenten beim Landesarbeitsgericht  
b) die Vizepräsidentin beim Arbeitsgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Arbeitsgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Arbeitsgericht oder des Präsidenten beim Arbeitsgericht

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Richterinnen/ Richter</b>					
R 6	1,00			1,00	
R 3	8,00			8,00	
R 2	3,00			3,00	
R 1	22,00			22,00	
Summe:	34,00			34,00	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00)  
R 3 Präsidentin/ Präsident des Arbeitsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht (6,00)  
R 2 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (2,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Arbeitsgerichtes (1,00)  
R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (22,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 1	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

- R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
A 13	1,00			1,00	
A 11	4,00			4,00	
A 10	3,00			3,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	5,00			5,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	11,00			11,00	
A 6	7,00			7,00	
Summe:	33,00			33,00	

- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)  
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (3,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)  
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)  
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (5,00)  
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (11,00)  
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (6,00), Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2160</b>	<b>Arbeitsgerichte</b>

**II. Erläuterungen****Übersicht über die Leerstellen**

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
R 1	0,00			1,00	Nr. 1	
R 1	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			1,00		

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2160</b>	<b>Arbeitsgerichte</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
V b gD	2,00			0,00	
VI b	12,00			2,00	
VII	17,80			20,80	
IX b/VII	3,50			14,50	
VIII	3,50			6,75	
IX b	0,50	0,50	1)	0,50	kw: 0,50 VergGr. IX b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Summe:	39,30			44,55	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>106,30</b>			<b>111,55</b>	



<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2170</b>	<b>Sozialgerichte</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					13,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bei den Sozialgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Landessozialgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Landessozialgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Landessozialgericht oder des Präsidenten beim Landessozialgericht  
b) die Vizepräsidentin beim Sozialgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Sozialgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Sozialgericht oder des Präsidenten beim Sozialgericht

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Richterinnen/ Richter</b>					
R 6	1,00			1,00	
R 3	3,00			3,00	
R 2	9,00			9,00	
R 1	27,00	5,00	1)	27,00	kw: 5,00 BesGr. R 1 Richter/ Richterin am Sozialgericht nach Beendigung der Maßnahme
Summe:	40,00			40,00	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landessozialgerichtes (1,00)  
R 3 Präsidentin/ Präsident des Sozialgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landessozialgerichtes (1,00), Vorsitzende Richter/ Vorsitzender Richter am Landessozialgericht (1,00)  
R 2 Richter/ Richterin am Landessozialgericht (6,00), Richter/ Richterin am Sozialgericht (2,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Sozialgerichtes (1,00)  
R 1 Richter/ Richterin am Sozialgericht (27,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 1	2,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	

- R 1 Richter/ Richterin am Sozialgericht (2,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 12	1,00			1,00	
A 11	3,00			3,00	
A 10	7,00	1,00	2)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor nach Beendigung der Maßnahme
A 9	3,00			4,00	
A 9	5,00			6,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	15,00	7,00	3)	15,00	kw: 7,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Beendigung der Maßnahme
Summe:	35,00			36,00	

- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00)  
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)  
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)  
A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (5,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (12,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2170</b>	<b>Sozialgerichte</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Neuorganisation der Behörden

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
R 1	1,00				0,00	Nr. 7	§ 115
R 1	1,00			0,00			
gesamt	2,00			0,00			

Einzelplan 2  
Kapitel 2170

Justizbehörde  
Sozialgerichte

### I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 10	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
V b gD	1,00			1,00	
V b mD	1,00			0,00	
V c	1,50			1,50	
VI b	32,00			6,00	
VII	10,50			30,50	
IX b/VII	4,58			10,00	
VIII	1,00			2,00	
IX b	4,00			4,00	
Summe:	55,58			55,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>130,58</b>			<b>131,00</b>	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2170</b>	<b>Sozialgerichte</b>

**II. Erläuterungen****Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 10	1,00				0,00	Nr. 7	
A 7	1,00				0,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00				0,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00					1,00	
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Personalwirtschaftliche Gründe
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,42	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	-0,42	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,58	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	-0,42	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-0,42	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2180</b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>

Bei der Staatsanwaltschaft Hamburg erhalten eine Amtszulage:

- a) eine Oberstaatsanwältin R 2 oder ein Oberstaatsanwalt R 2 als ständige Vertretung der Leitenden Oberstaatsanwältin oder des Leitenden Oberstaatsanwalts,  
b) sechs Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte R 2 für die Hauptabteilungsleitungen,  
c) eine Oberstaatsanwältin R 2 oder ein Oberstaatsanwalt R 2 als Leitung der Staatsanwaltschaft

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<b>Planstellen</b>						
R 6	1,00			1,00		
R 4	1,00			1,00		
R 3	3,00			3,00		
R 2	46,00			46,00		
R 1	122,00			122,00		
A 14	1,00	1,00	1)	2,00		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	1,00			1,00		
A 13	15,00			15,00		
A 12	22,00			22,00		
A 11	33,50	0,50	2)	34,50		Freigestelltes Personalratsmitglied
A 10	2,00			3,00		
A 9	1,00			1,00		
A 9	27,50	3,50	3)	27,00		<i>ku: 3,50 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 7 Justizobersekre nach Freierwerden der Stelle</i>
		3,00	4)			<i>ku: 3,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach Freierwerden der Stelle</i>
A 8	23,00	1,00	5)	24,00		<i>ku: 1,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Freierwerden der Stelle</i>
A 7	37,50			37,00		
A 6	1,00			1,00		
A 6	4,00			4,00		
A 5	11,00			11,00		
A 4	4,00			5,00		
Summe:	356,50			360,50		

- R 6 Generalstaatsanwältin/ Generalstaatsanwalt (1,00)  
R 4 Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (1,00)  
R 3 Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (3,00)  
R 2 Oberstaatsanwältin/ Oberstaatsanwalt (46,00)  
R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (122,00)  
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00)  
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)  
A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00), Oberamtsanwältin/ Oberamtsanwalt (13,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)  
A 12 Amtsanwältin/ Amtsanwalt (16,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (6,00)  
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (33,50), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)  
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00)  
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (26,50)  
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (23,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (34,50), Obersekretärin/ Obersekretär im Betriebsdienst (1,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)  
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)  
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (4,00)  
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (11,00)  
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (4,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2180</b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3140; Rückverlagerung der Stelle in ein Schulkapitel
A 11						-1,00			-1,00	
A 4			-1,00						-1,00	Kapazitätsreduzierung im Justizwachtmeisterdienst bei der Staatsanwaltschaft Hamburg (Arbeitszeitverlängerung)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-3,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>		0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	-2,00	0,00	0,00	-4,00

**Vemerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 14	1) weggefallen	1,00 Rückverlagerung der Stelle in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle

**Änderung der Amtsbezeichnung**

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 11	3,00	Justizamtfrau/ Justizamtmann	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	StPI 2003; Vereinheitlichung der Stellenausstattung für die Hauptabteilungsgeschäftsleitungen der Staatsanwaltschaft Hamburg

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2180</b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Leerstellen (kw) *</b>						
R 2	1,00			0,00		
R 1	13,00			17,00		
A 12	5,00			5,00		
A 10	1,00			1,00		
A 9	1,00			0,00		
A 9	2,00			2,00		
A 7	8,00			8,00		
A 6	5,00			4,00		
Summe:	36,00			37,00		

R 2 Oberstaatsanwältin/ Oberstaatsanwalt (1,00)  
R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (13,00)  
A 12 Amtsanwältin/ Amtsanwalt (4,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)  
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (1,00)  
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)  
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (2,00)  
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (8,00)  
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (5,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Andere Amtsstellen</b>						
R 1	5,00			5,00		
A 9	1,00			1,00		
Summe:	6,00			6,00		

R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (5,00)  
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
SAV Ang.hD	1,00			1,00		
III	1,00			1,00		
IV a	2,00			2,00		
IV b	2,00			1,00		
V b gD	2,00			2,00		
V b mD	1,00			0,00		
V c	44,20	0,50	6)	44,20		<b>Vermerk weggefallen Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
		0,50	7)			
VI b	97,79			92,67		
VII	10,00			12,00		
IX b/VII	2,49			6,49		
VIII	7,50			7,50		
IX b	4,00			5,00		
Summe:	174,98			174,86		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
2	3,00			3,00		
Summe:	3,00			3,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>540,48</b>			<b>544,36</b>		

**Einzelplan 2**  
**Kapitel 2180**
**Justizbehörde**  
**Staatsanwaltschaften**
**II. Erläuterungen**
**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				Anzahl	§ 50a (1)
R 2	1,00				0,00	Nr. 1	H.Beschl.
R 1	4,00				7,00	Nr. 7	
R 1	5,00				4,00	Nr. 6	
R 1	1,00				3,00	Nr. 1	
R 1	3,00				3,00		
A 12	4,00				3,00	Nr. 7	
A 12	0,00				1,00	Nr. 6	
A 12	1,00				1,00	Nr. 6	
A 10	1,00				1,00	Nr. 7	
A 9	1,00				0,00	Nr. 7	
A 9	2,00				2,00	Nr. 6	
A 7	5,00				5,00	Nr. 7	
A 7	3,00				3,00	Nr. 6	
A 6	3,00				2,00	Nr. 7	
A 6	2,00				2,00	Nr. 6	
gesamt:	36,00				37,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V b mD		1,00							1,00	Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes für eine LuK-Sachbearbeiterin/ einen LuK-Sachbearbeiter im LuK-Referat der Staatsanwaltschaft Hamburg
V c			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahmen durch Neuorganisation in den Verfahrensbereichen
VI b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
IX b			-1,00						-1,00	Kapazitätsreduzierung im Hausdienst bei der Staatsanwaltschaft Hamburg (Arbeitszeitverlängerung)
<b>Summe Angestellte</b>	0,00	2,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>	0,00	0,00	-0,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,88	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>	0,00	2,00	-3,88	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,12	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	2,00	-4,88	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-3,88	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					9,00	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
					1,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bedienstete der Jugendanstalt Hahnöfersand, die sich wegen der weiten Entfernung von ihrer Wohnung an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen aus dienstlichen Gründen am Dienort aufhalten müssen, erhalten freie Unterkunft und Verpflegung.

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 6	1,00				1,00	
B 3	1,00	1,00		1)	1,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	5,00	4,00		2)	6,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	13,00	9,00		3)	14,00	<b>Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</b>
		1,00		4)		<b>Vermerk weggefallen</b>
A 14	16,00	4,00		5)	15,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	13,00	1,00		6)	18,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
A 13	5,00	1,00		7)	6,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
A 12	20,00	1,00		8)	20,00	<b>kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat nach Freiwerden der Stelle</b>
A 11	78,03				75,53	
		1,00		9)		<b>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann nach Freiwerden der Stelle</b>
		1,00		10)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00)
- A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (9,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (2,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat an Sonderschulen (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (8,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00), Studienrätin/ Studienrat (8,00), Studienrätin/ Studienrat an Sonderschulen (2,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (3,00)
- A 13 Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (1,00), Verwaltungsoberamtsrätin/ Verwaltungsoberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00), Verwaltungsamtsrätin/ Verwaltungsamtsrat (18,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,50), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (27,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (46,53)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

**II. Erläuterungen****Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15						-1,00			-1,00	-
A 14						1,00			1,00	-
A 13			-1,00						-1,00	Zusammenlegung von Abteilungen im Strafvollzugsamt (Intendantzbereich)
A 13						-1,00			-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (personalwirtschaftliche Gründe)
A 13						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2005; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitglied
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 12			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 15	3)	9,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	9,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	4)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Freiwerden der Stelle
A 13	6)	weggefallen	1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	7)	weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	8)	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat nach Freiwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<b>Planstellen</b>					
A 10	13,00			14,00	
A 9	14,00			14,00	
A 9	284,00	2,00	11)	285,00	kw: 2,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
A 8	438,00	1,00	12)	435,00	<b>Vermerk weggefallen</b> kw: 4,00 BesGr. A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		4,00	13)		
A 7	633,14	1,00	14)	686,64	<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b> <b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b> <b>Vermerk weggefallen</b>
		1,00	15)		
		5,00	16)		

- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00), Verwaltungsoberinspektorin/ Verwaltungsoberinspektor (11,00)
- A 9 Verwaltungsinspektorin/ Verwaltungsinspektor (14,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (238,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Werkdienst des Strafvollzuges (29,00), Verwaltungsamtsinspektorin/ Verwaltungsamtsinspektor (16,00)
- A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (358,00), Hauptwerkmeisterin/ Hauptwerkmeister im Strafvollzugsdienst (44,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (32,00)
- A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (599,14), Oberwerkmeisterin/ Oberwerkmeister im Strafvollzugsdienst (3,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (31,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-3,00	3,00	-2,00	-5,00			-6,00	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2005; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
A 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 10		1,00							1,00	StPI 2003; Leitung der neu eingerichteten dritten Behandlungsgruppe in der Sozialtherapeutischen Anstalt Bergedorf
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 9			-1,00						-1,00	StPI 2003; Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Aufsichtsdienstes der Justizvollzugsanstalt Glasmoor
A 9			-1,00						-1,00	StPI 2003; Organisatorische Maßnahme im Vollzugsbereich der Sozialtherapeutischen Anstalt Bergedorf
A 9			-1,00						-1,00	Beendigung der dienstlichen Freistellung eines Personalratsmitglieds
A 9		1,00							1,00	StPI 2003; Einrichtung des Dienstpostens Wirtschaftsinspektor in der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Glasmoor
A 9			-1,00						-1,00	Beendigung der dienstlichen Freistellung eines Personalratsmitglieds
A 8		2,00							2,00	Kapazitätsausgleich für die dienstliche Freistellung eines Personalratsmitglieds
A 8				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
A 7		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-1,00						-1,00	StPI 2003; Organisatorische Maßnahme im Bereich des Aufsichtsdienstes der Untersuchungshaftanstalt Hamburg mit Zentralkrankenhaus

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	9) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann nach Freiwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<b>Planstellen</b>					
A 6	1,00	1,00	17)	3,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
A 6	6,00			6,00	
A 5	19,00			19,00	
Summe:	1560,17			1619,17	

A 6            Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (1,00)  
A 6            Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (6,00)  
A 5            Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (19,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 13	0,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	4,00			2,00	
A 7	4,00			11,00	
A 6	2,00			1,00	
A 3	1,00			1,00	
Summe:	13,00			19,00	

A 13            Studienrätin/ Studienrat (0,00)  
A 11            Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (2,00)  
A 9            Verwaltungsinspektorin/ Verwaltungsinspektor (0,00)  
A 8            Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (1,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (3,00)  
A 7            Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (3,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (1,00)  
A 6            Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (2,00)  
A 3            Justizoberwachtmeisterin/ Justizoberwachtmeister (1,00)

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

**II. Erläuterungen****Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a ( 1 )	
A 13	0,00				1,00	Nr. 6	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	1,00				1,00	Nr. 6	
A 9	0,00				1,00	Nr. 7	
A 8	1,00				1,00	Nr. 7	
A 8	2,00				1,00	Nr. 7	
A 8	1,00				0,00	Nr. 6	
A 7	2,00				5,00	Nr. 7	
A 7	1,00				5,00	Nr. 6	
A 7	1,00				1,00	Nr. 7	
A 6	2,00				1,00	Nr. 7	
A 3	1,00				1,00	Nr. 6	
gesamt	13,00				19,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		7,00	-10,00	10,00	-2,00	-5,00			0,00	
A 7		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für die dienstliche Freistellung eines Personalratsmitglieds
A 7		1,00							1,00	StPI 2003; Gestiegener Arbeitsanfall in der Hausbetriebswerkstatt der Untersuchungsanstalt Hamburg mit Zentralkrankenhaus
A 7	-5,00								-5,00	Stellenstreichung 1993
A 6			-1,00						-1,00	Gemäß ku-Vermerk
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte</b>	-5,00	9,00	-11,00	10,00	-2,00	-5,00	0,00	0,00	-4,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-55,50	0,00	0,00	-55,50	
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</b>	-5,00	9,00	-11,00	10,50	-2,00	-60,50	0,00	0,00	-59,00	

Einzelplan 2  
Kapitel 2300

Justizbehörde  
Strafvollzugsamt

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I	1,00			0,00	
I b/l a	0,31			0,31	
II a/l a	10,70			10,70	
I b	2,00			0,00	
II a hD	21,66			19,66	
Richtl. Ang.hD	1,23			1,23	
II b	1,00			1,00	
III	5,00	1,00	18)	4,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
IV a	2,00	1,00	19)	1,00	<i>kw: 1,00 VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle</i>
IV b	23,57	1,00	20)	21,57	<i>Vermerk weggefallen</i>
V b mD	1,00			1,00	
V c	17,28			14,28	
VI b	8,01			9,01	
VII	46,21			8,00	
IX b/VII	16,13			17,31	
VIII	5,68			5,62	
Kr. V	19,00			5,00	
Summe:	181,78			119,69	
<b>Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>					
Nachwuchs mD	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>1741,95</b>			<b>1738,86</b>	

<b>Einzelplan 2</b>	<b>Justizbehörde</b>
<b>Kapitel 2300</b>	<b>Strafvollzugsamt</b>

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Neubewertung
II a hD						1,00			1,00	Interne organisatorische Maßnahme (personalwirtschaftliche Gründe)
II a hD						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD							-1,00		-1,00	Tarifrrechtliche Neubewertung
III		1,00							1,00	Ausgleichstelle für ein freigestelltes Personalratsmitglied
IV a					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2005; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
IV b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
IV b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilen)
IV b			-1,00						-1,00	Ausgleichstelle für ein freigestelltes Personalratsmitglied
V c					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Umsetzung der Dezentralisierung der Personalverwaltung der Justizbehörde zum Strafvollzugsamt
VIII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VIII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VIII		1,00							1,00	Gemäß ku-Vermerk
<b>Summe Angestellte</b>	0,00	4,00	-3,00	2,00	0,00	5,00	0,00	0,00	8,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>	0,00	0,25	-1,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,41	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55,50	0,00	0,00	55,50	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>	0,00	4,25	-4,66	2,00	0,00	60,50	0,00	0,00	62,09	
Nachwuchs mD			-1,00						-1,00	Streichung zur Finanzierung des weiteren Ausbaus des Strafvollzuges mit IuK-Technik
<b>Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	-5,00	13,25	-15,66	12,50	-2,00	0,00	0,00	0,00	3,09	

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
III	18) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
IV a	19) kw: 1,00 VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle	

## Stellenveränderungen zum Stellenplan 2004

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung <sup>*)</sup>
<b>Stellenneuschaffungen</b>				
1	2110	0,50	Vorsitzende Richterin/Vorsitzender Richter am Landgericht R 2  Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg“.	Kapazitätsausgleich für einen mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit für eine Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg abgeordneten Vorsitzenden Richter am Landgericht R 2
2	2110	2,00	Justizoberamtsrätin/Justizoberamtsrat A 13	für die stellenmäßige Ausstattung der Geschäftsleitungen für die Amtsgerichte Hamburg-Barmbek und Hamburg-St. Georg
3	2110	8,00	Justizhauptsekretärin/Justizhauptsekretär A 8	für die Verstärkung des Gerichtsvollzieherdienstes der Hamburger Amtsgerichte (Schaffung von Stellen für Gerichtsvollziehervertretungen)
4	2300	3,00	Erste Justizhauptwachtmeisterin/Erster Justizhauptwachtmeister A 5	für die Kapazitätsausweitung des Vor- und Zuführungsdienstes im Bereich der Vorführungsabteilung der Untersuchungshaftanstalt Hamburg im Zusammenhang mit der Dezentralisierung des Bezirksjugendgerichts beim Amtsgericht Hamburg
5	2300	5,00	Erste Justizhauptwachtmeisterin/Erster Justizhauptwachtmeister A 5	für die Kapazitätsausweitung des Vor- und Zuführungsdienstes im Bereich der Vorführungsabteilung der Untersuchungshaftanstalt Hamburg im Zusammenhang mit der Neueinrichtung des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg
6	2300	1,00	Verwaltungsobersinspektorin/Verwaltungsobersinspektor A 10	für die Vollzugsabteilungsleitung der Stationen B 3 und B 4 in der Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande

<sup>\*)</sup> bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

### Sonstige Stellenveränderungen

7	2180	3,00	Staatsanwältin/Staatsanwalt R 1 (Andere Amtsstelle) in Staatsanwältin/Staatsanwalt R 1	für Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
8	2180	2,00	Staatsanwältin/Staatsanwalt R 1 (Andere Amtsstelle) in Staatsanwältin/Staatsanwalt R 1	für Verfahren zur Abschöpfung von Vermögensvorteilen aus Straftaten bei der Staatsanwaltschaft Hamburg
9	2180	1,00	Justizinspektorin/Justizinspektor A 9 (Andere Amtsstelle) in Justizinspektorin/Justizinspektor A 9	
10	div.		<p>Im Zusammenhang mit der Auflösung des Ermächtigungsrahmens Z 61 „Zuwanderung“ werden folgende Haushaltsvermerke an Stellen in den Kapiteln der Einzelpläne und der Wirtschaftspläne aufgehoben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</li> <li>• kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen – Altbestand –</li> <li>• kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen – nicht Z61 finanziert –</li> <li>• kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (Zuschuss Kapitel 4700 / Z61)</li> <li>• kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/-lern, Asylbewerberinnen/-bern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßn. (Zuschussfinanzierg. Kap. 4700/ Betriebskto. Z 61)</li> </ul>	

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2004

## **Wirtschaftsplan** der Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand (§ 26 Abs. 1 LHO )

### **Haushaltsrechtlicher Vermerk**

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004/05	Ansatz 2003/04	Ergebnis 2001/02
	– in Tsd.EUR –		
1	2	3	4
<b>A. Erfolgsplan</b>			
<b>Erträge</b>			
<b>1. Umsatzerlöse</b>			
300 Erträge aus Bodennutzung	4	4	11,1
340 Erträge aus Viehhaltung	385	385	454,8
<b>Summe 1.</b>	389	389	465,9
<b>2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen</b>			
390 Mehrbestände	0	0	13,9
591 Minderbestände	0	0	-60,4
<b>Summe 2.</b>	0	0	-46,5
<b>3. Andere aktivierte Eigenleistungen</b>			
...	0	0	0
...	0	0	0
<b>Summe 3.</b>	0	0	0
<b>4. Sonstige betriebliche Erträge</b>			
260 Betriebsfremde Haus- und Grundstückserträge	0	0	0
380 Sonstige Betriebserträge	20	20	27,4
<b>Summe 4.</b>	20	20	27,4
<b>5. Zinserträge und ähnliche Erträge</b>			
270 Zinserträge	4	4	9,0
<b>Summe 5.</b>	4	4	9,0
<b>6. Außerordentliche Erträge</b>			
158 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	0	0	0
280 Betriebliche außerordentliche Erträge	2	2	4,4
250 Betriebsfremde u. außerordentliche Erträge	0	0	5,0
<b>Summe 6.</b>	2	2	9,4
<b><u>Gesamterträge</u></b>	415	415	465,2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004/05	Ansatz 2003/04	Ergebnis 2001/02
	– in Tsd.EUR –		
1	2	3	4
<b>A. Erfolgsplan</b>			
<b>Aufwendungen</b>			
<b>1. Materialaufwendungen</b>			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren			
500 Saatgut, Sämereien	2	2	2,5
502 Düngemittel	7	9	5,1
520 Futtermittel	70	68	79,2
525 Viehzukauf	46	46	1,7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
503 Allgemeine Kosten der Feldwirtschaft	3	5	2,0
507 Lohnmaschineneinsatz	20	18	20,6
529 Allgemeine Kosten der Viehhaltung	17	17	17,1
<b>Summe 1.</b>	165	165	128,2
<b>2. Personalaufwendungen</b>			
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>			
... Beamtenbezüge			
401 Angestelltenvergütungen	88	86	126,4
402 Arbeiterlöhne	0	0	0
403 Gefangenen-, Insassenlöhne	15	15	8,8
442 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen	1	1	1,5
<b>Summe 2.1</b>	104	102	136,7
<b>2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
401 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	17	17	25,2
... Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter			
... Versorgungsaufwendungen – Beamte			
411 Versorgungsaufwendungen – Angestellte	4	4	4,0
... Versorgungsaufwendungen – Arbeiter			
413 Pensionsrückstellung (Zuführung)	3	2	3,5
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen			
... Beiträge zur Landesunfallkasse	0	0	0
<b>Summe 2.2</b>	24	23	32,7
<b>Summe 2.</b>	128	125	169,4
<b>3. Abschreibungen auf Anlagevermögen</b>			
590 Abschreibungen	58	58	93,1
<b>Summe 3.</b>	58	58	93,1

Anlage 2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004/05	Ansatz 2003/04	Ergebnis 2001/02
	– in Tsd.EUR –		
1	2	3	4
<b>4. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			
<b>4.1 Personalbedingte Aufwendungen</b>			
562 Dienstreisen	2	2	1,8
<b>Summe 4.1</b>	2	2	1,8
<b>4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>			
506 Großpachten	12	12	11,3
530 Energie, Brennstoffe u. dgl.	11	11	11,5
540 Instandhaltungen	20	20	29,7
<b>Summe 4.2</b>	43	43	52,5
<b>4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb</b>			
550 Versicherungen	5	5	7,7
560 Geschäftsbedarf	1	2	0,9
561 Post- und Fernmeldegebühren	2	2	1,2
563 Allgemeine Betriebskosten	2	2	3,5
580 Verwaltungskostenerstattung	4	4	1,8
<b>Summe 4.3</b>	14	15	15,1
<b>4.4 Übrige sonstige Aufwendungen</b>			
230 Betriebliche außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
240 Betriebliche periodenfremde Aufwendungen	0	0	0
<b>Summe 4.4</b>	0	0	0
<b>Summe 4.</b>	59	60	69,4
<b>5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen</b>			
520	0	0	0,1
<b>Summe 5.</b>	0	0	0,1
<b>6. Außerordentliche Aufwendungen</b>			
010	0	0	3,8
...	0	0	18,6 <sup>1</sup>
<b>Summe 6.</b>	0	0	22,4
<b>7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			
<b>Summe 7.</b>	0	0	0
<b>8. Sonstige Steuern</b>			
550 Grundsteuer	1	2	0,8
<b>Summe 8.</b>	1	2	0,8
<b><u>Gesamtaufwendungen</u></b>	411	410	483,4
<b><u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u></b>	4	5	-18,2

<sup>1</sup> siehe insbes. Lagebericht unter 2.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004/05	VE 2004/05	Ansatz 2003/04	VE 2003/04	Ergebnis 2001/02
	– in Tsd.EUR –				
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. Finanzbedarf</b>					
<b>1. Investitionen</b>					
001 Bebaute Grundstücke	0		0		0
... Gebäude	0		0		0
010 Maschinen und Anlagen 1)	60		60		12,0
020 Fahrzeuge	0		0		0
039 Geringwertige Wirtschaftsgüter	2		3		0
<b>Summe 1.</b>	62		63		12,0
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
050 Genossenschaftsanteile	0		0		2,4
182 Ablieferung an den Haushalt	0		0		0
072 Noch verfügbare Deckungsmittel	0		0		264,1
989 Jahresfehlbetrag	0		0		18,2
<b>Summe 2.</b>	0		0		284,7
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	62		63		296,7
<b>II. Deckungsmittel</b>					
989 Jahresüberschuss	4		5		0
590 Abschreibungen	58		58		93,1
072 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0		0		203,6
<b><u>Summe Deckungsmittel</u></b>	62		63		296,7
<b>III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u></b>	0				
<b><u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u></b>	0				

## Erläuterungen

### Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2004/2005 Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand

#### Allgemeines

**Erläuterungen:**

Der nach § 26 LHO eingerichtete landwirtschaftliche Betrieb der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand bewirtschaftet die landwirtschaftlichen Flächen der früheren Elbinsel. Er wird auf den nicht von den Gebäuden und dem Freigelände der Anstalt unmittelbar belegten Flächen betrieben, liegt aber innerhalb des Sicherheitsbereiches und dient somit zum einen der Abschirmung nach außen. Sein weiterer und eigentlicher Zweck liegt in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Insassen der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt. Der Landwirtschaftsbetrieb verfügt über 12 Arbeits- und 3 Ausbildungsplätze für Gefangene. Die Anstalt ist bestrebt, mittelfristig alle Arbeitsplätze zu besetzen.

Aufgrund des Wegfalls eines Großteils der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Hahnöfersand (Ausgleichsmaßnahme für den "Airbus A 380") musste der Betrieb umstrukturiert werden mit der Ausrichtung auf den Schwerpunkt "Milchproduktion".

Größe des landwirtschaftlichen Betriebes	82,5 ha
davon landwirtschaftliche Nutzfläche	81,0 ha

**Erläuterungen des Erfolgs- und Finanzierungsplanes**

- 1.) Geplant ist die Anschaffung von Abdeckungen für den Spaltenboden (26 T€), Modernisierung der Fütterungsanlage (15 T€) und Anschaffung von Transporttechnik für längere Feldentfernungen (19 T€).

Ausweisung der noch zur Verfügung stehenden Deckungsmittel  
**Stand per 30.06.2002:**

**264.100 EUR**

Der Landesbetrieb plant folgende Maßnahmen:	EUR
• Erweiterung und Verbesserung der Siloanlage	15.400
• Modernisierung des Färsenstalls	15.300
• Anschaffung eines PKW mit Anhänger	15.400
• Anschaffung einer umweltgerechten Ausbringungstechnik für wirtschaftseigenen Dünger	9.700
• Anbau Boxenlaufstall	27.600
• Modernisierung der Grünlandtechnik	15.000
• Kauf von Milchquoten	29.700
• Ersatzbeschaffung Schlepper und Stoppelgrubber	69.000
• Modernisierung Düngerlager	20.500
• Modernisierung Pflanzenschutz und Melktechnik	46.500

## Lagebericht

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

### 1. Zielbild:

Der landwirtschaftliche Betrieb Hahnöfersand ist ein Bestandteil des Arbeitskonzeptes für strafgefangene Jugendliche und Erwachsene in der Strafvollzugsanstalt Hahnöfersand, d.h. dass der Betrieb Gefangene im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit beschäftigen soll.

Der Betrieb wird als eigenständiger LHO-Betrieb geführt um die wirtschaftliche Ausrichtung des Betriebes zu unterstreichen und zu dokumentieren.

### 2. Erläuterung des laufenden Geschäftsjahres:

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2001/2002 wurde die strukturelle Umstellung des Betriebs im Hinblick auf den Flächenentzug für die Ausgleichsmaßnahmen der DASA-Werkserweiterung weitgehend umgesetzt. Im Herbst 2001 wurden noch auf 18 ha Silomais von zukünftigen Ausgleichsflächen geerntet und im Frühjahr 2002 wurden noch auf 6 ha Ausgleichsflächen ein erster Grassilageschnitt gemacht. Gegen Ende des Wirtschaftsjahres waren aber alle als Ausgleichsflächen vorgesehenen Flächen dem Betrieb entzogen.

Die Milchproduktion erfolgte wie im bisherigen Umfang. Die Jung- und Mastviehhaltung sowie der Marktfruchtbau sind eingestellt. Die Färsenproduktion ist an einen Partnerbetrieb auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages abgegeben. Die Hauptproduktion an Winterfutter fand auf den Pachtflächen in Neuenfelde statt. Die Erträge bei der Silagebereitung im ersten und zweiten Schnitt waren mengenmäßig zufrieden stellend, doch die Qualität war aufgrund der feuchten Witterung unterdurchschnittlich. Die Energiegehalte liegen deutlich schlechter als in anderen Jahren. Die Erlöse im Milchverkauf lagen auf durchschnittlichem Niveau, wobei sich eine fallende Tendenz abzeichnet.

Seit dem Frühjahr 2002 werden auch weibliche Strafgefangene auf dem Betrieb beschäftigt.

Wie auch bereits im letzten Wirtschaftsjahr musste der Betrieb die Beaufsichtigung der Gefangenen übernehmen, obwohl dies nicht zu den Aufgaben des LHO-Betriebes gehört. Hierfür war in der Vergangenheit ein von der Strafvollzugsanstalt bezahlter Mitarbeiter zuständig. Die Stelle ist derzeit aber noch nicht neu besetzt worden. Hierdurch ist auf den LHO-Betrieb erheblicher Arbeitsmehraufwand zugekommen, welcher bisher nicht Gegenstand der landwirtschaftlichen Erfolgsrechnung war. Aufgefangen wurde dies durch ein erhebliches Maß an Überstunden der im landwirtschaftlichen Bereich Tätigen Mitarbeiter (Doppelbelastung durch Beaufsichtigung von Gefangenen und landwirtschaftliche Tätigkeit). Die in diesem Rahmen angefallenen Überstunden wurden im Abschluss als bereichsfremder Aufwand ausgewiesen.

Die Rückstellungen und noch verfügbaren Deckungsmittel in der Bilanz haben ihren Ursprung in noch nicht getätigten Investitionen. Ihr Bedarf ist nach wie vor gegeben, die Umsetzung sollte aber erst nach der endgültigen Umstrukturierung des Betriebes erfolgen, da sie so optimal auf die neuen Betriebserfordernisse ausgerichtet werden können.

### 3. Erläuterungen zur künftigen Entwicklung des Betriebes:

Im Hinblick auf die für die Erweiterung des DASA Werkes notwendigen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen stehen große Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf der Insel dem Betrieb nicht mehr zur Verfügung. Nach dem Willen der Justizbehörde soll der Betrieb grundsätzlich bestehen bleiben mit der Folge, dass sich der Betrieb dem veränderten Flächenvorkommen auf der Insel anpassen muss. Im Hinblick darauf hat es auf dem Betrieb bereits diverse Anpassungsmaßnahmen gegeben. Weiter wird angestrebt außerhalb der Insel Ackerflächen hinzuzupachten um die Flächenausstattung des Betriebes zu stabilisieren und so eine eigene Futtergrundlage auch für Silomais sicherzustellen.

Im Hinblick auf die Beschäftigung von weiblichen Gefangenen soll versucht werden hier vermehrt qualifizierende Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten.

### 4. Risiken für die nächsten Jahre

Bezogen auf die kaufmännische Rentabilität des Betriebes wird sich die vermehrte Gefangenenbeschäftigung negativ auf den Betrieb auswirken, da die Angestellten während der Beaufsichtigung nicht für qualifizierte Tätigkeiten zur Verfügung stehen.

Durch die Umstrukturierung des Betriebes und die einseitige Ausrichtung auf die Milchproduktion beschränkt der Betrieb sich zwar auf seinen rentabelsten Betriebszweig, kann aber Erlösschwankungen in diesem Bereich nicht durch andere Betriebszweige auffangen. Bei einem längerfristigen Entzug der verbliebenen landwirtschaftlichen Nutzflächen auf der Insel (s. unter 2.) müssen in stärkerem Maße Futtermittel zugekauft werden, was die Gewinnsituation negativ beeinflussen würde.

Einzelplan LAN  
Kapitel 2304

Landesbetriebe  
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
III	1,00			1,00	
V c	1,00			1,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>3,00</b>			<b>3,00</b>	

Einzelplan LAN  
Kapitel 2304

Landesbetriebe  
Landwirtschaft der Jugend- und Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand

## II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

## Übersicht über die in den Deckungskreisen 10, 11, 12 und 14 veranschlagten Mittel

### Deckungskreis 10 / Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen – ohne Strafvollzug –

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002		2002		2002
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Abweichung Tsd. EUR
<b>2060<sup>1</sup></b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>									
526.01	Auslagen in Rechtssachen	900	-	-	-	-	-	-	-	
526.02	Kosten für Unterbringungen	1.000	-	600	-	1.026	-	600	-	- 426
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen, Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	100	-	-	-	-	-	-	-	
<b>2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	665	-	665	-	695	-	665	-	- 30
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren	6.000	-	5.800	-	6.243	-	5.800	-	- 443
526.01	Auslagen in Rechtssachen	29.974	-	29.874	-	32.177	-	30.874	-	- 1.303
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten	13.000	-	13.000	-	12.878	-	13.000	-	+ 122
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren	409	-	409	-	226	-	409	-	+ 183
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder	100	-	100	-	41	-	100	-	+ 59
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen, Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	1.014	-	1.114	-	934	-	1.114	-	+ 180
<b>2190<sup>2</sup></b>	<b>Fachgerichte</b>									
412.01	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	210	-	210	-	198	-	210	-	+ 12
526.01	Auslagen in Rechtssachen	3.630	-	3.630	-	3.951	-	3.630	-	- 321
681.01	Erstattung an Beschuldigte in Disziplinar- und Berufungsverfahren	5	-	5	-	1	-	5	-	+ 4
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 10</b>	<b>57.007</b>	<b>-</b>	<b>55.407</b>	<b>-</b>	<b>58.370</b>	<b>-</b>	<b>56.407</b>	<b>-</b>	<b>- 1.963</b>

<sup>1</sup> Das Kapitel 2060 „Staatsanwaltschaften“ war bis einschließlich 2003 Bestandteil des Kapitels 2110, die Vergleichszahlen (Ansätze 2003, 2002 und Ergebnisse 2002) sind nur bei vollständigen Titelumsetzungen abgebildet und im Übrigen in den Ansätzen der entsprechenden Titel im Kapitel 2110 enthalten.

<sup>2</sup> Das Kapitel 2190 „Fachgerichte“ setzt sich aus den bis 2003 existierenden Kapiteln 2120 „Verwaltungsgerichte“, 2150 „Finanzgericht“, 2160 „Arbeitsgerichte“ und 2170 „Sozialgerichte“ zusammen.

**Deckungskreis 11 / Sachaufwand Informations- und Kommunikationstechnik**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002		2002		2002
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Abweichung Tsd. EUR
<b>2000</b>	<b>Justizverwaltung</b>									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	328	-	344	-	325	8	465	-	+ 140
<b>2050</b>	<b>Hmb. Datenschutzbeauftragter</b>									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	4	-	4	-	4	-	7	-	+ 3
<b>2060<sup>3</sup></b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	279	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	1.673	-	1.903	-	1.654	16	1.567	-	- 87
<b>2190<sup>4</sup></b>	<b>Fachgerichte</b>									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	365	-	345	-	285	55	246	-	- 39
<b>2300</b>	<b>Justizvollzug</b>									
535.56	Sachaufwand für IuK-Technik	265	-	264	-	156	4	192	-	+ 36
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 11</b>	<b>2.914</b>	<b>-</b>	<b>2.860</b>	<b>-</b>	<b>2.424</b>	<b>83</b>	<b>2.477</b>	<b>-</b>	<b>+ 53</b>

<sup>3</sup> Das Kapitel 2060 „Staatsanwaltschaften“ war bis einschließlich 2003 Bestandteil des Kapitels 2110, die Vergleichszahlen (Ansätze 2003, 2002 und Ergebnisse 2002) sind in den Ansätzen des Titels 2110.535.56 enthalten.

<sup>4</sup> Das Kapitel 2190 „Fachgerichte“ setzt sich aus den bis 2003 existierenden Kapiteln 2120 „Verwaltungsgerichte“, 2150 „Finanzgericht“, 2160 Arbeitsgerichte“ und 2170 „Sozialgerichte“ zusammen.

**Deckungskreis 12 / Bauunterhaltung**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002		2002		2002
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Abweichung Tsd. EUR
<b>2000</b>	<b>Justizverwaltung</b>									
519.01	Bauunterhaltung	65	-	54	-	110	58	54	-	- 56
<b>2050</b>	<b>Hmb. Datenschutzbeauftragter</b>									
519.01	Bauunterhaltung	3	-	6	-	1	26	6	-	+ 5
<b>2060<sup>5</sup></b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>									
519.01	Bauunterhaltung	63	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>									
519.01	Bauunterhaltung	369	-	374	-	461	224	460	-	- 1
<b>2190<sup>6</sup></b>	<b>Fachgerichte</b>									
519.01	Bauunterhaltung	73	-	128	-	4	170	128	-	+ 124
<b>2300</b>	<b>Justizvollzug</b>									
519.01	Bauunterhaltung	1.894	-	1.894	-	2.362	201	1.894	-	- 468
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 12</b>	<b>2.467</b>	<b>-</b>	<b>2.456</b>	<b>-</b>	<b>2.938</b>	<b>679</b>	<b>2.542</b>	<b>-</b>	<b>- 396</b>

<sup>5</sup> Das Kapitel 2060 „Staatsanwaltschaften“ war bis einschließlich 2003 Bestandteil des Kapitels 2110, die Vergleichszahlen (Ansätze 2003, 2002 und Ergebnisse 2002) sind in den Ansätzen des Titels 2110.519.01 enthalten.

<sup>6</sup> Das Kapitel 2190 „Fachgerichte“ setzt sich aus den bis einschließlich 2003 existierenden Kapiteln 2120 „Verwaltungsgerichte“, 2150 „Finanzgericht“, 2160 „Arbeitsgerichte“ und 2170 „Sozialgerichte“ zusammen.

**Deckungskreis 14 / Hochbauinvestitionen**

Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002		2002		2002
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Abweichung Tsd. EUR
<b>2000</b>	<b>Justizverwaltung</b>									
701.01	Kleine Investitionen	138	-	-	-	-	-	-	-	-
710.01	Instandsetzung, Modernisierung Allgemeine Verwaltung, Justizamt (weggefallener Ansatz)	-	-	-	-	370	909	-	-	-370
710.02	Grundinstandsetzung, Umbau Lager und Versteigerungshaus (weggefallener Ansatz)	-	-	-	-	2.030	331	1.248	-	-782
881.01	Investitionskostenanteil für den ISGH	-	-	-	-	139	-	-	-	-139
<b>2060</b>	<b>Staatsanwaltschaften</b>									
701.01	Kleine Investitionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>2110</b>	<b>Ordentliche Gerichte</b>									
701.01	Kleine Investitionen	585	967	538	785	718	686	858	500	+ 140
710.01	Instandsetzung, Modernisierung Gerichte und Staatsanwaltschaften (weggefallener Ansatz)	-	-	-	-	1.450	111	-	-	-1.450
<b>2190</b>	<b>Fachgerichte</b>									
701.01	Kleine Investitionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>2300</b>	<b>Justizvollzug</b>									
710.01	Modernisierung, Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten	6.234	8.804	3.708	7.547	6.197	57	6.408	6.647	+ 211
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt XII	11.916	18.325	13.580	32.800	33.425	103	19.786	3.580	-13.639
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegen- ständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen	-	-	-	-	221	1	-	-	-221
812.03	Beschaffung von Einrichtungsgegen- ständen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder <sup>7</sup>	884	1.675	1.738	-	5	1.018	1.023	1.738	+ 1.018
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 14</b>	<b>19.757</b>	<b>29.771</b>	<b>19.564</b>	<b>41.132</b>	<b>44.555</b>	<b>3.216</b>	<b>29.323</b>	<b>12.465</b>	<b>-15.232</b>

<sup>7</sup> Ab 2004 neu in den Deckungskreis einbezogen.

## Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR	Rest Tsd. EUR
<b>2000</b>	<b>Justizverwaltung</b>						
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	49	-	49	-	44	49
<b>2300</b>	<b>Justizvollzug</b>						
526.69	Kosten für Gutachten	20	-	20	-	5	-

## Überleitungsplan – Justizbehörde

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Veranschlagung im Haushaltsplan 2003 gem. Beschluss der Bürgerschaft		Stichwort
Titel	Tsd. EUR	Titel	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5
2000.111.01	30	1100.111.01	30	Stiftungsaufsicht
2000 KRD	20.452	2000 KRD	15.832	
		1100 KRD	188	Stiftungsaufsicht
		4200 KRD	158	Bewährungshilfe
		4430 KRD	41	Bewährungshilfe
		4470 KRD	1.329	Bewährungshilfe
		4600 KRD	2.780	Bewährungshilfe
		4700.429.61	35	Z 61
		9000 KRD	89	Senatsfahrdienst
2000.511.69	409	2000.511.69	364	
		4430.511.69	12	Bewährungshilfe
		4600.511.61	33	Bewährungshilfe
2000.514.69	40	2000.514.69	4	
		4430.514.69	12	Bewährungshilfe
		9000.514.61	24	Senatsfahrdienst
2000.517.69	351	2000.517.69	245	
		4430.517.69	29	Bewährungshilfe
		4600.517.61	77	Bewährungshilfe
2000.518.69	2.446	2000.518.69	2.103	
		4430.518.69	134	Bewährungshilfe
		4600.518.61	209	Bewährungshilfe
2000.519.01	65	2000.519.01	54	
		4430.519.69	6	Bewährungshilfe
		4600.519.61	5	Bewährungshilfe
2000.525.69	755	2000.525.69	741	
		4000.525.61	4	Intendanz Arbeits- und Sozialgerichte
		4000.534.61	1	Intendanz Arbeits- und Sozialgerichte
		4000.525.61	3	Bewährungshilfe
		4430.525.69	6	Bewährungshilfe
2000.546.69	158	2000.546.69	137	
		1100.539.61	5	Stiftungsaufsicht
		4000.534.61	1	Bewährungshilfe
		4000.685.61	3	Bewährungshilfe
		4620.534.02	5	Bewährungshilfe

Anlage 5

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Veranschlagung im Haushaltsplan 2003 gem. Beschluss der Bürgerschaft		Stichwort
Titel	Tsd. EUR	Titel	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5
		4620.534.04	3	Bewährungshilfe
		4650.534.05	4	Bewährungshilfe
2000.671.55	1.042	2000.671.55	1.032	
		4600.671.55	10	Bewährungshilfe
2000.681.69	25	4470.684.03	25	Bewährungshilfe
2060 KRD	27.300	2110 KRD	146.337	
2110 KRD	119.210	4000 KRD	26	Intendanz Arbeits- und Sozialgerichte
		4700.429.61	103	Z 61
		9000 KRD	44	Senatsfahrdienst
2060.111.01.	0	2110.111.01	850	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.111.01	850			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.111.49	0	2110.111.49	0	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.111.49	0			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.119.05	30	2110.119.05	30	Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.119.09	1.500	2110.119.09	1.500	Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.119.98	100	2110.119.98	400	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.119.98	300			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.124.01	0	2110.124.01	0	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.124.01	0			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.132.91	1	2110.132.91	5	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.132.91	4			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.282.91	0	2110.282.91	0	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.282.91	0			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.519.01	49	2110.519.01	374	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.519.01	325			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.526.01	900	2110.526.01	29.874	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.526.01	28.974			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.526.02	600	2110.526.02	600	Neueinrichtung Kapitel 2060

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Veranschlagung im Haushaltsplan 2003 gem. Beschluss der Bürgerschaft		Stichwort
Titel	Tsd. EUR	Titel	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5
2060.535.56	249	2110.535.56	1.903	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.535.56	1.654			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.546.91	0	2110.546.91	0	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.546.91	0			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.681.01	100	2110.681.01	1.114	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.681.01	1.014			Neueinrichtung Kapitel 2060
Z 69				
2060.511.69	396	2110.511.69	4.568	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.511.69	4.172			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.514.69	4	2110.514.69	33	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.514.69	29			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.517.69	630	2110.517.69	3.822	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.517.69	3.192			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.518.69	2.136	2110.518.69	15.358	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.518.69	13.222			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.546.69	19	2110.546.69	200	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.546.69	181			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.701.01	0	2110.701.01	538	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.701.01	538			Neueinrichtung Kapitel 2060
2060.812.01	0	2110.812.01	490	Neueinrichtung Kapitel 2060
2110.812.01	490			Neueinrichtung Kapitel 2060
2190.111.01	0	2120.111.01	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.111.01	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190 KRD	22.885	2120 KRD	8.965	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150 KRD	2.781	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160 KRD	5.716	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170 KRD	4.929	Neueinrichtung Kapitel 2190
		4000 KRD	133	Intendanz Arbeits- und Sozialgerichte
		4700.429.61	361	Z 61
2190.111.49	0	2120.111.49	0	Neueinrichtung Kapitel 2190

Anlage 5

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Veranschlagung im Haushaltsplan 2003 gem. Beschluss der Bürgerschaft		Stichwort
Titel	Tsd. EUR	Titel	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5
2190.111.51	1.998	2120.111.51	550	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.111.51	300	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.111.51	818	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.111.51	330	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.119.98	52	2120.111.98	48	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.111.98	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.111.98	4	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.124.01	0	2120.124.01	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.124.01	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.124.10	0	2160.124.10	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.124.92	5	2160.124.92	5	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.132.91	2	2120.132.91	1	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.132.91	1	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.232.01	180	2150.232.01	180	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.412.01	210	2120.412.01	26	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.412.01	5	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.412.01	97	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.412.01	82	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.517.60	15	4700.548.61	15	Z 61
2190.518.60	50	4700.548.61	50	Z 61
2190.519.01	128	2120.519.01	38	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.519.01	9	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.519.01	40	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.519.01	41	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.519.56	0	2160.519.56	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.519.56	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.526.01	3.630	2120.526.01	261	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.526.01	20	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.526.01	1.150	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.526.01	2.199	Neueinrichtung Kapitel 2190

Vergleichszahl 2003 im Haushaltsplan-Entwurf 2004		Veranschlagung im Haushaltsplan 2003 gem. Beschluss der Bürgerschaft		Stichwort
Titel	Tsd. EUR	Titel	Tsd. EUR	
1	2	3	4	5
2190.535.56	345	2120.535.56	129	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.535.56	48	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.535.56	84	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.535.56	84	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.681.01	5	2120.681.01	5	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.511.69	744	2120.511.69	136	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.511.69	66	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.511.69	307	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.511.69	235	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.514.69	4	2150.514.69	1	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.514.69	3	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.517.69	790	2120.517.69	320	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.517.69	80	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.517.69	200	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.517.69	190	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.518.69	2.519	2120.518.69	1.050	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.518.69	341	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.518.69	554	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.518.69	574	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.534.69	0	2160.534.69	0	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.546.69	138	2120.546.69	75	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.546.69	45	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2160.546.69	15	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2170.546.69	3	Neueinrichtung Kapitel 2190
2190.812.01	175	2120.812.01	125	Neueinrichtung Kapitel 2190
		2150.812.01	50	Neueinrichtung Kapitel 2190
2300 KRD	79.897	2300 KRD	79.685	
		4700.429.61	212	Z 61
2300.517.60	618	4700.548.61	618	Z 61